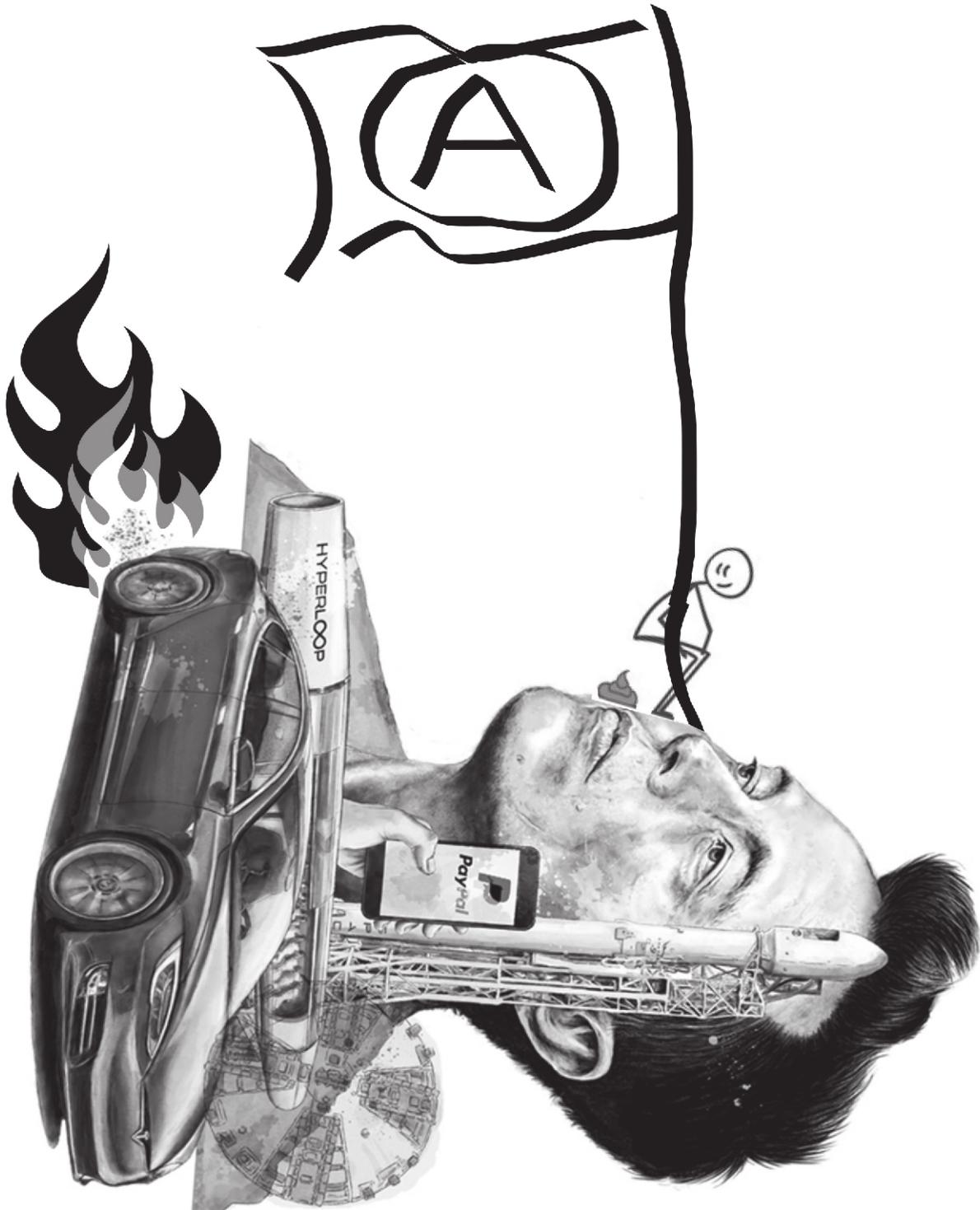


autonomes
Blättchen



#61 Jun - Aug 25





Impressum:

Nr. 61 Jun- Aug

Kontakt:

Kontaktformular anonym und ohne Angabe einer email-Adresse auf:

autonomesblaettchen.blackblogs.org

oder per mail an: autonomes-blaettchen@nadir.org

PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint: 962E E3CF F873 19AA 5647 5D93 E37A 4489 E058 5969

Einsendeschluss: alle drei Monate:

1. September, 1. Dezember, 1. März, 1. Juni

Post:

Erna Stark

Klaus-Müller-Kilian-Weg 1

30167 Hannover

Homepage(s):

autonomesblaettchen.noblogs.org

autonomesblaettchen.blackblogs.org

Alle Ausgaben dort auch online.

ViSdP: Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

Für den Fall, dass einige der linksradikalen Webseiten nicht aufzurufen sein sollten, empfehlen wir euch auf folgenden Seiten nach Informationen zu suchen. Die .onion-Seiten sind im "Darknet" (nur über den Tor-Browser) erreichbar.

<https://de.indymedia.org>

<http://dvqlamnbzli62qfyt5faspxunueqdx4c4srslhpc2z3haiflnrn6dqd.onion/>

<http://z3wodkq7fhc5jjscptwvf2pojnnaylo6e6ecba52icefvg5jbbiyikeid.onion/>

<http://gsxbcvcrdl66ycimkwra2nxzwy2idef4twi7elojuzm5ztt5abqyid.onion/>

solidarischer zusatzlink:

<http://hq73inugsyl5pzhnbm2uonuq6h2veztdhicvoiefhlofrzbbwa57xsad.onion/>

barrikade.info

kontrapolis.info

<http://kontrpoliognxrcdwwxfszih4pifyidfgq4ktfdu6uh4nn35vtuid.onion/>

knack.news

<http://knackriotpvczb6xja67gsmbs35n7mvwfxcdj5tlqhfictg42vjvad.onion/>
tumulte.org

Für sensible Veröffentlichungen raten wir dringend, ein Tails-Betriebssystem zu nutzen -> tails.boum.org Geht zusätzlich an einem Ort ins Netz, der Euch nicht zugeordnet werden kann.

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.

Info zu unserer Sprachpolitik

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Inhalt

Hungerstreikerklärung Maja	4
Niemals Kriegstüchtig! Feuer für Bundeswehr-Fuhrpark	4
Zu den Durchsuchungen, Vorladungen und Verhaftungen in München und Salzburg	5
Räuber und Gendarm? Eine Geschichte über Ermittlungsmaßnahmen + Aktualisierung zum Münchner Zündlumpen-§129er-Verfahren	9
Villenviertel lahmlegen	11
Was dem Leben einen Sinn gibt, gibt auch dem Tod einen Sinn	16
Es geht um die Abrechnung mit dieser Widerstandsgeschichte	20
Die A-Tage-Bremen 2025	22
Zwei Jahre Switch-Off - Eine Auswertung	23
USA: Die Gegenrevolution, die wir verdient haben	27
USA: Das DOGE und die Neo-Reaktionäre	30
Die aktuellen Geschehnisse in der Türkei aus einer antiautoritären Perspektive	36
Der Kampf um das Autonome Zentrum Wuppertal	40
Reflexionen zum "Wahlkampf"	42
Warum ein antifaschistischer Minimalkonsens nicht reicht	43
Wir sind alle Antifa Graz 2025 – Chronologie der Ereignisse	47
Männerseilschaften in der linken Bewegung	48
Den kapitalistischen Normalzustand sabotieren	48
Captain Future – Vor dem Krieg	50
Kann man gegen Krieg und zugleich gegen Klärung der Kriegsursachen sein?	51
An die Hoffnungslosen/ An die Hoffnungsvollen	54
Über Sichtbarkeit und den Guerillavorschlag	57

Moin,

jetzt ist der Dobrindt Innenminister! Der ist ja nicht nur sozial schwer erträglich, der ist einer der Wortführer der Rechten in der Union. Seit Jahren redet er von der „Konservativen Revolution“. Ein Begriff aus den Diskursen national-konservativer Faschist_innen, die historisch gerne als Steigbügelhalter für die NSDAP gedient haben. Wir scheren uns ja in der Regel nicht sehr viel darum, wer uns regieren will. Aber der Gegner muss gekannt werden; denken wir. Jens Spahn testet schon mal gedanklich die Koalition mit der AfD und wurde dafür mit dem Fraktionsvorsitz im Bundestag belohnt. Der Fritze Merz bereit das Land auf Krieg vor und Klima kennt er nur mit dem Zusatz „anlage“ . .

In den USA wird jeden Tag deutlich, dass der Trumpismus sich diktatorisch entwickelt. Um die Entwicklung des Herrschaftsapparates in den USA besser zu verstehen – und vor allem die Bruchlinien – findet ihr einen längeren analytischen Text aus den USA im Heft. Der beschäftigt sich auch mit den Widerstandsoptionen, die sich daraus ergeben. Wir denken: lesenswert. Wir bleiben dran und werden auch in den nächsten Ausgaben immer wieder Texte veröffentlichen, die sich mit der Situation in den USA beschäftigen.

Mit wem verbündet man sich im Kampf gegen Autoritarismus und Faschisierung? Auch damit beschäftigen sich Texte aus verschiedenen Perspektiven.

Hierzulande versuchen die bajuwarischen Behörden, die anarchistische Szene in München zu zerschlagen. Hausdurchsuchungen, Observationen, Verhaftungen und Beschlagnahmungen sind fast schon Alltag. Massenhafte Zeugenvorladungen sollen nicht nur verunsichern, sondern auch Aussagen erzwingen. Als Aufhänger nutzen die Cops das Verfahren gegen die nicht mehr erscheinende Zeitschrift Zündlumpen, in der sich nicht nur klammheimlich über gelungene Aktionen gefreut wurde. Obwohl wir wahrlich nicht immer einer inhaltlichen Meinung mit den Macher_innen des Zündlumpen waren, haben sie unsere volle Solidarität. Daran wollen wir keine Zweifel aufkommen lassen! Es braucht dissidente, klandestin erstellte Publikationen, um anarchistische und linksradikale Inhalte zu verbreiten und zur Diskussion zu stellen. Wir müssen von einander und unseren Gedanken zur Welt wissen, wenn wir einen solidarischen oder gemeinsamen Kampf gegen die Verhältnisse führen wollen. Und wie ihr vielleicht als treue Leser_innen wisst, hegen

wir eine leichte Verachtung und pflegen ein widerständiges Verhalten gegenüber der digitalen Welt. Aber in München geht es um mehr. es geht um die Zerschlagung der lokalen Strukturen, um die Kriminalisierung internationaler anarchistischer Zusammenhänge und die Repression wegen vieler erfolgreicher militanter Aktionen. Unterstützt die Gefangenen und Betroffenen mit Geld und Aktionen!

2024 fanden in der BRD über 200 CSDs statt. Davon wurden 32 von Nazi-Demos belästigt und bei 68 kam es zu Über- und Angriffen. Trotz aller Widersprüche zu den oft kommerziellen CSDs: wir denken, dass es richtig ist, an diesen teilzunehmen oder sie aus antifaschistischer Perspektive zu verteidigen. Für eine wehrhafte und revolutionäre queere Bewegung!

Wir gedenken Lorenz, der in Oldenburg von den Bullen erschossen wurde und sind erleichtert, dass so viele Leute in ganz Niedersachsen gegen tödliche Polizeigewalt auf die Straße gegangen sind.

Gerade erreicht uns noch die Nachricht, dass Maja in Budapest in den Hungerstreik getreten ist. Was der aktuelle Stand ist erfahrt ihr unter <https://www.basc.news/> Wir quetschen noch die Erklärung von Maja mit ins Heft und wünschen ihr und allen Unterstützer_innen viel Kraft!

Draußen bleiben musste dieses mal:

- „München: Solidarität mit den inhaftierten Anarchist:innen N. und M“, weil wir schon 2 andere Texte zur Repression in München haben und die sowohl einen guten Überblick als auch Aktualisierungen enthalten.

- „Re:organisiert die Antifaschistische Aktion! oder: Solltest Du nach Leipzig ziehen?“ Aus Platzgründen haben wir uns entschlossen diesen Text nicht zu veröffentlichen. Er wurde bereits woanders publiziert.

- „Big Tech goes MAGA – Allgemeine KI als reaktionäre Utopie“, wir fanden ihn sehr akademisch aber gut, aus Platzgründen muss er leider draußen bleiben. Wir denken, er ist eine Uni-Arbeit und wird Leser_innen finden. Vielleicht rutscht er in die nächste Ausgabe.

Hungerstreikerklärung

Juni 5, 2025

Mein Name ist Maja. Vor fast einem Jahr wurde ich rechtswidrig nach Ungarn ausgeliefert. Seitdem werde ich hier in menschenunwürdiger Langzeit-Einzelhaft gefangen gehalten. Gestern, am 4. Juni 2025, sollte über meinen Antrag auf Verlegung in den Hausarrest entschieden werden. Diese Entscheidung wurde verschoben. Die früheren Anträge auf Verlegung in den Hausarrest wurden abgelehnt. Ich bin nicht länger dazu bereit, in dieser untragbaren Situation auszuharren und auf Entscheidungen einer Justiz zu warten, die über die letzten Monate meine Rechte immer wieder systematisch verletzt hat. Ich beginne daher heute, am 5. Juni 2025, einen Hungerstreik. Ich fordere, dass ich nach Deutschland zurück überstellt werde, dass ich zu meiner Familie zurückkehren kann und dass ich von zuhause an dem Verfahren in Ungarn teilnehmen kann.

Ich kann die Haftbedingungen in Ungarn nicht weiter ertragen. Meine Zelle war über drei Monate rund um die Uhr videoüberwacht. Ich musste über sieben Monate außerhalb meiner Zelle immer Handschellen tragen, teilweise auch in meiner Zelle, egal ob beim Einkaufen, bei Skype-Telefonaten oder bei Besuchen. Die Beamten führen stündlich eine Sichtkontrolle in meiner Zelle durch, auch nachts, und dabei schalten sie immer das Licht an. Ich muss Intimkontrollen über mich ergehen lassen, bei denen ich mich komplett zu entkleiden habe. Besuche fanden in getrennten Räumen statt, wo ich von meinen Familienangehörigen, Anwälten und offiziellen Vertreter:innen durch eine Trennscheibe getrennt wurde. Bei Zellenkontrollen hinterließen die Beamten ein komplettes Chaos. Die baulichen Gegebenheiten verhindern, dass ich genügend Tageslicht sehe. Der winzige Hof besteht aus Beton und ist von einem Gitter überspannt. Die Temperatur des Duschwassers lässt sich nicht regulieren. Meine Zelle ist dauerhaft von Bettwanzen und Kakerlaken befallen. Es ist keine ausreichende Versorgung mit ausgewogenem und frischem Essen gegeben.

Ich befinde mich außerdem in Langzeit-Einzelhaft. Fast sechs Monate war gar kein Kontakt mit anderen Gefangenen möglich. Bis heute sehe oder höre ich weniger als eine Stunde am Tag andere Menschen. Dieser dauerhafte Entzug von menschlichem Kontakt soll bewusst seelischen und körperlichen Schaden hervorrufen. Deswegen sehen die Europäischen Strafvollzugsgrundsätze des Europarats „mindestens zwei Stunden sinnvollen menschlichen Kontakt am Tag“ vor. Deswegen gilt die „Langzeit-Einzelhaft“, die Absonderung eines Gefangenen für mindestens 22 Stunden am Tag über mehr als 15 Tage, nach den Nelson-Mandela-Regeln der Vereinten Nationen als menschenunwürdige Behandlung oder Folter. Hier in Ungarn bin ich lebendig in einer Gefängniszelle begraben und diese Untersuchungshaft kann in Ungarn bis zu drei Jahren dauern.

Ich hätte aus diesen Gründen niemals nach Ungarn ausgeliefert werden dürfen. Das Berliner Kammergericht und die Sonderkommission „Linx“ des LKA Sachsen haben die Auslieferung geplant und betrieben und dabei in voller Absicht meine Anwälte und das Bundesverfassungsgericht umgangen. Am 28. Juni 2024, wenige Stunden nach meiner Blitzauslieferung, entschied das Bundesverfassungsgericht, dass ich vorerst nicht ausgeliefert werden dürfe. Am 6. Februar 2025 entschied es, dass meine Auslieferung rechtswidrig war. Seitdem wurde keiner der Verantwortlichen zur Verantwortung gezogen. Es hat bisher keine Wiedergutmachung für mich gegeben.

Mit meinem Hungerstreik möchte ich außerdem darauf aufmerksam machen, dass keine weiteren Menschen nach Ungarn ausgeliefert werden dürfen. Diese Aufmerksamkeit benötigt aktuell vor allem Zaid aus Nürnberg, der sehr akut von der Auslieferung nach Ungarn bedroht wird. Ich erkläre mich mit allen Antifaschist:innen solidarisch, die im Budapest-Verfahren verfolgt werden.

Niemals Kriegstüchtig! Feuer für Bundeswehr-Fuhrpark

Im Zuge der Bundestagswahl übertrumpften sich nahezu alle Parteien in der Erhöhung von Rüstungsausgaben, der (Wieder-)Herstellung einer deutschen Kriegstüchtigkeit, den Forderungen nach noch mehr Exporten von Waffen, der Verpflichtung der Jugend zum Dienst an der Waffe. Die BRD ist längst wieder im Spiel des Wettrüstens und der Mobilmachung angelangt. Aber für Kriege braucht es nicht nur Waffen und Infrastruktur, es braucht Soldaten, aber vor allem eine Gesellschaft die bereit ist zu folgen, die bereit ist zu morden und die bereit ist blind und jubelnd alle Gräueltaten der Welt fertig zubringen.

Niemals Kriegstüchtig!

Nicht heute

Nicht 2029

Nie wieder

Wehret den Anfängen . . .

Wir befinden uns in einer Krise, in der der nächste Weltkrieg nicht weit entfernt scheint. Eskaliert dieser Krieg weiter, wird er unseren Planeten verwüsten. Während sich die USA aus dem Angriffskrieg in der Ukraine

zurückgezogen haben steht das "geeinte Europa" zusammen und diskutiert ganz offen über eine reale atomare Abschreckung gegenüber Russland. Täglich überschlagen sich die Ereignisse, ohne dass wir eine Antwort finden, die dem gerecht wird, was in dieser Welt passiert.

Das ist nicht unser Krieg - Wir wollen eine Zukunft.

Auf welchen Krieg wird sich hier eigentlich vorbereitet?

Und wem nützt der Krieg?

Die Kriege und Konflikte dieser Welt drehen sich in einem nicht zu missachtenden Anteil um Energieverteilungskämpfe, den Zugang zu Ressourcen, wirtschaftlichen Interessen und schlussendlich Macht. Es ist kein Kampf um Demokratie, Gerechtigkeit oder Werte, auch wenn dies das Narrativ der Herrschenden ist. Der Großteil der Menschen leidet unter diesen Kriegen, während die Reichen und Mächtigen sich ihre Taschen füllen. Der westliche Imperialismus versucht seine Vormachtstellung zu halten, während andere imperialistische Kräfte wie Russland und China diese für sich beanspruchen wollen. Das kapitalistische System reagiert auf die aktuelle Krise,

wie so oft in der Geschichte, mit Zerstörung und Aggression. Und niemals handeln die unterschiedlichen Kriegsparteien nach den Interessen der Menschen, die unmittelbar durch sie betroffen sind. Krieg ist immer ein Krieg der kapitalistischen Mächte, bei dem die Menschen aller Länder nur verlieren können. Ihr Leid wird dabei als unausweichliches Schicksal dargestellt und die Feindschaft untereinander mit Nationalismus geschürt.

Wir verteidigen unsere revolutionäre Position in der Frage des Krieges und kämpfen für eine Freundschaft aller Menschen und Völker!

Was in Deutschland passiert ist keine Vorbereitung auf die Verteidigung möglicher Angriffe oder die Herstellung einer sogenannten Wehrhaftigkeit. Kriegstüchtig zu werden meint, sich darauf vorzubereiten einen Krieg zu führen. Worauf Pistorius und Merz die deutsche Gesellschaft auch hinsichtlich einer globalen Machtverschiebung und einem neuen Erstarren von Kriegen zu Sicherung von Energiereserven, Machtzonen und Absatzmärkten vorbereitet, sind Angriffskriege in anderen Ländern mit hoher deutscher Beteiligung. Dafür werden Soldat:innen an Schulen geschickt, die Zivilklausel soll aufgehoben werden und Infrastruktur wie Gesundheitssystem auf den Kriegsfall eingestimmt werden.

Hier im Lande steigen die Mieten, das Sozialsystem wird immer weiter ausgehöhlt und gleichzeitig sollen hunderte Milliarden Euro für Rüstung bereit gestellt werden. Und damit ist kein Ende in Sicht: Um den von der NATO eingeforderten 2 Prozent des BIP gerecht zu werden, stellt das Sondervermögen nur ein Etappenziel dar, die Debatte über weitere Aufstockungen läuft längst.

Was hier passiert ist Kriegstreiberei. Wo bleibt der Aufschrei?

Eine weitere Intensivierung eines globalen Krieges wird hier in Deutschland vorbereitet, daher müssen wir die Zentren der Kriegstreibenden sabotieren.

Aus klarem Verstand wurden in der Nacht auf den 7. März sieben Bundeswehrfahrzeuge auf dem Parkplatz einer MAN Werkstatt in Brand gesetzt, denn Kriegsgerät gefällt uns ausschließlich brennend.

Nein zur Aufrüstung! Nein zu Waffenexporten! Nein zur Wehrpflicht!
Für den Frieden der Völker!

Gruppe Agenda2029



Zu den Durchsuchungen, Vorladungen und Verhaftungen in München und Salzburg im Februar 2025

Was ist passiert? Am 26. Februar 2025 wurden in München, im Münchner Umland und im Raum Salzburg acht Wohnungen, Vereins- und Lagerräume von Bullen im Auftrag der Generalstaatsanwaltschaft München durchsucht. In den Tagen danach kam es noch zu Folgedurchsuchungen. Nach dem was wir bisher wissen, richteten sich die Durchsuchungen gegen insgesamt vier Beschuldigte sowie Zeug*innen in drei verschiedenen Ermittlungsverfahren wegen Billigung/Belohnung von Straftaten, Bildung einer kriminellen Vereinigung sowie dem Anfangsverdacht der Tatbeteiligung an Brandanschlägen. (<https://de.indymedia.org/node/497199>). Bei den Durchsuchungen wurden diverse Computer, Drucker, Speichermedien, Telefone und Zeitschriften beschlagnahmt. Zwei der vier Beschuldigten wurden wegen fehlender Meldeadressen in Untersuchungshaft genom-

men. Für die anderen beiden Beschuldigten reichten die Vorwürfe laut Presse nicht zu Haftbefehlen aus. Zudem wurden Zeug*innen zur Vernehmung durch die Generalstaatsanwaltschaft München vorgeladen. Welche der Ermittlungsverfahren für die Vorladungen eigentlich relevant sind, bei welchen Ermittlungsverfahren Querbezüge durch die Bullen hergestellt werden und ob es bisher überhaupt relevante Erkenntnisse gibt, können wir noch nicht beurteilen.

Die Betroffenen und ihre Unterstützer*innen stehen jetzt vor der Aufgabe, die Haft durchzustehen, sich auf die anstehenden Vernehmungen und die möglicherweise noch folgenden Gerichtsverfahren vorzubereiten, sowie Support für die Inhaftierten zu organisieren. Wir schicken Ihnen solidar-



sche Grüße und Kraft für die nächste Zeit. Worauf beziehen sich die Ermittlungsverfahren? Die Konstrukte der Verfahren sind etwas kompliziert. Wir wollen versuchen, hier eine kurze Beschreibung zu geben, auch wenn wir das bis jetzt nur auf Grundlage der Indymedia-Posts und der Zeitungsartikel machen können. Zum besseren Verständnis ist es wahrscheinlich hilf-

reich, zuerst die Vorgeschichte der Durchsuchungsaktion zusammenzufassen: Seit mehreren Jahren brennen in München und Umgebung in schöner Regelmäßigkeit Fahrzeuge, Maschinen, Züge, Baumaterial, Gebäude, Kabelschächte oder Funkmasten. Das alles hat sich mittlerweile zu einer ansehnlichen zweistelligen Millionensumme an Sachschäden entwickelt. Bei einem größeren Teil dieser Aktionen gab es keine Bekennungsschreiben, bei anderen schon. Nach Angaben der Lokalpresse haben die Bullen bei keiner einzigen Aktion irgendeine verwertbare Spur zur Identifizierung von Tatbeteiligten sicherstellen können. Das einzige was sie bisher mutmaßen ist, dass die Brände keine zufälligen Selbstentzündungen gewesen sein können und irgendwie immer etwas mit "kritischer Infrastruktur" im weitesten Sinne zu tun haben. Im Januar 2025 brannten zuletzt 23 Transporter der Münchner Polizeihundestaffel auf einem unbewachten Parkplatz ab. Allein hier betrug der Sachschaden über zwei Millionen Euro. Soweit zur Situationsbeschreibung. Seit einigen Jahren versucht sich die „Ermittlungsgruppe Raute“ der Bullen erfolglos an der Aufklärung. So wie wir es verstehen gibt es neben dem "Anfangsverdacht der Beteiligung an sechs Brandanschlägen" auch ein Ermittlungsverfahren wegen "Billigung/Belohnung von Straftaten". Dies bezieht sich auf eine Broschüre mit dem Namen "Hetzblatt gegen den Windpark", die angeblich Ende 2024 mit Bezug auf die geplante Errichtung dutzender Windräder für den Chemiekonzern „Wacker“ in Umlauf gebracht wurde. Die Bullen ordnen sie vier Beschuldigten zu. Zwei der Beschuldigten wird zusätzlich zur Beteiligung an der Windpark-Broschüre vorgeworfen, Teil einer kriminellen Vereinigung zu sein. Der Münchner Lokalpresse war zu entnehmen, dass damit ein weiteres, schon etwas angestaubtes Ermittlungsverfahren aus dem Jahr 2022 gegen die Zeitung "Zündlumpen" gemeint ist. Der Zündlumpen erschien zwischen 2019 und 2021 sehr regelmäßig in München und kommentierte das aktuelle Geschehen in Stadt und Land aus anarchistischer Perspektive. Das Verfahren gegen den Zündlumpen ist ziemlich kurios und lohnt eine eigene ausführliche Betrachtung, die an dieser Stelle aber den Rahmen sprengt (<https://de.indymedia.org/node/499854>). Neben der Kriminalisierung der Zeitung selbst diente das Verfahren gegen den Zündlumpen aus unserer Sicht vor allem dem Angriff auf anarchistische Strukturen in München und führte neben umfangreichen Beschlagnahmungen auch zur Schließung der anarchistischen Bibliothek "Frevel". Dass dieses Verfahren jetzt wieder aus der Kiste geholt wurde, hatte möglicherweise den Zweck, die Herstellung der Windpark-Broschüre in einem größeren und deshalb bedrohlicheren Kontext erscheinen zu lassen und den Antrag für die Untersuchungshaft etwas auszuschnücken. Denn für eine konkrete Beteiligung an irgendeinem Brandanschlag haben die Bullen bei keine*r der Beschuldigten irgendeinen Beweis. In einem Artikel in der Welt am Sonntag von Mitte März 2025 wird in diesem Zusammenhang von beachtlichen 50 Brandanschlägen geschrieben. Darüber hinaus wird in dem Artikel der Versuch unternommen, einen Bezug der Ermittlungen in München zu anderen, bundesweiten Ermittlungskomplexen herzustellen (<https://kontrapolis.info/15239/>). Konkret werden hier zum einen die Anschläge der sogenannten Vulkangruppen genannt, zu denen auch der abgebrannte Strommast beim Bran-

denburger Tesla-Werk 2024 gerechnet wird. Zum anderen wird ein möglicher Zusammenhang mit der "Switch-off-Kampagne" aufgemacht (<https://switchoff.noblogs.org/>). In dem Artikel der Welt am Sonntag wird angedeutet, dass es inhaltliche und strukturelle Verbindungen zwischen militanten Aktionen in München und Berlin geben könnte und dazu scheinbar auch Ermittlungen laufen. Es wird zwar nicht benannt, von wem diese ganzen Ermittlungsverfahren geführt werden. Die Vermutung liegt aber nahe, dass hier das BKA federführend ist. Wie bewerten wir den Angriff? 1. Interpretation: Die Bullen mussten auf den gestiegenen Druck durch die Berichterstattung in der Presse reagieren und wollten sich für die abgebrannten Bullenautos rächen. Für diese Interpretation ist vor allem der Zeitpunkt der Durchsuchungen ausschlaggebend. In den letzten Monaten hatte sich der Druck auf die Ermittlungsbehörden durch die lokalen Medien im Zusammenhang mit den Brandanschlägen in München deutlich erhöht. Wenn die Angaben in den verschiedenen Zeitungsartikeln der Lokalpresse stimmen, haben die Bullen bisher offenbar so gut wie keine auswertbaren Spuren und keinen klaren Ermittlungsansatz. Dies spiegelt sich auch in den wilden Spekulationen der Presse wider, wer denn eigentlich aus welchen Gründen Forstmaschinen, Funktürme und Ferndatenkabel zerstört. In allen Artikeln stehen die Bullen jedenfalls buchstäblich dumm da: Sie können die Anschläge nicht verhindern, sie können nicht sagen, wer hier warum die ganzen Sachen macht, ob es immer die gleichen Leute sind oder ob die Aktionen überhaupt etwas miteinander zu tun haben. Es ist nicht schwer sich vorzustellen, in welcher Stimmung die Lagebesprechungen im Münchner Polizeipräsidium oder im Innenministerium nach dem Anschlag auf die 23 ungesicherten Bullenautos unmittelbar vor der NATO-Sicherheitskonferenz stattgefunden haben. Ob Rache oder auch "PR-Arbeit", der zeitliche Zusammenhang der Durchsuchungen mit den abgepackelten Bullenautos ist jedenfalls mehr als offensichtlich. Die Bullen wollten die Nachricht senden: Wir haben alles im Griff, wir haben ermittelt, wir haben Beschuldigte, wir haben Durchsuchungen und Verhaftungen gemacht, blablabla. Und die Presse übernimmt den ganzen Quatsch und druckt ihn ab. Im Ergebnis erscheint jetzt die Realität auf den Kopf gestellt. Die Schlagzeilen wirken so, als wäre der Anschlag auf die Bullenautos bereits drei Wochen später aufgeklärt, als wären bei den Durchsuchungen umfangreich Beweismittel sichergestellt worden und die angeblichen Täter*innen, die auch noch für zahlreiche andere Anschläge der "mysteriösen Brandserie" verantwortlich sein sollen, sind verhaftet. 2. Interpretation: Die Bullen wollen vor allem Erkenntnisse über Strukturen und Hinweise auf konkrete Beteiligung an einzelnen Aktionen sammeln, Verunsicherung stiften und einschüchtern. Das stimmt natürlich immer. Hier ist eher interessant, auf welche Art und Weise die Durchsuchungen durchgeführt wurden. Zum Stichwort Einschüchterung ist zunächst erwähnenswert, dass wenigstens eine der Durchsuchungen mit einem gigantischen Aufgebot von ca. 70 vermummten und mit Maschinengewehren bewaffneten Bullen durchgeführt wurde. Mehrere Objekte wurden in Abwesenheit der Betroffenen aufgebrochen und durchsucht. Es wurden Spurenhunde, Metalldetektoren und Flutlicht eingesetzt. Insgesamt spricht die Presse von mindestens 140 an allen Durchsuchungen beteiligten Bullen. Auch die Kriterien für die Benennung der Zeug*innen und der Umgang der Bullen mit ihnen deuten für uns darauf hin, dass es im Augenblick vorrangig um die Ermittlung von Strukturen gehen könnte. Bei den Durchsuchungen und Beschlagnahmungen wurde kein Unterschied zwischen Beschuldigten und Zeug*innen gemacht. Die Vorladungen zur Vernehmung erfolgten direkt durch die Staatsanwaltschaft, was bedeutet dass bei Nichterscheinen Zwangsver-

fürhungen und bei Aussageverweigerung Zwangsgelder oder Beugehaft drohen. Es ist nicht auszuschließen, dass im Zuge der weiteren Ermittlungen aus Zeug*innen später Beschuldigte gemacht werden sollen. Wir gehen aber davon aus, dass die Bullen sich jetzt sehr genau angucken werden, wer sich mit wem trifft, wie die Betroffenen mit der Situation umgehen und wer sich sonst noch solidarisiert und zu dem Angriff verhält. Im Vorfeld der Durchsuchungen und auch im Rahmen der schon länger laufenden Ermittlungen zu den Brandanschlägen, gab es immer wieder umfangreiche Observationen und Lauschangriffe. Wir gehen davon aus, dass diese Maßnahmen jetzt nicht eingestellt sondern eher noch ausgeweitet werden. Wir sollten deshalb auch damit rechnen, dass in die Verfahren bisher noch nicht Betroffene einbezogen werden könnten. 3. Interpretation: Die Durchsuchungen und Ermittlungsverfahren könnten Teil eines umfangreicheren Angriffs auf militante Aktionen und Strukturen weit über München hinaus sein Diese Interpretation bezieht sich auf den besagten Artikel der Welt am Sonntag, in dem auf mögliche überregionale Verbindungen hingewiesen wird. Ob der Artikel nur der blühenden Fantasie der Autoren entsprungen, oder durch Hintergrundgespräche mit BKA und/oder Geheimdiensten unterfüttert worden ist, wissen wir nicht. Es fällt aber auf, dass die Welt am Sonntag in der letzten Zeit auch in anderen Zusammenhängen "investigativ" tätig wurde. Im letzten Jahr wurden hier sowohl angebliche strukturelle Hintergründe der "Switch-off-Kampagne" thematisiert, wie auch nach dem Tesla-Anschlag 2024 eine "Analyse" der Aktionen und mutmaßlicher bundesweiter Strukturen der sogenannten Vulkangruppen. Wir halten es für unwahrscheinlich, dass diese Artikel ohne gezielte Hinweise aus den Ermittlungsbehörden entstanden und publiziert wurden (<https://kontrapolis.info/13213/>). Im gleichen Zeitraum erschien darüber hinaus eine "Gefahrenanalyse" in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, in der vor allem eine angeblich steigende Gewaltbereitschaft bei Linksradikalen beschrieben, die Erzählung von einer Klima-RAF aufgewärmt und mit den Verfahren gegen militante Antifaschist*innen zusammen gerührt wird (<https://kontrapolis.info/12562/>). Hier wird der Bogen also noch weiter gespannt und es ist bei der FAZ genauso wie bei der WamS davon auszugehen, dass die Publikation der Artikel im politischen Interesse und mit ausdrücklicher Billigung der bundesdeutschen Repressionsstrukturen erfolgt ist. Beide Zeitungen fungieren seit Jahrzehnten als Lautsprecher der Bundesanwaltschaft und des Verfassungsschutzes. Fazit: Der Angriff der Bullen ist eine Reaktion sowohl auf die beachtliche Zahl von unaufgeklärten Brandanschlägen in den letzten Jahren in München, wie auch auf publizistische Projekte wie den Zündlumpen und die Windpark-Broschüre. Darüber hinaus verstehen wir die Ermittlungen auch als einen Angriff gegen anarchistische, widerständige, antagonistische und militante Strukturen im Allgemeinen. Was an den strafrechtlichen Konstrukten gegen die Beschuldigten dran ist, müssen wir abwarten. Es wird sich jetzt zeigen, wie die Bullen weiter vorgehen: wie die anstehenden Zeug*innenvorladungen und Haftprüfungstermine ablaufen werden, ob es zu Folgedurchsuchungen oder einer Ausweitung des Kreises der Betroffenen kommen wird, ob es am Ende zu Anklagen und Verfahren kommt und welche der zahlreichen Vorwürfe dort überhaupt verhandelt werden. Das alles haben wir nicht in der Hand. Wichtig ist für uns im Moment, dass der Versuch der Bullen, Einzelne zu bedrohen und einzuschüchtern, kollektiv zurückgewiesen wird. Schön wäre es, wenn es uns darüber hinaus gelingt,



den Angriff politisch und praktisch so zu beantworten, dass die Bullen noch dümmere aus der Wäsche gucken als schon nach dem Anschlag auf ihre Scheißkarren. Wie können wir den Angriff beantworten? Im Augenblick geht es erst mal darum, wie die Betroffenen unmittelbar unterstützt werden können. Die Gefangenen freuen sich bestimmt über Post, Soli-Aktionen und Feuerwerk und auch die anderen Beschuldigten und Zeug*innen können Support sicher gut gebrauchen. Die anstehenden Verfahren werden viel Geld kosten und Zeit in Anspruch nehmen. Praktische Infos wie ihr sie unterstützen könnt, findet ihr unten. Darüber hinaus sind uns aber noch zwei andere Punkte wichtig: wir alle sollten uns zum einen überlegen, wie wir uns gegen die (mögliche weitere) Repression von Staatsanwaltschaft und Bullen organisieren und schützen können. Zum anderen und mit Blick darauf, dass der Angriff nicht nur gegen die jetzt Beschuldigten sondern auch ganz grundsätzlich gegen eine antagonistische Praxis und Organisation gerichtet ist, wollen wir mit euch unsere Gedanken zu militanter Praxis unter den gegebenen politischen Verhältnissen teilen. Vielleicht habt ihr da Widerspruch, vielleicht seht ihr auch Übereinstimmungen. Zum Umgang mit weiterer Repression: Wir gehen davon aus, dass sich die Repressionsbehörden Hinweise auf die unaufgeklärten Brandanschläge erhoffen, im Augenblick aber vor allem die Verbindungen und Arbeitsweisen aktivistischer und militanter Zusammenhänge verstehen wollen. Das bedeutet, dass es möglicherweise nicht mit den bisherigen Durchsuchungen getan sein wird. Wir müssen damit rechnen, dass es weitere Observationen, Überwachungsangriffe, Durchsuchungen und Verhaftungen geben kann, auch in anderen Städten und Regionen. Also räumt alle ruhig mal eure Zimmer, Speicher, Keller und Schuppen auf, nutzt Tails und TOR wenn ihr im Internet surft oder kommuniziert, lasst zwischendurch einfach mal eure Telefone zu Hause und bespricht mit euren Freund*innen, wie ihr euch grundsätzlich gegen Überwachung schützen könnt. Und vor allem: spekuliert nicht über das, was irgendwelche Personen vielleicht getan oder nicht getan haben könnten. Alles was die Bullen darüber mitkriegen, werden sie benutzen, um sich ein besseres Bild zu machen und euch oder andere zu bedrohen oder vor Gericht zu zerren. Sicher erhoffen sich die Bullen, durch die Durchsuchungen und Ermittlungen nicht nur die Betroffenen sondern auch uns alle einzuschüchtern. In den letzten Jahren haben die Bullen und Staatsanwaltschaften sehr großzügig mit dem Vorwurf der kriminellen Vereinigung (§129) gearbeitet. In München richtet sich das nicht nur gegen Zeitungen wie den Zündlumpen. Die Generalstaatsanwaltschaft München führt aktuell zum Beispiel auch ein §129-Verfahren gegen die "Letzte Generation", die mit ihren Aktionen nicht für die Abschaffung des Kapitalismus, sondern für die Einführung von Geschwindigkeitsbegrenzungen auf der Autobahn kämpft. Deshalb: diskutiert mit euren Freund*innen, wie ihr mit Ängsten und Verunsicherungen umgehen könnt. Lasst euch bei Durchsuchungen, Zeug*innenvorladungen oder Verhaftungen nie auf irgendwelche Aussagen ein und unterschreibt auch nichts. Überlegt, wie ihr euch gegenseitig unterstützen könnt, wenn die Bullen einzelne von euch rauspicken. Zu unserem Verhältnis zu militanter Praxis und Sabotage: Wir verstehen die Brandanschläge, egal ob mit oder ohne Erklärungen, als Beispiele einer militanten Notwehr gegen ein zerstörerisches kapitalistisches Gewaltssystem. Anscheinend sehen die Bullen und die Staatsanwaltschaft das ähnlich, auch wenn sie es anders nennen. Wir meinen mit militanter Praxis aber mehr als Brandanschläge gegen

Infrastruktur oder Angriffe auf Nazis und ihre Strukturen. Für uns bedeutet militante Praxis alles, was unabhängig von den Beschränkungen des Strafgesetzbuchs die gesellschaftlichen Verhältnisse angreift und in einem emanzipativen Sinn verändern will. Dazu gehören unangemeldete Demos, Flashmobs, Zeitungen, Flugblätter, Plakate oder gesprühte Parolen, genauso wie Riots, Blockaden oder Besetzungen. Es können Aktionen wie Adbusting oder gezielte Sachbeschädigung sein. Militante Praxis kann eher symbolisch oder auch materiell verheerend sein. Sie kann sich durch begleitende Veröffentlichungen politisch bekennen oder auf Erklärungen verzichten. Auch die praktische Solidarität mit Betroffenen staatlicher Repression ist ein notwendiger Teil militanter Praxis. Die "Legitimität" einer militanten Praxis ergibt sich für uns daraus, wie wir die gesellschaftliche Situation insgesamt bewerten. Dazu ließe sich vieles sagen, wir wollen es hier aber bei ein paar Stichworten belassen, die keinen Anspruch auf eine umfassende politische Analyse erheben: Kriegsmobilisierung, Militarisierung und neuer Imperialismus Das erste worauf sich CDU und SPD als wahrscheinliche neue Bundesregierung mit Unterstützung der Grünen gerade geeinigt haben, ist ein gigantisches Aufrüstungspaket. Die Aufrüstung der Bundeswehr wird flankiert mit Debatten zur Wiedereinführung eines Kriegsdienstes und Überlegungen zur Entwicklung von neuen, europäischen Atomwaffen. Die imperialistische Ausdehnung und Kontrolle des "eigenen" Territoriums und Einflussgebietes durch militärische Gewalt und Krieg ist kein exklusives Privileg des russischen Imperialismus. Sie findet in diesen Tagen genauso durch die türkische, iranische oder israelische Regierung statt, in Rojava und Syrien, im Jemen und Irak oder auf den Golanhöhen, im Gazastreifen und Westjordanland. Die US-amerikanische Regierung droht mit der Annexion von Grönland und dem Panama-Kanal, die chinesische Regierung droht mit der Annexion Taiwans. Die traditionellen politischen und militärischen Bündnisse befinden sich im Umbruch. Die Hoffnung, dass durch die allseitige massive Aufrüstung jetzt Kriege verhindert werden ist naiv und absurd. Ein größerer politischer Widerstand gegen die Kriegspolitik ist nirgendwo wahrnehmbar, dafür aber umso notwendiger. Krieg braucht Infrastruktur, Aufrüstung und Waffenlieferungen. Dies alles gezielt anzugreifen und zu zerstören ist immer richtig. Klima- und Naturzerstörung Wir können wieder bei der zukünftigen CDU/SPD Regierung anfangen. Gigantische Investitionen in die "Infrastruktur" sollen Kriegsfähigkeit und Wirtschaftswachstum ermöglichen, ein konsequenter Kampf gegen die globalen Klima- und Umwelterstörungen würde voraussetzen, dass mit dem Wachstums- und Profitprinzip der kapitalistischen Produktion gebrochen wird. Das ist natürlich selbst von den Grünen zu viel verlangt. Auch in dieser Frage ist augenblicklich nicht zu sehen, dass eine "zivilgesellschaftliche" Klimabewegung den "system change" erzwingen würde. Sabotage an den Lieferketten der Überproduktion und Sand im Getriebe der Naturzerstörung können aber wenigstens das Tempo der umfassenden globalen Verwüstungen etwas verringern. Flucht, Migration Sollen wir ernsthaft begründen, warum die Sabotage am mörderischen und sich immer weiter verschärfenden deutschen und europäischen Grenzregime notwendig und gerechtfertigt ist? Vielleicht ist es ja nur noch für eine kurze Zeit, dass europäische Regierungen bei ihrem Morden an den Grenzen immer noch vom Schutz der Menschenrechte reden. Absehbar ist jedenfalls jetzt schon, dass in naher Zukunft nicht nur Brandanschläge auf Bullenwagen sondern auch die zivile Seenotrettung oder der Widerstand gegen das Bezahlkartensystem als Angriffe auf den Staat gewertet und entsprechend verfolgt werden. Autoritäre, patriarchale, rassistische, faschistische und djihadistische Mobilisierungen Die Zustimmung in

Deutschland für die AfD steigt ungebremst, die Gewalt auf der Straße gegen Menschen, die als "fremd" identifiziert werden, ebenfalls. Die bürgerlichen Parteien lassen ihre Masken fallen und paktieren mit Faschist*innen im Kampf um die administrative Macht zur Durchsetzung ihrer Umverteilungs- und Zerstörungsprojekte. Praktischer Antifaschismus wird massiv kriminalisiert. Überall in Europa drängen die Faschist*innen an die Macht. In den USA und in Russland stellen Faschist*innen die Regierungen und kontrollieren Militär, Polizei und Geheimdienste. Der Wahnsinn einer weltweiten sozialen Dystopie wird noch bereichert durch das chinesische Modell eines autoritären rassistischen Überwachungsstaats und diverser Kalifate autoritärer oder djihadistischer Gotteskrieger egal welcher Konfession. Sie alle schüren und instrumentalisieren den Hass auf andere Menschen mit Hilfe von Konstruktionen wie Religion, Nation, Kultur, Lebensweisen oder Lebensraum. Der Terror von Rechten und Faschist*innen geht dabei überall auf der Welt Hand in Hand mit einem Rollback patriarchaler Diskurse und massiver Gewalt gegen Frauen und queere Menschen. Täglich werden vor allem Frauen, queere Menschen und Kinder gedemütigt, gejagt, vergewaltigt und umgebracht und Widerstand dagegen als „woke linke Cancel-Culture“ diffamiert. Diese Aufzählung ließe sich noch endlos weiter führen und jeder einzelne dieser Aspekte würde schon ausreichen, mit militanter Notwehr und Sabotage zu reagieren. Es gibt keinen Grund, zu warten, bis alles immer noch schlimmer wird. Es sieht nicht so aus, als würden sich in absehbarer Zeit in Deutschland, in Europa oder irgendwo anders auf der Welt große emanzipatorische Massenbewegungen entwickeln, die die bestehenden Gewaltverhältnisse umwerfen. In dieser Situation, und solange bis sich alles grundlegend geändert hat, ist für uns Militanz nicht nur eine von vielen Möglichkeiten zum Handeln, sondern auch eine Frage der Selbstachtung. Militante Praxis ist dabei mehr als nur ein Ventil für unseren Hass auf ein Gesellschaftssystem der Unterwerfung, der Verachtung und der allumfassenden Zerstörung der Lebensgrundlagen. Es soll ja immer wieder vorkommen, dass militante Aktionen neben dem symbolischen Wert und reinen Sachschaden auch ganz unmittelbar praktische Konsequenzen haben. Bei einem der zahlreichen Anschläge in München wurde ein 5G-Sendemast angezündet. Bis heute ist der Empfang in dieser Gegend gestört. Bei einem weiteren Anschlag traf es ein Kieswerk und führte zum Rückzug des Unternehmens aus einem geplanten neuen Kiestagebau. Der Anschlag auf den Strommast neben der Brandenburger Teslafabrik hatte einen wochenlangen Produktionsausfall zur Folge und hat der Mobilisierung gegen Tesla enormen Schwung gegeben. Die Waldbesetzungen, Kraftwerksblockaden und der Kampf um Lützerath haben die Bullen und Konzerne Körner und Geld gekostet. Sie mobilisieren Menschen und alle Ansätze von Selbstorganisation sind immer auch notwendige Schritte und Erfahrungen auf dem Weg in eine Welt ohne Herrschaft, Ausbeutung und Unterdrückung. Wie auch immer, gute Gründe sowie inhaltliche und praktische Ansatzpunkte für militante Praxis gibt es mehr als genug, also sucht euch einfach das aus, was euch am meisten interessiert oder Spaß macht. Organisiert euch, bleibt unberechenbar - und wer weiß, vielleicht lassen sich ja andere von euch inspirieren... Liebe und Kraft allen Militanten drinnen und draußen!

Autonome Gruppe „Flaute für Raute

Räuber und Gendarm?

Eine Geschichte über Ermittlungsmaßnahmen + Aktualisierung zum Münchner Zündlumpen-§129er-Verfahren Inhaftiert wegen der Herausgabe einer anarchistischen Zeitung

Im Folgenden wollen wir über das elendige Unterfangen sprechen, welches den Münchner Staatsschutz zwei Jahre lang beschäftigte: wie zur Hölle sie der Anarchistin N. ihr Blut zwecks einer DNA-Abnahme klauen können. Zur Bewerkstelligung dieses Unterfanges scheute die bayrische Bullerei keine Kosten und Mühen und einige der von ihnen angewandten Methoden könnten euch vielleicht auch interessieren. Außerdem werden am Ende des Textes noch weitere Ermittlungsmaßnahmen aufgelistet, welche die Münchner Bullerei in den Ermittlungen anwandte.

Vor kurzem, am 26.02.2025 wurde die Anarchistin N. mitsamt dem Anarchisten M. inhaftiert. Der Haftbefehl war aufgrund des Vorwurfs, als kriminelle Vereinigung (mit einer weiteren Person) die anarchistische Wochenzeitschrift Zündlumpen herausgegeben zu haben, ausgestellt worden.

Mehr zu den Vorwürfen hier: <https://de.indymedia.org/node/497199>

Was ist Polizei?

Man könnte sagen die Polizei ist nichts als die verstetigte militärische Besatzungsmacht auf einem bestimmten Territorium, die versucht, ihre Macht mittels technologischer Hilfsmittel in Raum (und Zeit) zu projizieren. Unsere lieben Obermaiers, Findeisens, Unglaubs und Rinds haben das in einem sicherlich für sie aufschlussreichen Lesekreis namens „EG Schrift“ durchaus verstanden. Aber es gibt vermutlich kaum jemanden, der diese Sichtweise besser verinnerlicht hat und folglich auch in der Lage gewesen ist, ganze Polizeistaffeln auf Jahre an der Nase herumzuführen, als die berühmten baierischen „Volkshelden“, die Räuber und Wilderer, etwa der baierische Hiasl oder der Räuber Kneißl aber auch die dem Kriegsdienst desertierenden Bauern einer der frühesten revolutionären Erhebungen gegen die (bajuwarische) Obrigkeit. Aber es sind eben nicht nur diese berühmtesten Figuren aus längst vergessener Zeit, sondern bis heute gibt es zahllose Individuen, die es verstehen, den Schergen des (erneuerten) bajuwarischen Herrschergeschlechts hie und da durch die Fänge zu ent-schlüpfen und sie mal mehr, mal weniger schonungslos bloßzustellen und dem öffentlichen Gespött preiszugeben. Und weil wir der Ansicht sind, dass es sich lohnt, auch die kleineren, geradezu alltäglichen Momente dieses ewig antagonistischen Kräftemessens zwischen Obrigkeit und aufbegehrenden Individuen in Erinnerung zu behalten, wollen wir hier einen solchen Moment aus den Polizeiakten, des sogenannten „Zündlumpen“-Verfahrens für all jene rekonstruieren, die wie wir ihre Freude daran haben, wenn den Bullen ein Schnippchen geschlagen wird, selbst wenn am Ende der Punkt an die Staatsmacht zu gehen scheint.

Räuber und Gendarm?

Wir schreiben das Jahr 2022. Die Bullen stürmen an einem grauen Frühlingmorgen vier Wohnungen von Anarchist*innen, sowie drei Keller-räume darunter eine Druckerei, und die anarchistische Bibliothek Frevel in und um München. Sie sind auf der Suche nach drei Personen und al-

lerhand Lesestoff. Es geht um den Vorwurf der kriminellen Vereinigung, denn die Redaktion der anarchistischen Wochenzeitung Zündlumpen sei laut bayrischer Generalstaatsanwaltschaft eine solche. Zwei der gesuchten Personen nehmen sie dabei fest, die Dritte werden sie beinahe zwei Jahre lang jagen müssen. Denn sie wollen Blut sehen, diese Staatsbüttel, zumindest aber DNA-Material. Natürlich lässt man sich so einen Übergriff nicht freiwillig gefallen. Dass also die gesuchte Person, nennen wir sie N., einer Einladung zur „unbürokratischen“ DNA-Abgabe bei den Bluthunden der Terrorstaatsanwaltschaft nicht nachkommt, das vermag vermutlich nicht einmal selbige selbst zu verwundern. Verwunderlicher mag da der Versuch erscheinen, die DNA-Entnahme auf juristischem Wege abzuwenden, aber man kann es ja mal versuchen. Ebenfalls verwunderlich: Angeblich warten die Bullen den Ausgang dieses Versuchs ab. Dann aber geht sie endlich los, die von den Kettenhunden lang ersehnte Menschen-jagd. Zuerst versucht man es auf die billige Art und Weise: Man schickt die Streifenpolizisten der nächstgelegenen Wache einmal pro Nacht, aber zu unregelmäßigen Zeitpunkten an Ns Wohnung vorbei. Sie sollen bspw. anhand der Anwesenheit von Ns Auto überprüfen, wann sie da ist. Der Erfolg bleibt aus. Das Auto parkte eben nicht vor der Wohnung. Die Streifen jedoch, sie blieben keineswegs unbemerkt. Kein Wunder. Es sind ja Streifen.

Der nächste Versuch: Die Staatsschützer klingeln an der Tür. Keiner macht ihnen auf. Gerne wären sie auch eingebrochen, alleine ihnen mangelte es an Übung. Stattdessen – das ergibt nur in einem Bullenhirn Sinn: Durchsuchung der Nachbars-WG. N. ist dort nicht zu finden. Also aufs Neue. Wieder kommen die Staatsschützer, diesmal mit Vermieter im Schlepp-tau. Der sperrt ihnen auf, aber N. ist nicht da. Man bleibt also mit dem kooperations-eifrigen Vermieter in Kontakt, der auch brav und regelmäßig die (ihm bekannten) Anwesenheitszeiten von N. an die Bullen denunziert, dazu auch selbst Auskünfte von Nachbarn einholt und an die Bullen weitergibt. Aber auch das führt nicht zum Erfolg. Die Bullen wittern, N. muss noch andere Unterkünfte haben und weil man im Zuge der bisherigen Ermittlungen ohnehin schon die Bankkonto-Bewegungen und alle Überweisungen der letzten 8 Jahre (!) von ihr analysiert hat, fragt man auch gleich bei allen möglichen Versandhandeln an, ob dort vielleicht neue Lieferadressen bekannt wären. Routinemäßig fragt man auch bei Unternehmen wie PayPal, Ebay und Co., ob N. bei diesen ein Konto hätte und wenn ja, welche Kontaktadressen dort hinterlegt wären. Auch die deutsche Bahn und FlixBus fragt man nach Erkenntnissen zu Ns Reiseverhalten und natürlich hatte man zuvor schengenweite Fahndungen nach N. und ihrem vermeintlichen Lebensgefährten (nach dem die Bullen offiziell wegen einer offenen Geldbuße von 10 Euro und eines ausgebliebenen Ersatzhafantrittes schengenweit fahnden) herausgegeben. Irgendein besonders findiger Bulle war auch auf die Idee gekommen, die Kursteilnehmerlisten von Ns früherer Berufsschule zu erbitten, wohl um mögliche Kontaktpersonen abzuklären; eine Bitte, der man vorsorglich mit einem Durchsuchungsbeschluss und einem Anschreiben der Terrorstaatsanwalt („Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus“, steht da dann unverhohlen und offenbar gewollt einschüchternd im Briefkopf) Nachdruck zu verleihen wusste.

Aber all das brachte nicht die nötigen Erkenntnisse. Also nächster Versuch: ZKÜ, also die Überwachung des Zahlkartengebrauchs an Bankautomaten, etc. Eine zu diesem Zeitpunkt bereits in Gange befindliche Telekommu-

nikationsüberwachung scheiterte übrigens daran, dass das überwachte Gerät nicht genutzt wurde. Von der Überwachung der Zahlkarte jedoch erhoffte man sich, das hatte man zuvor in den Bankunterlagen recherchiert, die regelmäßigen Bargeldabhebungen von N. für die Fahndung gewinnbringend verwerten zu können. Also ein Schrieb an die Bank, im Briefkopf abermals ganz dezent die regelrecht unscheinbare Bezeichnung „Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus“. Es solle also Meldung an die Bullen ergehen, wann immer die Bankkarte von N. genutzt würde, und zwar in Echtzeit, hilfreich wäre zudem auch, wenn die Bank nicht vielleicht das Online-Banking einschränken könnte und eine Kündigung des Kontos von N., so schrieb man förmlich jovial, solle doch bitte erst nach Erfolg der polizeilichen Fahndung seitens der Bank erfolgen. In der Folge versuchten die Fahnder also Muster beim Geldabheben festzustellen, um N. abzufangen, aber daraus wurde nichts. Auch waren die zu einer Bankfiliale entsandten Streifen wohl stets zu langsam und konnten N. niemals antreffen. Also erneuter Schrieb an die Bank, ob man nicht vielleicht das tägliche Verfügungslimit herabsetzen könne, in der Hoffnung so N. dazu zu bewegen zum Schalter zu gehen und auf diese Weise mehr Zeit zu gewinnen, eine Festnahme in der Bankfiliale zu versuchen. Die Bank kooperiert, aber N. wittert die Falle und setzt das Verfügungslimit wieder hinauf – per Online-Banking. Weil das aber klappt, verfliegt ihr Verdacht wieder. Bringt den Bullen aber trotzdem nichts.

Unterdessen versuchen diese N. den Geldhahn zuzudrehen. N. bezieht nämlich ein regelmäßiges „Schutzgeld“ vom Staat, genannt Bürgergeld. Die Bluthunde tauchen also beim Jobcenter auf und erwirken dort, dass Ns Bürgergeldantrag nicht verlängert wird. Unter Vorwand versteht sich, wie die Bullen schadenfroh in ihrer Akte notieren. Heißt aber auch – man fragt sich, ob die neunmalklugen Fahnder das bedacht haben –, für N. ein Grund weniger zur Bank zu gehen, wo doch von ihrem Konto nun nichts mehr zu holen ist. Zeit für den nächsten Coup der Bullen: Überwachung der Telekommunikation von Ns Eltern. In einer derart technologisch durchdrungenen Welt, wie der unsrigen, eine mächtige Möglichkeit die Beziehungen der Menschen untereinander zu infiltrieren. Was zwei Menschen miteinander besprechen, das lässt sich heute leicht mithören, von berufsmäßigen Spannern und Spitzeln im Staatsauftrag. Und auch wenn man selbst jene technologischen Vermittlungswege meidet, so kann man doch selten darauf vertrauen, dass alle seine sozialen Kontakte es ebenfalls meiden, in derart vermittelten Beziehungen über einen zu reden und dabei selbst intimste Details das eigene Leben betreffend breitzutreten.

Schwierigkeiten haben die von der Kette gelassenen Bluthunde jedoch trotzdem: Aufgrund einer Registrierung der Mobilfunknummer von Ns Mutter mit umgekehrter Namensschreibweise – oder war es bloß ein Komma? – wird es nötig sein, ein weiteres technisches Spielzeug zum Einsatz zu bringen, um ihres Anschlusses gewahr zu werden: den IMSI-

Catcher. Einmal bei Ns Mutter daheim, das zweite Mal an ihrer Arbeitsstelle. Und siehe da: Der Kreuztreffer der beiden Einsätze wird fortan überwacht. Ein menschlicher Blick ins Telefonbuch hätte vielleicht auch genügt. Die Bullen hören fortan also Gespräche zwischen Ns Mutter und allen möglichen Kontakten dieser ab. Einmal extrahieren sie aus einem Gespräch zwischen ihr und einer Freundin die Information, dass N. öfter im Walde nächtigen würde. Auch sei geplant, dass N. an Weihnachten bei ihren Eltern zu Besuch sein wird. Also wieder einmal Überstunden an den Feiertagen für die Polizei. Man postiert also das MEK vor der Wohnung von Ns Eltern, observiert N dann bei der Abreise zu ihrem temporären Wohnort. Was soll man sagen, der Punkt geht an die Cops. Die wiegen sich wohl schon in Sicherheit. Es folgen Observationen an Tag drei, vier, fünf, sechs, usw. Ein Zugriff jedoch erfolgt nicht. Am fünfzehnten Tage aber, da entwischte N. den Observanten und bleibt verschwunden. So ein Pech aber auch. Oder einfach zu hoch gepokert? Aber die Polizei setzt nun einmal geflissentlich auf Zufälle, die sie durch Routine und ständige Streifen, etc. zu systematisieren versucht. Denn natürlich weiß man wenigstens in den Führungsriegeen dieses Vereins, dass spätestens der bürokratische All-



tag, vielmehr jedoch die bei Einstellung geforderte Eindimensionalität im Denken der Beamten jede personelle Brillanz und jedes ermittelrische Genie verblässen lassen wird und es ohne eben jene institutionalisierte Vermehrung von Zufällen kaum mehr als eine Hand voll polizeilicher Erfolge zu verzeichnen gäbe. So kommt es im Februar 2024 auch in unserer Geschichte zu einem solchen Zufall: Ein Staatsschutzbeamter – wo

der wohl herkam? – erkennt N. auf der Straße und schickt eine Streifenbesatzung für eine Kontrolle. Es folgt ein Fluchtversuch, der leider scheitert. So kamen die Bluthunde also etwa zwei Jahre später zu ihrem Blut, bzw. in diesem Falle eben einer etwas ordinäreren Körperflüssigkeit: Speichel.

Wie wird man den Schreiberlingen habhaft?

Weitere Ermittlungsansätze im Zündlumpen-Verfahren, welche die Ermittler in Folge der Durchsuchungen der Jahre 2022 verfolgten, waren folgende:

– Aufgefundene private Briefe wurden von Forensikern analysiert und mit dem Schreibstil des Zündlumpens verglichen

– Die gefundenen Kopien von Zündlumpen-Ausgaben werden analysiert, um das Druckverfahren festzustellen

– Es wurden Vermieter*innen, Anwohner*innen und Hausmeister*innen befragt, wer/ wie welche Orte nutzte und ob etwas auffiel (und diesen nicht auch gleich eine Kündigung der unliebsamen Anarchist*innen nahe zu legen?)

– Kontoauszüge bis acht Jahre zurück in die Vergangenheit werden analysiert, um zu sehen, ob Druckmaterialien oder eventuell gar anarchistische Literatur gekauft wurde. Oder sonst irgendwas komisches auf dem Konto passierte . . .

– Ehemalige Arbeitgeber*innen wurden kontaktiert, um wenn möglich Textproben für Textvergleiche zu bekommen.

– Versuch die bei archive.org archivierten Zündlumpen-Ausgaben zu zensurieren (!) und die Webseite nach Daten abzufragen (nicht erfolgreich).

– Erarbeitung einer Charakterisierung der Beschuldigten, unter dem Titel „Ideologische Denkweise und anarchistisches Leben“

– Untersuchungen von DNA-Abrieben, -Abklebungen und -Abtastungen sowie Fingerabdrücke von Asservaten wie Broschüren/Büchern, Türen, Tassen, Druckmaschinen, etlichen weiteren Dingen . . .

– Handschriftanalysen zum Vergleich von privaten Texten mit pseudonymisierten Briefen

– Textvergleiche und Bildvergleiche zwischen auf bei der Durchsichtung gefundenen Texten und Bildern und im ZL erschienenen Texten und Bildern

– Inhaltliche Analyse, ob sich private Texte inhaltlich mit Texten im ZL decken würden und Hinweise auf Autor*innenschaft liefern.

– Generell inhaltliche und „ideologische“ Analysen von aufgefundenen Texten, Zeitungen, Broschüren etc. (insgesamt wurden hunderte einzelne Broschüren und Zeitungen beschlagnahmt)

– Metadatenanalysen von gefundenen Bildern

– Immer wenn möglich, wird ein „Nebenverfahren“ zu sogenannten „Zufallsfunden“ eingeleitet

Aktualisierung und Solidarität

Seit beinahe einem Monat sind die Anarchist*innen N und M wegen des Vorwurfs, als kriminelle Vereinigung (+ eine weitere Person) die anarchistische Zeitung Zündlumpen erstellt zu haben, inhaftiert. N sitzt in der Frauen-JVA in Aichach (in der Nähe von Augsburg), M sitzt weiterhin in Stadelheim. N wurde immer noch nicht erlaubt, private Kleidung zu tragen und sie muss weiterhin die Anstaltskleidung tragen, während M im Männerknast Stadelheim bereits private Kleidung tragen kann. Die sofortige Verlegung der Anarchistin N in einen Knast in der Provinz ist eine weitere Repressionsmaßnahme, da sie nun noch weiter abgeschieden und isoliert ist und Besuche von Angehörigen umso aufwändiger sind.

Gerade fand eine Haftprüfung bei M statt, bei welcher leider seine Untersuchungshaft verlängert wurde. Die Haftprüfung von N folgt in Kürze. Bis jetzt haben wir wenige Neuigkeiten und Informationen von den Umständen der Inhaftierung von N und M, da die Restriktionen in bayrischen JVAs besonders repressiv sind.

Umso wichtiger ist es, dass ihr eure Solidarität zeigt!

Wenn ihr Briefe schreiben wollt, schreibt an solidaritaet-mit-n-und-m@riseup.net und wir teilen euch die Adressen der beiden mit.

Villenviertel lahmlegen. Lasst tausend Vulkane Schutt und Asche regnen!

„Follow the money“ um den Verbrechen und den Verbrechern auf die Spur zu kommen. Ein vorgezogener, kleiner militanter Nachtspaziergang durch's Grunewaldviertel mit anschließender Brandstiftung:

Dass wir uns die Reichen, die zumeist auch die Mächtigen sind, nicht mehr leisten können, ist vielen Menschen hinlänglich bekannt. Dass sie uns und unseren Kindern eine zerstörte Erde hinterlassen werden, ebenfalls. Dass ihnen das egal ist, beweisen sie täglich, wenn sie zum Beispiel alleine mit ihren Privatjets jährlich über 16 Milliarden Tonnen CO² ausstoßen. Dass die Reichen die Besitzlosen der Welt gerne gegeneinander ausspielen – auch das ist bekannt. Sie hetzen die Bevölkerung mit deutschem Pass gegen sogenannte Migrant_innen (mit und ohne deutschen Pass) auf. Sie hetzen gegen geflüchtete Menschen, als wären deren Fluchtgründe trivial. Die Gründe zur Flucht, und somit die Flucht, werden zu einem Verbrechen erklärt, und die Menschen zu Kriminellen, vor allem, wenn deren Hautfarbe nicht „weiß“ ist. Es wird nicht die imperiale Lebensweise zu einem Problem erklärt, die direkt oder in Verkettung von unterschiedlichsten Umständen zu diesen Fluchtgründen führt, sondern die fliehenden Menschen selbst. Diese Leute leben auch in dem Viertel,

dem wir heute den Saft abgedreht haben. Denn mit Appellen, Überzeugungsarbeit oder schlichten Informationen ist ihnen nicht beizukommen.

Wir machen uns Worte und Analysen vorangegangener Vulkangruppen zu eigen: Diese imperiale Lebensform, die auf Kosten anderer Menschen organisiert wird, ist Basis für aberwitzigen Konsum, ständiges Wirtschaftswachstum mit wachsenden Profitraten und die Gründe zur Flucht aus den ausgebeuteten Regionen. Ohne Zerstörung der Lebensgrundlagen in anderen Ländern ist dieser Wahnsinn an Ressourcenverbrauch gar nicht aufrechtzuerhalten. Gier und Sucht nach noch mehr Macht, Profit, Geld und Besitz prägen die Mentalität der Reichen. Und Millionen Menschen, bis hin zu vielen Besitzlosen, rennen diesem „goldenen Kalb“ hinterher. Nur, um vielleicht auch einen Krümel vom Kuchen abzubekommen. Der Raubbau an der Natur, die Kriege, die Klimazerstörung und die Genozide – alles ist eingepreist in den Run nach noch mehr Reichtum. Während die Mächtigen jeden Schritt, jede Sekunde unserer Zeit, jeden Gedanken, jedes Gefühl und jeden Klick in unserem Leben zur Ware machen (wollen), um noch weiter auf jede_n Einzelne_n zugreifen und um uns kontrollieren zu können, spielen sie mit dem Leben von Milliarden Menschen.

Grund genug, einen kleinen Vulkan in einer „exklusiven Wohngegend“ im Grunewald-Schmargendorf Feuer spucken zu lassen.

Wir haben heute ein Trafohaus zur Stromversorgung des Viertels in der Clayallee – Pücklerstraße gegrillt. Und wir haben einen Funkmast verschiedenster Mobilfunkanbieter (u.a. Vodafone) und des Polizeifunks in der Clayallee entflammt.

Eigentlich wollten wir nur mal kurz im Grunewald vorbeischaun. Doch dann, hoppla, stellten wir fest, wir bewegen uns plötzlich mitten im Weltgeschehen und sehen, wie sehr alles miteinander zusammenhängt. Die internationale Dimension braucht einige Worte und Verknüpfungen, um dem Ort gerecht zu werden. Aus eben dieser Erwägung ist es nicht möglich, diese Erkundung vor Ort kurz und knapp zu halten. Wir wollen so viel wie möglich ans Licht bringen, von dem, was wir im Widerschein unseres Feuers bei einem ersten Blick beleuchten können. Erstaunt darüber, wie viele Protagonisten des Zerstörungspotenzials und wie viele Verursacher oben beschriebener Fluchtgründe sich auf so wenig Fläche verschanzt haben, ist unsere Erklärung zum Vulkanausbruch etwas länger ausgefallen.

Wir sind nur die Vorboten einer Generation der Wütenden. Wer andere verhungern lässt, dabei und damit beste Geschäfte macht und sich in Villenvierteln verschanzt, braucht sich nicht zu wundern, wenn er_sie eines Tages „gegrillt“ unter dem Motto „Eat the rich“ auf dem Teller der Suppenküchen im Wedding oder anderswo landet. Müssten wir die Reichen also nur alle „in einen Sack stecken und draufhauen“, um uns ihrer Herrschaft zu entledigen, wären wir im Grunewald auf jeden Fall nicht an einem falschen Ort. Die Wiedereinführung der Guillotine allerdings ist schon hinlänglich erprobt worden und wurde bekanntlich im weiteren revolutionären Gebrauch verworfen. Sie wurde nur zu einem neuen Mittel von Machtstrukturen und Terror. Der Hydra wächst ein neuer Kopf nach, sobald der alte rollt. Auf diese Weise schütteln wir die Reichen und deren zerstörerische Lebensweise nicht ab. Bisher wuchsen schnell neue Herren nach – einzig die Fahnen und die Uniformen änderten sich und die Methoden zur Niederschlagung der Revolten wurden neu justiert. Die Börsen, das Geld, die Polizei, die Gefängnisse, das Militär und die Ungerechtigkeit und Unterdrückungen blieben.

Wir gehen lieber an ihre Ressourcen, stören sie an ihren Reproduktionsorten, nehmen sie privat und persönlich in Haftung und jagen sie aus ihren Villen. Georg Büchner zeitlos richtig: Friede den Hütten – Krieg den Palästen.

Wir können und sollten ihnen den 1. Mai frei Haus bis vor die Tür liefern und ihre Reproduktionsorte mittels Sabotage zu einem ungemütlichen Ort machen. Wir können in ihren Wohnraum eindringen, in dem sie in Gedanken ihre Dollar, Euro, Rubel, Bitcoin oder ihre Unzen Gold zählen, ohne einen Schritt auf ihr Gelände machen zu müssen. Wir können ihnen wenigsten ein bisschen den Spaß an ihrem Besitz verderben.

Die Anwesen, umzäunt und abgesichert durch Kameras, sind durch geraubte Arbeitskraft entstanden. Ihr Luxus war immer schon mit einem hohen Blutzoll verknüpft und ist es auch heute.

Die imperiale Lebensweise wird durch unsere militante Intervention heute nur kurz zum Erzittern gebracht. Aber jeder Tropfen höhlt den Stein.

Und wir können ungesehenen im Dunkel der Nacht mit den Wildschweinen in den Wald verschwinden, ab und zu an einem Obdachlosen im Zelt vorbeistolpernd.

Sie fühlen sich sicher vor dem „Mob“, der seit dem anarchistischen Aufstand für die Rechte der Arbeiter_innen am 1. Mai 1886 auf dem Haymarket in Chicago immer wieder für Revolten, Aufstände und militante Kämpfe sorgte. Der Redner vom Haymarket, Chefredakteur und Herausgeber einer großen anarchistischen Arbeiter_innenzeitung, August Spies sei hier zitiert, um seine Aktualität zu unterstreichen: „Die Zeit wird kommen, wo unser Schweigen stärker sein wird, als die Stimmen, die sie heute erdrosseln“. Das waren seine letzten gerufenen Worte, bevor er unter falschen Anschuldigungen gehängt wurde. Unter dem Eindruck der Brutalität der Polizei bei Demonstrationen und Streiks, Wahlfälschungen und deren Legitimation durch korrupte Richter, hatte sich



August Spies zuvor mehr und mehr vom legalen Weg der Sozialdemokraten ab- und revolutionär-anarchistischen Entwicklungen zugewandt. Er wurde Sprecher des sozialrevolutionären Flügels der US-amerikanischen Arbeiter_innenbewegung und schließlich in Folge der Kämpfe rund um den ersten Mai im November 1887 zusammen mit den Anarchisten George Engel, Albert Parsons und

Adolph Fischer durch den Strang hingerichtet. Aus diesen anarchistischen Kämpfen ging der 1. Mai als Kampftag der Arbeiter_innen hervor. Wir sind ganz und gar nicht zufrieden, dass der 1. Mai im Moment kein Kampftag der Besitzlosen mehr ist, sondern als Feiertag in den „Demokratien“ durch Säulen des Staates wie den Gewerkschaften „eingemeindet“ wurde. Auch viele rote Gruppen mit selektiven Geschichtsbewusstsein lauern nur auf die nächste Chance einen Staat zu errichten, der die Besitzlosen in die nächsten „roten“ Fabriken zwingen würde. Dabei wird eines Tages die militante Intervention der Besitzlosen und ein wütender Mob die Besitzenden von der Last ihres Besitzes befreien und sich weder von sogenannten Demokraten noch diktatorischen Kräften beeindrucken lassen. Denn letztendlich liegt es doch auf der Hand, weder die Erde, noch alle Lebewesen, die sie bewohnen, kann man „besitzen“, und damit auch nicht die Menschen. Auch wenn die Reichen diese simple Wahrheit nicht wahrhaben wollen. Der Wahrheit, dass sie angreifbar sind, mussten sie heute dennoch ins Auge sehen. Denn der verbrannte Funkmast überträgt zumindest heute nicht die Börsennachrichten aus den USA, nicht die neusten Frontberichte Russlands, nicht die neusten Kriegsberichte aus aller Welt, mit den darin liegenden tollen Chancen, die DAX-Indizes der Rüstungskonzerne steigen zu sehen, bei denen man seine Asche gut gestreut angelegt hat, nicht die neusten Neuheiten aus der Welt der Mode und des Reichtums und auch nicht das Gebell von X & Co. Den Stimmen der und für die Besitzenden hat es kurz die Sprache verschlagen. Das Schweigen der Besitzlosen wird laut und lauter werden. Und heute soll das laute Schweigen auch an August und die mit ihm ermordeten Anarchisten und den Ursprung des 1. Mai erinnern.

Wir wenden uns nun dem Spaziergang durch das „Wildtierviertel“ selbst zu und der Frage, welche Zweibeiner dabei aufgescheucht wurden. In

dem Villen- und Botschaftsviertel heißen die Straßen nur in Erinnerung an die Tiere, deren Bilder auf dem Smartphone leichter zu finden sind, als die der aktuellen Bewohner, hinter ihren Zäunen mit der smarten Überwachung. Es folgt die Aufzählung einiger Reicher und einiger Botschaften, wie in einem Krimi, in dem alles miteinander zu tun hat. Die Namen sind austauschbar, wie auch die Länder.

Kurzzeitig abgeschaltet und ohne Strom und Netz, verschanzen sich hinter den Zäunen zum Beispiel russische Oligarchen, wie der Putin-Freund Arkady Rotenberg (auch Arkadi oder Arkadij geschrieben). Sein Vermögen wird auf etwa 2,5 Mrd. US-Dollar geschätzt. Niemand glaubt, er hätte das Vermögen selbst erarbeitet. Wir reden wie bei allen anderen von geraubtem Vermögen durch fremde Arbeitskraft. Als Freund Putins hat eine seiner Firmen Röhren geliefert, um die Pipeline Nord Stream 2 zu bauen. Für Gas, mit dem sein Freund Putin Deutschland belieferte und welches die deutsche Wirtschaft bereitwillig und billig gekauft hat, um so im internationalen Wettbewerb einen Vorteil zu haben. Während Putin die Einnahmen für seinen Angriff auf die Ukraine zu nutzen wusste. Eine Win-Win-Situation für alle Seiten, bis vor drei Jahren. Heute bezieht Deutschland Energie aus anderen Diktaturen. Für den Bau einer 19 Kilometer langen Brücke auf die ukrainische Halbinsel Krim durch Rotenberg hat ihm sein Freund Putin später persönlich den Orden »Held der Arbeit« verliehen. Zwar ist Rotenberg mit Sanktionen belegt und seine Immobilien dürfte er eigentlich in Deutschland nicht veräußern, aber über Firmen in Zypern hat er seinen Besitz verschleiert. Wen kümmert das? So hat er sich den Verkaufsdeal von einem geschmierten Notar am Kurfürstendamm beglaubigen lassen, der ihm bei der Sanktionsumgehung behilflich war.

Auch Jurij Bukin, ein langjähriger Manager aus dem Firmenimperium der Rotenbergs, hat im Viertel seine Villa. Ebenso der Duma-Abgeordnete Boris Paikin, der von den EU-Sanktionen betroffen ist und einst bei einer Gazprom-Tochter tätig war, soll laut Medienberichten eine Villa und Wohnungen in dem Viertel besitzen. Und ebenfalls im Wildensteinsteig steht die Stadtvilla von Irina Wirganskaja (Tochter von Gorbatschow). 2020 erwarb sie dort für 4,8 Millionen Euro ein Grundstück.

Eine weitere Villa im Waldtierviertel, in der der frühere russische Botschafter Wladimir Kotschenko, der spätere Chef des Deutschland-Ablegers von Gazprom, seine Strippen gezogen und exklusive Feste gefeiert hat, gehört laut Medien einem Geschäftsmann aus St. Petersburg. In dem Anwesen im Berliner Goldfinkweg soll Kotschenko zur Miete gewohnt haben, aktuell werden die Wohnungen für bis zu 13.000 Euro pro Monat angeboten. So können wir ewig über die Verflechtungen im Waldtierviertel schwadronieren und uns wundern, wer in der deutschen Politik und der Verwaltung diese Verhältnisse deckt. Es ist eigentlich ganz einfach: Berlins Immobilienmarkt ist ein Sumpf für schmutziges Geld, welches hier gut „gewaschen“ werden kann. In Berlin steigen die Mieten so stark wie in keiner anderen deutschen Großstadt. Und das ist im Interesse der Besitzenden, ob es legalen oder illegalen Immobilienerwerb betrifft. Nehmen wir in Hinblick auf das „Wildtierviertel“ ein Beispiel. Die „L&B Immobiliya“ in der Frankfurter Allee hat zum Beispiel gerne solche, wie oben genannten Geschäfte für Reiche u.a. aus Osteuropa eingefädelt. Über 30.000 Kunden haben so ihr Geld gewaschen und gewinnbringend angelegt. Zum Nach-

teil der Armen wird auf dem Häuser- und Wohnungsmarkt gekauft, verkauft, wieder gekauft. Die Rendite steigt und jeder Verkauf spült Geld, das den ohnehin armen Menschen durch Mieterhöhungen genommen wird, in die Taschen der Reichen. Zum Glück gibt es bald weitere Kürzungen beim Bürgergeld, dann werden noch mehr Wohnungen frei, nur unter den Brücken und im Grunewald wird es noch voller werden. Laut Medienberichten sollen Reiche aus Russland in der Vergangenheit schätzungsweise zwischen 20 und 50 Milliarden Euro allein in Deutschland angelegt haben – mittels nebulöser Unternehmenskonstrukte und Briefkastenfirmen in Steueroasen. Niemand, der so viel Geld hat, hat ein Interesse daran, dass bekannt wird, was ihm im Einzelnen gehört und wo er wohnt. Der Immobilienmarkt ist nicht zufällig intransparent gehalten, was die wahren Eigentümer von Häusern, Wohnblocks und ganze Straßen betrifft. Im Grundbuch lassen sich durch einfache Wege Firmen als Besitzer eintragen, die den dahinterliegenden Besitzer unsichtbar machen. Kein Wunder, wenn im Wildtierviertel jedes zweite Haus ohne Klingelschild ist: Die ausbeuterischen und zerstörerischen Geschäftsbetreiber möchten anonym agieren. Wir sollen sie nicht finden. Soviel Angst haben sie – auch auch vor uns. vor uns.



Übrigens: Wo die russischen Oligarchen sind, sind auch die ukrainischen Oligarchen nicht weit. Während auf dem Schlachtfeld die Interessen zweier Staaten und deren Mächtigen ausgetragen werden, und das Blut fließt, kann sich Juri Rodin mit seiner Beteiligung am Immobiliengeschäft im Luchsweg entspannt die sauberen Hände reiben. Die Rendite für den Großaktionär der RIB-Bank ist erwartungsgemäß gut ausgefallen. 2021 hat ein lettisches Unternehmen, an dem Rodin beteiligt war, die Grundstücke am Luchsweg für über 26 Millionen Euro verkauft. Vier Jahre zuvor hatte das Unternehmen die Grundstücke noch für 7,5 Millionen gekauft. In unterschiedlichen Variationen werden solche Transaktionen mit Gebäuden in allen Stadtteilen Berlins durchgeführt. Immer mehr Eigentumswohnungen - immer weniger Mietmöglichkeiten, hochpreisige Sanierungen und Modernisierungen, also die ganze bekannte Litanei, die den Kapitalinteressen entspricht, trifft die mittellosen Teile der Bevölkerung hart und härter. Das soziale Gewebe der Stadt wird durch meist geräuscharme Vertreibung der Besitzlosen zerstört. Kein Senat hat daran etwas geändert, im Gegenteil. Und kein Senat wird in Zukunft etwas daran ändern. Ganz nebenbei: Das zeigt auch die Sinnhaftigkeit von Wahlen. Ohne revolutionäre Enteignungen durch den „Mob“ und gerechter Umverteilung wird sich das auch nicht ändern. Plünderung der Supermarktketten, Zerstörung der Villen – that's it.

Diese strukturelle Menschenverachtung hat heute ein Echo bekommen, indem auch die Netzverbindungen der verschiedenen deutschen und internationalen Immobilienfirmen gestört wurden, die in der Nachbarschaft diskret und nicht zu knapp ihrer destruktiven Arbeit nachgehen, jedenfalls die, die wir identifizieren konnten. Der neuste Eigentümer, ein „Immobilienentwickler“ aus Berlin übrigens, will nun das „Villenolett“ mit „High-Class-Wohnungen“ im Luchsweg bauen. Ein Schnäppchen für 17.000 Euro pro Quadratmeter. Vom Preis dieses einen Quadratmeters könnten viele Menschen ein ganzes Jahr lang leben.

Doch wir wollen euch nicht mit weiteren Details langweilen, die ihr in der ein oder anderen Form schon kennt, denn wir sind noch nicht am Ende unserer militanten Ortsbegehung. Sprechen wir also über die Botschaftsresidenzen in Schmargendorf. Die Migrationsabkommen mit Ländern der EU oder auch nur mit Deutschland haben einen hohen Stellenwert bei der Absicht, die Festung EU weiter zu zementieren. Die Parteien wollen immer mehr und immer schneller abschieben. Dabei ist die jeweilige Regierung auch auf die Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern angewiesen. Auch mit Diktaturen. Im Fohlenweg, in Sichtweite unserer beiden Brandherde, treffen wir auf die irakische Botschaftsresidenz: Mit dem Irak gibt es ein sogenanntes Migrationsabkommen seit 2023, um mehr Asylsuchende abschieben zu können. Dabei sind staatliche Stellen "nach wie vor für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen verantwortlich", heißt es sogar in einem vertraulichen Bericht des Auswärtigen Amtes. Die in der Verfassung verankerten Rechte und Grundfreiheiten würden zudem "nicht umfassend gewährleistet". Laut dem Bericht seien Folter zur Erzwingung von Geständnissen, willkürliche Festnahmen und Entführungen durch irakische Sicherheitskräfte verbreitet. Darüber hinaus gehe von bewaffneten Milizen eine Bedrohung für die Bevölkerung aus. Auch seien "sehr viele Kinder und Jugendliche durch Gewaltakte gegen sie selbst oder gegen Familienmitglieder stark betroffen". Religiöse Minderheiten, wie die Jesid_innen, leiden laut dem Bericht unter "weitreichender faktischer Diskriminierung". Der irakische Staat kann demnach "den Schutz der Minderheiten nicht sicherstellen". Trotzdem: Wenn die Identität ungeklärt ist, wollen beide Seiten biometrische Daten austauschen. Irakische Botschaftsmitarbeiter führten Interviews mit möglichen Staatsangehörigen, um die Identität festzustellen. Grund genug, dem irakischen Botschafter und seinen Bediensteten das Licht auszuknippen. Auch der marokkanische Botschafter bewohnt eine Residenz in Schmargendorf. Er lebt bekanntermaßen nicht wie viele geflüchtete Menschen aus afrikanischen Ländern in Baracken, Zelten oder unter Plastikplanen von Obstplantagen in Spanien, wo sie wie Sklaven gehalten werden. Er lebt auch nicht in einem Heim, auf der Straße oder arbeitet zu miserablen Bedingungen, um das Kapital meist weißer Herren zu vermehren. Er wird auch nicht von Nazis gejagt oder von Drogencops festgenommen. Während bei ihm nur die Kühlung seiner Getränke ausgefallen ist, verdursten in der Sahara Geflüchtete, die eigentlich zur und über die EU-Grenze kommen wollen. Dort scheitern viele am sogenannten Migrationsabkommen mit Marokko. In Melilla trennt dann als letzte Hürde eine barbarische Festungsanlage Afrika von Europa.

Die "Möglichkeiten und Interessen für eine vertiefte Partnerschaft im Themenfeld Migration" hat schon das deutsche Bundesinnenministerium der Ampelregierung mit Marokko erfolgreich sondiert. Außerdem wurde die bereits bestehende polizeiliche Zusammenarbeit etwa auf Ermittlungen in "komplexen Schleuserverfahren" ausgeweitet. Entwicklungsgelder, technisches Gerät zur Abwehr von Migrant_innen und diplomatische Schmeicheleien funktionieren im Fall von Marokko, um die Migration zu steuern. Visaerleichterungen für Fachkräfte sind die Tür, die einzig und alleine offen bleiben soll - wenn „der Markt“ sie braucht. Die Bundespolizei arbeitet täglich eng mit der marokkanischen Grenzpolizei zusammen, um den unerwünschten, aus Armut geflüchteten afrikanischen Menschen den Zutritt zur EU zu verwehren, während in Berlin das Wasser aus dem Kühlschrank des Botschafters tropft. Dass die Westsahara von Marokko annektiert ist und die ursprünglichen Bewohner_innen einen antikolonialen Kampf gegen Marokko führen, sei der Vollständigkeit halber noch ergänzt.

Natürlich schweigt Deutschland zu diesem Fakt im Tausch gegen das Migrationsabkommen. Auch wurden von Deutschland aus in den letzten zehn Jahren Rüstungsgüter im Wert von über 200 Millionen Euro dorthin geliefert: Bodenradar, unbemannte Luftfahrzeuge, Munitionsteile für Kanonen und Kommunikationssystem. Die Abwehr von Refugees an der EU-Festung und die Besetzung der Westsahara und militärischen Unterdrückung der ursprünglichen Bewohner_innen sind keine unzusammenhängende Themen. Und in der besetzten Westsahara werden deutsche Interessen verteidigt; Raub von Rohstoffen und Energieproduktion zum Beispiel. So wäscht eine Hand die andere.

In der Pücklerstraße treffen wir auf eine weitere Residenz. Stolz weht die schwedische Fahne vor dem Eingang. Die Fahne des EU-Landes, deren Reiche sich hier mehrere Wohnungen als Anlageobjekte kaufen und die Wohnungsknappheit mitverstärken. Der Staat und Konzerne wie Northvolt haben kein Problem damit, Land, das ihnen noch nie gehört hat, zu beanspruchen und die Lebensgrundlagen der indigenen Sámi zu zerstören. Die North Bothnia Linie, eine Schnellbahntrasse der Eisenbahn, die im Wesentlichen Rohstoffe transportieren soll, zerschneidet nach den bisherigen Plänen Land, auf dem die Sámi ihre Rentierweideflächen haben. Es geht Schweden und dem Kapital um den schnelleren Anschluss an den Weltmarkt und der Versorgung von drei Giga-Batterie-Factories mit Lithium und Eisen. Auch zukünftige Bergbau- und Forstwirtschaftsprojekte sollen von diesem Megainfrastrukturprojekt profitieren. Die imperiale Lebensweise richtet sich auch innerhalb der EU nach innen, und nicht nur im Zugriff auf ferne Länder und deren Ressourcen. Die Einsprüche der 15 sámmischen Dorfgemeinschaften haben für uns Gewicht. Darum haben wir auch mal kurz das Licht und die Netzverbindung bei der schwedischen Botschaft ausgeknipst. Hands off Sápmi! – sonst kann es sehr schnell sehr teuer werden.

Wir verschonen euch hier mit einer Abhandlung über die äthiopische Botschaftsresidenz im Goldfinkweg, über die libanesische Botschaftsresidenz in der Spechtstraße, über die Botschaftsresidenz von Katar oder über die Botschaft von Oman in der Clayallee – eine schlimmer als die andere! Wir verschonen euch auch mit einer Abhandlung zur Dienstvilla des Bundespräsidenten.

Befinden sich alle angesprochenen Institutionen und namentlich Erwähnten in einem Radius von nur 300 Meter von den Orten der Brandstiftung entfernt, liegt die israelische Botschaft knapp zwei Kilometer weiter entfernt. Zu ihr wollen wir noch ein paar Worte verlieren. Der israelische Botschafter hat kürzlich im Sinne der rechtsradikalen israelischen Regierung Druck auf das zentrale Gedenken zur Befreiung Buchenwalds und des Mittelbau Dora ausgeübt, um den deutsch-israelischen Philosophen Omri Boehm auszuladen. Weil dieser dezidiert für eine Gleichberechtigung von Juden und Arabern eintritt. Sein Ansatz „Geschichte begreifen – für die Zukunft lernen“ ist rechtsradikalen Juden ein Dorn im Auge. Nichts von der „Geschichte begriffen“ hat ein deutscher Staat bzw. die Politik, wenn sie Waffen liefert, die die Munition zu einem Genozid darstellen, und dies auch noch mit der deutschen Staatsräson begründet. Mit diesen Waffen vollstreckt die israelische Armee derzeit ungestraft extralegale Hinrichtungen im Gaza. Aus der zensierten Rede von Omri Boehm sei folgender Satz hervorgehoben: „Nie wieder“ ist nur in seiner universellen Form gültig, und nur dann kann es seiner besonderen Formulierung gerecht werden.“ Es geht um eine Ge-

rechtigkeit, die alle Menschen betrifft und einschließt. Wir hoffen sehr, dass auch die israelische Botschaft von unserer kleinen Protestnote etwas mit nehmen konnte. Und wir gedenken in diesem Zusammenhang dem am 23. März durch die israelische Armee gefolterten und hingerichteten Sanitäter Rif'at Radwan, der anschließend mit 14 anderen hingerichteten Sanitätern und Feuerwehrleuten durch Bagger der israelischen Armee vergraben wurde, um das Völkerrechtsverbrechen zu verschleiern. Die Aufzeichnungen des Handys von Rif'at Radwan und die Obduktion der Ermordeten lassen keinen anderen Schluss zu, als deren absichtsvolle Folterung und Hinrichtung. Und wir gedenken dem durch die Hamas gefolterten und hingerichteten Aktivistin Odai Al-Rubai im Gaza, der mit tausend anderen Menschen am 25. März gegen die Hamas demonstrierte. Er wurde sechs Stunden lang gefoltert, bevor er umgebracht wurde. Beide Verbrechen liegen nur zwei Tage auseinander. Wir verachten ihre feigen Mörder. Wir bewundern den Mut von Rif'at Radwan und Odai Al-Rubai, die ihr Leben riskierten, um Leben zu retten. Vergessen wir die beiden Menschen nicht. „Nie wieder“ ist nur in seiner universellen Form gültig.“

Wir runden unseren Spaziergang mit einem „Hau-drauf“ auf die Botschaftsresidenz der USA in der Finkenstraße ab. Die auf der anderen Straßenseite des Wildtierviertels nur 200 Meter von dem angebrannten Funkmast gelegene Residenz des US-Botschafters dürfte zwar von unserem Stromausfall weitgehend unberührt geblieben sein, aber das Netz! Die Verbindung zu „Donald Dump“ dürfte verlangsamt oder komplett ausgefallen sein. Mit anderen pro-faschistischen Männern und Frauen betreiben sie den Umbau des Systems hin in eine oligarche Autokratie. Es gäbe genügend Gründe, den Vertretungen der USA und deren Diplomaten das Leben schwerzumachen. Menschen werden in Tod und Folter abgeschoben. Auch eine Greencard schützt nicht mehr, wenn der betreffende Mensch sich z.B. für die Rechte der Palästinenser_innen einsetzt. Wer auf Wahlen hofft, die in vier Jahren eine Wende in den USA bringen, hat den jetzigen administrativen Putsch nicht verstanden. Es wird keine nennenswerte freie, unmanipulierte Wahl mehr geben, die USA ist auf dem Weg in eine (Techno)Autokratie. Wir können diese neue Form der Diktatur mit ihren todbringenden Deals und ihren CEOs als Entscheider, welche die bisherige Staatsform in den USA ablösen wird, vielleicht auch direkt an ihrem Besitz treffen. Die Trennung vom Netz des Botschafters zu seinen Befehlsempfängern in den USA ist nicht von nennenswerter Bedeutung, auch wenn wir uns darüber freuen. Treffsicherer ist: Follow the money. „Elend Musk“ hat über 250 Millionen Dollar in den Wahlkampf von Präsident „Dump“ gepumpt. Er zerstört einen Staat, den er und seinesgleichen für sich beanspruchen. Sie zerstören das alte System und stehlen gleichzeitig die Daten der verschiedensten US-Behörden, um die Menschen unter ihre Kontrolle zu bringen und ihre digitale Herrschaft gewinnbringend nach vorne zu treiben.

Am Beispiel von Tesla; es geht hier in Deutschland nicht mehr nur um gestohlenen Wasser in Brandenburg-Grünheide. Und es geht auch nicht mehr nur um die Arbeitsbedingungen bei Tesla, die einer Entrechtung der Arbeiter_innen gleichkommt. Es geht auch nicht mehr nur um Klimazerstörung und Raubbau, um in vielen Ländern dem Boden „Schätze“ zu entreißen. Es geht nicht mehr darum, einzelne Projekte zu stoppen. Es geht um die Summe all dieser Verbrechen. Und darüber hinaus darum, den „technologische Angriff“, das Projekt der totalen Digitalisierung, zu sabotieren, das in seiner Brutalität immer klarere Konturen annimmt.

Tesla ist fertig. International wird Tesla gerade praktisch täglich angegriffen. #TeslaTakeDown, und militante Angriffe sorgen für Gewinnverluste von über 70%. (Verkaufen Sie, sollten Sie als Teslabesitzer_in dies hier lesen, ihr Auto, solange es noch etwas Geld einbringt und nicht brennt. Oder stecken Sie es gleich selbst an und kassieren Sie die Versicherungssumme. Lassen Sie sich dabei nicht von ihrem eigenen Auto filmen.)

Die Aktion der „Vulkangruppe Tesla ausschalten“ hat uns die Verwundbarkeit der Wirtschaft vor Augen geführt. Über die Zerstörung der Wirtschaftskonzerne wird ihre Macht gebrochen. Die Fabrik in Grünheide muss und wird verschwinden. Patriarchales Gift wie „Elend Musk“ ist angreifbar, der finanzielle Damage ist für sie spürbar. Wir sollten uns nicht in Aktionen gegen den Staat verzetteln. Er ist nur ein Instrument der Wirtschaft. Die Lieferketten müssen zerstört werden. Wir können die Wirtschaft direkt treffen. Militanter Antifaschismus kann die Angriffsfelder erweitern und jenes Kapital verbrennen, das die AfD unterstützt und finanziert. Der weltweite Rechtsputsch (Putin, Trump, Erdogan, Orban, Milei, Bukele, Netanjahu usw.) geht einher mit der Zerstörung errungener Zugeständnisse vergangener Kämpfe, für die exemplarisch die Anarchist_innen am Hyde-market gestorben sind. Waren es früher der Zehnstundentag und die brutalen Arbeitsbedingungen, die die Körper in Besitz genommen haben, sind es heute die Tech-Konzerne, die uns als Gefangene immer schneller auf dem ökonomischen Laufband rennen lassen wollen. Selbstoptimiert werden wir an das Smartphone und die digitalen Verschiebungen ehemals analoger Handlungen gekettet. Damit gehen wir sehenden Auges in eine neue ausbeuterische Arbeitsform, die uns in eine neue Form von menschlichem Besitz in die Hände der Konzerne überführt. Der „technologische Angriff“, der uns die Luft zum Atmen nimmt, verändert jede menschliche Beziehung, jede Arbeit, jedes soziale Verhalten und technisiert es. Das Leben und selbst das Sterben entgleitet unseren Händen. Haben früher die Schwerindustriellen Hitler für ihre Interessen aufgebaut, sind es heute die Tech-Konzerne, die dem „Techno-Faschismus“ den Weg ebnen und jemanden wie „Donald Dump“ stützen. Namen? Die reichsten Männer der Welt: Elend Musk über 300,00 Milliarden, Jeff Bezos 193,00 Milliarden, Mark Zuckerberg 180,00 Milliarden, Larry Ellison 163 Milliarden und andere glühende Faschisten wie Peter Thiel. Männer, vereint im Kampf gegen alle, die nicht sind, wie sie selbst.

Die Tech-Konzerne, die den Staat USA gerade durch eine KI-gesteuerte Verwaltung ersetzen wollen und damit eine neue Periode der Herrschaft einleiten, können auch hier angegriffen werden.. Die Tech-gesteuerte Beherrschung der Menschen leitet eine neue Totalität ein, die vor nichts zurückschrecken wird. Erfassung, Kontrolle und Manipulation sind die Voraussetzungen zur Normierung, Selektion und Vernichtung, wie die Vulkangruppe „NetzHerrschaft zerreißen“ herausgearbeitet hat. <https://de.indymedia.org/node/19680> Unsere bescheidene Aktion kann nur in der Summe vieler weltweiter Interventionen das Potential entfalten, diese Entwicklung zu stoppen und umzukehren. Die verknüpfende Aufzählung der von uns identifizierten Orte macht eines deutlich: Die Antwort auf all die unfassbaren Ungerechtigkeiten, hinter denen all die Akteure stehen, von denen wir nur einen kleinen, zufällig entdeckten Teil ans Licht geschoben haben, müssen eine Praxis zur Folge haben, die an den Wurzeln ansetzt. Lokal und International. An die Leute vom Grunewaldspaziergang einen schönen Gruß! Wir könnten noch ein paar Leute für Eure Rakete beisteuern. Eat the rich!

Solidarische Grüße nach Hamburg auch an die anarchistische 1.Mai Demonstration „Utopien Erkämpfen Leben Verteidigen“. Und an „Superreiche? Superscheiße!“.

Freiheit für Maja und Clara, Hanna, Johann, Lina, Luca, Moritz, Nanuk, Nele, Paul, Paula, Tobi, Zaid, Gina, Gabri, Ilaria, und alle anderen Antifas und Anarchist_innen

Reiche enteignen – Besitz abschaffen

Switch-Off the system of destruction – Für das Leben

Sabotage als Streik

Imperiale Lebensweise sabotieren – Lieferketten unterbrechen

Grenzen auf – Für freies Fluten

„Vulkangruppe Friede den Hütten...“

Was dem Leben einen Sinn gibt, gibt auch dem Tod einen Sinn

Am 31.10. ereignete sich im dritten Stock einer Wohnung in der Arkadias-Straße bei der Verarbeitung von Sprengstoff durch den Partisanen und meinen Gefährten Kyriakos Xymitiris eine Explosion mit der tragischen Folge seines Todes. Innerhalb weniger Minuten und während ich mich zufällig im Nebenzimmer befand, blieb die Zeit stehen, alles wurde schwarz und ich konnte mich nicht mehr bewegen. Der Zustand unbegreiflich, die Entwicklung unvorstellbar. Begraben unter Trümmern versuchte ich herauszufinden, was passiert war. Hilfe suchend sahen sich meinen Augen nach meinem Partner um. Langsam wurde mir klar, dass der Handlungsfaden meines Gefährten zwar abrupt durchtrennt wurde, sein Leben und seine Entscheidungen für den Kampf jedoch ein historisches Beispiel für entschlossenen Widerstand, Konsequenz und Hingabe, ein Sprungbrett und eine Inspiration für den Kampf sein würden. Zwei Gestalten erschienen und boten mir ihre Hilfe an, während ich ihnen die Stelle zeigte, an der ich meinen Gefährten zum letzten Mal gesehen hatte, die Stelle, an der sich unsere schuldbewussten Blicke trafen, Blicke voller Wut auf die Welt, in der wir leben, voller Glauben und Sehnsucht nach Momenten wahrer Freiheit.

Innerhalb weniger Minuten befand ich mich im „Evangelismos“ Krankenhaus. Ich wurde sofort untersucht und operiert. Ich hatte ein Hämatom am Kopf und unzählige Wunden am Oberkörper. Für die nächsten drei Tage blieb ich intubiert und völlig bewusstlos. Zeit genug für den „Anti“terror-Abschaum, ins Krankenhaus zu eilen und eine Blutprobe zu verlangen.

Am Montag erlangte ich das Bewusstsein wieder und wurde auf die Intensivstation verlegt, wo ich die nächsten drei Tage verbringen musste. Die Bedingungen dort waren annehmbar, und das medizinische Personal war bemüht, meine Genesung zu unterstützen. Allerdings war das Zimmer von Polizeikräften umstellt, die während des fünfminütigen Besuchs meiner Familie das Zimmer der Intensivstation betreten.

Nach zwei Tagen wurde ich - ohne ersichtlichen Grund - auf eine Isolierstation verlegt, die von mehreren stationären und ebenso vielen mobilen Polizisten auf den Fluren und in den Stockwerken bewacht wurde. Die Tür zu meinem Zimmer stand ständig offen, sodass ich selbst bei medizinischen Untersuchungen keinerlei Privatsphäre hatte. Unter den „wachsamen“ Blicken jedes einzelnen Polizisten musste ich essen, untersucht werden und mich waschen lassen. Die Mehrheit des medizinischen- und Pflegepersonals verhielt sich auf Anweisung distanziert und zeigte selbst

bei den einfachsten Dingen, wie der Forderung nach der Durchführung einer Untersuchung ohne die Anwesenheit eines männlichen Polizeibeamten, keinerlei Empathie.

Das Beharren der 22. Ermittlungsbeamtin des Bezirksgerichts Athen auf ein Verhör trotz meiner körperlichen und geistigen Schwäche war ebenfalls Ausdruck dieser rachsüchtigen Atmosphäre. Nachdem sie um eine Bescheinigung meiner ausreichenden „Funktionsfähigkeit“ gebeten hatte, die sie nach eigenem Ermessen verlas, gewährte sie mir schließlich einen lächerlichen Aufschub von 30 Stunden. Sie bestätigte damit die Tatsache, dass ihre Priorität meine vorherbestimmte Untersuchungshaft und die Strafverfolgung nach 187A (TN: Terroristische Vereinigung) war.

Am Freitag, den 15.11., nur einen Tag nach meiner zweiten Operation, wurde ich in das Frauengefängnis von Korydallos (TN: Knast in Athen) verlegt. Das Leben unter diesen Bedingungen war schwierig. Unter miserablen hygienischen Bedingungen und mit nicht verheilten Wunden am Körper und am Kopf spielte der Repressionsapparat mit meiner Gesundheit. Ohne die notwendige medizinische Versorgung, ohne Zugang zu den notwendigen Medikamenten. Ein Zustand, mit dem alle Gefangenen konfrontiert sind, da sie als Bürger zweiter Klasse wahrgenommen werden, die kein Recht auf medizinische Versorgung haben, mit oberflächlichen bis nicht vorhandenen medizinischen Untersuchungen durch Gefängnisärzte, mit dem Verbot notwendiger medizinischer Eingriffe, mit dem Absetzen von Medikamenten, die außerhalb der Mauern eingenommen wurden, mit monatelangen Wartezeiten für dringende Untersuchungen in ambulanten Krankenhäusern.

Die Geometrie der Anti-Terror-Polizei

Noch immer bewusstlos, wenige Stunden nach der Explosion, folgt der Justizapparat den Anweisungen der Anti-Terror-Einheit, indem er eine abscheuliche Anklageschrift verfasst. Die Herstellung von (kleinen Mengen) Sprengstoff und Sprengkörpern, bei der nur der Gefährte Kyriakos und ich anwesend und ihr gewahr waren, wurde als Organisation bezeichnet. Die Wohnung, zu der wir nur für einige Tage Zugang hatten, wurde als Yafka (TN: Illegaler Bunker) bezeichnet. Die legalen Gegenstände, die in der Wohnung, in der ich mit dem Gefährten Kyriakos wohnte, gefunden wurden und die in den Nachrichten präsentiert wurden, wurden als verdächtig bezeichnet. Aufgrund dieser Tatsachen verfolgt mich die Anti-Ter-

ror-Polizei unter dem Vorwurf des „Terrorismus“. An dieser Stelle werde ich mich jedoch nicht auf den juristischen Teil konzentrieren und auch nicht im Kontext von Schuld und Unschuld sprechen. Ich weigere mich, eine Anklage auf der Grundlage des Paragraphen 187A zu akzeptieren, insbesondere wenn sie den Tod meines Gefährten auf die geschmackloseste Weise instrumentalisiert. Und ich habe die Absicht, jedes repressive Szenario zu dekonstruieren. Und dennoch werde ich meine Entscheidung, in dieser Wohnung zu sein, bis zum Ende zu verteidigen, ich werde die Notwendigkeit des Kampfes mit Mitteln verteidigen, die nicht auf den Rahmen des bürgerlichen Rechts beschränkt sind, ich werde die Entscheidungen meines Gefährten, sein Andenken und unsere Beziehung verteidigen.

Indem sie konzentrische Kreise zieht, spinnt die Anti-Terror-Einheit ein repressives Netz. Sie stellt mich und meinen Gefährten Kyriakos in den Mittelpunkt und platziert um dieses wacklige Konstrukt Freund*innen, Gefähr*innen und Fremde. Im ersten Kreis platziert sie mit ihrer Verhaftung die anarchistische Gefährtin Dimitra (die sich freiwillig

stellte) in einer hollywoodreifen Operation am Athener Flughafen, wo sie - im Gegensatz zum Femizid an Kyriaki Griva - von einem Polizeiwagen in der Rolle eines Taxis vom Flughafen abgeholt und zur GADA (TN: Zentrale Athener Polizeistation) gebracht wurde. (TN: Kyriaki Griva wurde 2024, nachdem sie aus Angst vor ihrem Exfreund auf einer Polizeiwache um Hilfe für den Heimweg gebeten hatte, von ebenjenem auf dem Heimweg ermordet. Die Polizisten behaupteten damals: ein Streifenwagen sei kein Taxi). Das einzige „Indiz“ war die Übergabe der Schlüssel für die Wohnung in der Arkadias-Straße an mich und Kyriakos, um unsere Bekannten aus dem Ausland zu beherbergen, ohne dass sie den tatsächlichen Zweck der Nutzung kannte. Es ist wichtig zu erwähnen, dass sie sich am Tag der Explosion im Ausland aufhielt, wo sie in den letzten Jahren lebte. Auch sie wird nach §187A verfolgt.

In den zweiten Kreis stellen sie den Gefährten Dimitris, der sich ebenfalls freiwillig bei der GADA meldete, weil er auf Bitte Dimitras das Schlüssel-paar der Wohnung in der Arkadias-Straße an den Eigentümer übergab. Obwohl er nur an der Übergabe der Schlüssel beteiligt war, ohne mehr zu wissen, und zum Zeitpunkt der Explosion auf der Arbeit war, sieht er sich ebenfalls den oben genannten Vorwürfen ausgesetzt. Zwanzig Tage später eröffnen die „Antiterroristen“ den nächsten Kreis mit der Verhaftung des anarchistischen Gefährten N. Romanos. In seinem Fall entfesselt der Repressionsapparat seine Rachegeleüste anhand eines unvollständigen Fingerabdrucks auf einem transportablen Gegenstand - einer Tüte, die in der Wohnung in der Arkadias-Straße gefunden wurde. Zwei Tage später kam der letzte Kreis mit A.K. hinzu, der ebenfalls verhaftet wurde, mit dem lächerlichen „Indiz“ seines Fingerabdrucks auf derselben Tüte. Offenbar ist es der „Effizienz“ der ELAS-Labore (TN: Griechische Sicherheitsbe-

hörden) gelungen, innerhalb von 20 Tagen zwei Personen, mit denen ich nichts zu tun habe, durch einen Fingerabdruck zu belasten, während die Tonnen Xylol des Tempí-Massakers in zwei Jahren nicht gefunden wurden. Die beiden zuletzt Verhafteten stehen unter demselben fadenscheinigen Vorwurf.

Das Gekritzel der Medien

Die „Antiterrorismus“-Linie wurde nicht nur von den Ermittler*innen, sondern auch von den Medien vielseitig verfolgt. Vom ersten Moment an begannen sie mit einer der üblichen Hexenjagden, bei der sie die Personen



ins Visier nehmen und verleumden. Die Medienspitzen verbrachten zahllose Stunden damit, das schlecht konstruierte Szenario der Anti-Terrorismus-Abteilung zu reproduzieren und auszuschnüffeln, indem sie sich dem bekannten Profiling von „Schuldigen“ widmeten. Mit juristischer Akrobatik verknüpften sie Fäl-

le ohne Beweise, hinterließen Hinweise, kommentierten über Fernseh-Bullen und Fernseh-Psycholog*innen unsere Klassenherkunft, unseren Charakter und unsere Psyche. Dieselben Verräter, die beim Tempí-Massaker mit vielen Toten von notwendigen Opfern sprachen, die bei der ersten Gelegenheit rassistische Stürme entfesseln, die Vergewaltiger, Zuhälter und mordende Polizisten decken und sich zu allen Zeiten vor Reederern, Industriellen und Politikern bücken.

Der Entwurf des juristischen Mechanismus'

Die „Anti“-Terror-Polizei hat den Weg gewiesen, die Medien haben ihn geebnet und nun ist die Justiz dazu aufgerufen, ihn zu zementieren. Die Ermittlungsbeamtin versucht also, meine Absichten auf der Grundlage von Annahmen zu interpretieren. Mit juristischer Alchemie verfolgt sie mich nach dem Terrorgesetz 187A, was automatisch aus jeder „illegalen“ Handlung, die ich begangen habe, eine terroristische Handlung macht. Mit dieser Entscheidung erhöht die Ermittlerin nicht nur das Strafmaß, sondern erkennt die Explosion faktisch als organisierte vorsätzliche Tat an, was angesichts der Umstände - eine Explosion in einer Wohnung eines Wohnblocks - nicht der Realität entsprechen kann. Die anarchistischen Ideen und Werte - im Gegensatz zu denen des Staates und des Macht-systems - haben im Laufe der Jahre eine revolutionäre Ethik und einen Widerstand gegen die Logik von Kollateralschäden bewiesen. Die Angriffe von Anarchist*innen sind zielgerichtet und stellen die Sicherheit unbeteiligter Personen in den Vordergrund. Es konnte also niemals die Absicht von mir oder meinem Partner sein, eine Explosion in der Wohnung zu verursachen und so viele Menschen in Mitleidenschaft zu ziehen, egal wie sehr der Staatsapparat versucht, uns mit dem Etikett der „öffentlichen

Gefahr“ zu versehen. Abgesehen von der repressiven und politischen Instrumentalisierung der Explosion besaß die Regierung die Dreistigkeit, Krokodilstränen über die Beschädigung des Gebäudes zu vergießen, und die Reparatur der Schäden per Direktvergabe an TERNÄ zu übertragen, einem bekannten Unternehmen und Partner der Regierung, das auch in den Skandal mit den hohlen Dämmen in Volos verwickelt ist (TN: 2023 gab es in der Region um Volos großflächige Überschwemmungen - auch aufgrund undichter Dämme und schlechtem/nicht-vorhandenem Hochwasserschutz).

Mit all diesen Methoden macht die Ermittlungsbeamte also eine Botschaft klar: Jede anarchistische Handlung, die über das Gesetz hinausgeht, wird mit einem §187A verfolgt, jeder, der sich weigert, sich dem vom System auferlegten Recht und der Ordnung zu unterwerfen, wird exemplarisch vernichtet.

Fünf Personen, von denen vier nichts mit dem zu tun haben, was am 31.10. in der Arcadias-Wohnung passiert ist, sollen sich nun gegenüber Vermutungen und erfundene Szenarien verantworten. Das Ausleihen und Rückgabe eines Schlüsselbundes, um jemanden zu beherbergen und die unvollständigen Fingerabdrücke auf einer Tüte, stellen für die Ermittlungsbeamtin nicht nur ausreichende „Beweise“ für die Anklage dar, sondern sind geeignet, allen Beschuldigten den gleichen Grad der Beteiligung an der Anklage zuzuschreiben.

Die geometrische regel jeder Verfolgung nach §187A

Unser Fall stellt jedoch keine Ausnahme dar. Es gibt zahllose Fälle, in denen Militante auf der Grundlage der „Anti-Terrorismus“-Gesetzgebung verfolgt werden. Anklagen, die die Kämpfenden zwingen, sich mit einem Justizsystem auseinanderzusetzen, das bereit ist, auf politischer Ebene zu agieren, indem es die Anklagen mit Hilfe des Terrorgesetzes auf die Spitze treibt, dessen Unbestimmtheit es der Justiz ermöglicht, es nach eigenem Gutdünken auszulegen. Die „Antiterrorgesetze“, die darauf abzielen, die politischen Gegner*innen zu kontrollieren und einzuschüchtern, präventiv zu unterdrücken, innere Feind*innen und jede Manifestation von sozialer und politischer Gegengewalt auszuschalten, sind die Waffen der staatlichen Repressionspolitik. Das Anti-Terror-Gesetz stellt die bewaffneten Manifestationen des Kampfes und ihre Praktiken, die die Gesetze in Frage stellen, in den Mittelpunkt und führt ein besonderes Regime ein, sowohl in Bezug auf den juristischen Aspekt als auch in Bezug auf die Inhaftierung. Verschärfte Strafen, die Abschaffung gemischter Geschworenengerichte, besondere Zusammensetzungen von Richter*innen, spezielle Gerichtssäle und eine gesetzliche Ausnahmeregelung sind einige der Merkmale dieses Gesetzes. Dieser Angriff beschränkt sich jedoch nicht nur auf diejenigen, die sich bewusst für eine Ausweitung ihrer Aktivitäten mit bewaffneten Mitteln entscheiden, sondern zögert auch nicht, sich - oft mit der gleichen Intensität - gegen diejenigen zu richten, die ihnen nahe stehen um deren soziale und politische Isolierung zu erreichen. Doch die Frage ist die folgende: Wer wird wen als Terroristen bezeichnen? Wer wird wen verurteilen? Wie kann ein Rechtssystem, das dazu da ist, die Interessen der Herrschenden, die Gewalt, die sie täglich ausüben, die Ausbeutung und Unterdrückung, die sie auferlegen, zu schützen, in der Lage sein, über die Menschen zu urteilen, die kämpfen? Die Subjekte, die den systematischen Terrorismus praktizieren, sind keine anderen als die Bosse und ihre politischen Vertreter, keine anderen als diejenigen, denen

der Gesetzgebungskomplex im Laufe der Zeit aus der Patsche geholfen hat, indem er diejenigen verfolgte, die ihre Herrschaft durch die Forderung einer Gesellschaft der Gleichheit und Solidarität herausforderten. Sie unterstellt den Militanten, internationale Organisationen zu gefährden, während es die internationalen Organisationen selbst sind, die ganze Gesellschaften in den Völkermord schicken. Sie unterstellt den Militanten die Gefährdung der öffentlichen Institutionen, obwohl diese Institutionen seit Jahrhunderten für das räuberische Ausbluten der gesellschaftlichen Basis verantwortlich sind, sie unterstellt den Militanten die Gefährdung der Bevölkerungen, obwohl es die Staaten selbst sind, die die Bevölkerungen in Elend, Krieg und Tod stürzen. Wie kann also eine Gesetzgebung, die diejenigen reinwäscht, deren Hände ständig mit Blut befleckt sind, diejenigen vor Gericht stellen, die mit ihren Aktionen bezwecken, dass die Angst die Seiten wechselt?

Die Peripherie des Verfolgungsapparats

Es wird also deutlich, dass das Wesen unserer Verfolgung nicht juristisch, sondern politisch ist und nur im spezifischen Kontext gelesen werden kann. Einem Kontext, in dem der Westen, der in den letzten Jahren mit Zähnen und Klauen versucht hat, seine vom Kolonialismus blutigen Hände in Unschuld zu waschen, indem er Inklusivität und Rechtsstaatlichkeit verkauft, nun offen seine globale Strategie und seine ideologische Hegemonie durchsetzt. Selbst in einem Klima der Instabilität, in dem neue Initiativen, das „Überlaufen“ zur anderen Seite und die Demonstration einer - eher hohlen - Macht des globalen Herrschers Unsicherheit unter seinen ehemaligen europäischen Partnern verbreiten, versucht der westliche imperialistische Block - vergeblich - seine kulturelle „Überlegenheit“ und „Fortschrittlichkeit“ zu beweisen und Orte von geopolitischem Interesse zu dominieren. Die EU entledigt sich unwiderruflich ihrer humanitären Maske und kehrt auf das Schachbrett des globalen Verteilungskampfs zurück. Sie spielt eine katalytische Rolle bei globalen Entwicklungen, indem sie Israels Angriff auf Palästina finanziell und militärisch unterstützt, die Ukraine militärisch fördert und ihre Grenzen vor Millionen von Menschen schützt, die durch ihre eigene Politik in die Emigration getrieben wurden.

Griechenland ist offensichtlich keine Ausnahme. Durch die Umwandlung des Landes in eine riesige NATO-Militärbasis, ist der griechische Staat aktiv mit Israel verbündet (ein Bündnis, das auch auf wirtschaftlichen Interessen beruht). In einem Klima der Instabilität, nur wenige Jahre nach den Memoranden, konzentriert sich der Staatsapparat auf Militärausgaben, auf die Stärkung seines Repressionsapparates und seiner Grenzen und belastet damit die soziale Basis weiter. Die Regierung setzt mit Privatisierungen, mit Inflation und Verelendung, mit Angriffen auf die Gewerkschaften, auf Tarifverträge, auf das griechische Gesundheitswesen und auf das Bildungssystem die Zuckerbrot-und-Peitsche-Strategie der Sozialdemokratie fort, indem sie sich auf eine neoliberale radikale Rechte zubewegt, die - eher schlampig - assimilierten Rechtsradikalismus mit der Doktrin von Recht und Ordnung verbindet.

Sie versucht, sich den Notwendigkeiten des modernen, progressiven Neoliberalismus anzupassen, der - nach der Blase des Klassenaufstiegs, der Yuppisierung und der Golden Boys - nur die Illusion der Eingliederung von Identitäten bieten kann, dass alle guten Menschen ihren Platz im Kapitalismus finden können - wie eine gut geplante Benetton-Werbung. Chronisch ausgegrenzte Identitäten bekommen endlich eine „Stimme“,

solange diese Stimme nicht das System in Frage stellt, das sie von vornherein ausgeschlossen hat. Und weil die Rechtsstaatlichkeit kurze Beine hat - und nur eine kleine Wählerschaft -, werden das Gesetz und seine Exekutivorgane aufgefordert, die „schmutzige“ Arbeit zu erledigen. Die Straf- und Strafvollzugsgesetze werden verschärft, repressive Spezialeinheiten geschaffen, die bestehenden Polizeikräfte verstärkt, die Wasser- und Landgrenzen aufgerüstet, die Patrouillen verstärkt. Für jedes „Problem“ ein neues Gesetz, für jedes Gesetz ein Bulle - vielleicht sogar ausgebildet für Fälle von häuslicher Gewalt. Der Staat wird nicht nur aufgerüstet, er ist bereit für den Kampf.

Ein Kampf gegen die „Kriminalität“, die, wie sie verkünden, die Gesellschaft als Ganzes bedroht. In jeder Ecke der Stadt findet ein „Verbrechen“ durch bewaffnete Banden von Jugendlichen, Erwachsenen, Einwanderern, Einheimischen, armen Teufeln, Gangstern, Ultras, organisierten und nicht organisierten Gruppen statt. Also schlägt der Staat, der sich als unser selbsternannter Regulator unserer Leben sieht, zwanghaft härtere Strafen und mehr Polizei vor. Eine Polizei, die am Ende immer irgendwie selber in all die „Verbrechen“ verwickelt ist, die sie unterbindet. In einer Zeit also, in der der Staatsapparat nichts anderes zu bieten hat als die repressive und strafende Faust, macht er die Doktrin von „Recht und Ordnung“ zu einer zentralen Regierungslinie.

Auf der Grundlage einer solchen Linie wird der innere Feind in jeder sozialen Gruppe gefunden, die die Atmosphäre der „Sicherheit“ stört. Einwanderer, Drogenabhängige, „Armselige“, kämpfende soziale Gruppen. Und natürlich darf die anarchistische Bewegung auf dieser Liste nicht fehlen. Eine Bewegung, die kontinuierlich und mit Stolz Kämpfer*innen aus ihren Reihen hervorbringt, die scharf und entschlossen gegen den Staat und die Macht vorgehen. Es sind diese Initiativen, die die Herrschaft herausfordern, die starken Bedingungen erschaffen, die hier und jetzt Lösungen vorschlagen, die das staatliche Gewaltmonopol dekonstruieren. Durch die Vielfalt der Mittel des Kampfes hat die anarchistische Bewegung ihren Platz im Lauf der Geschichte bewiesen. Ein Ort, wo die Logik des Aufschubs nicht passt, wo die Grenzen der bürgerlichen Legitimität angesichts aller der Jahre staatlicher und kapitalistischer Gewalt unbedeutend erscheinen, wo der schwere Schleier der Verantwortung zuallererst auf uns fällt. Wo die Vision einer Welt der Gleichheit und Solidarität in der Gegenwart beginnt, wo Kompromisse keine Option sind, wo der Angriff auf die Brutalität des Systems eine „freiwillige Entscheidung aus tiefer Empathie“ ist und der Übergang zur revolutionären Gegen-Gewalt eine logische Konsequenz und ein notwendiges Mittel. Für diesen inneren Feind ist die Botschaft klar: Wer nicht assimiliert wird, wird eliminiert.

Gefährte, verbindendes Element, Erbauer

Non omnis Moria

(Ich werde nicht ganz sterben, ein Teil von mir wird am Leben bleiben)

Der Genosse Kyriakos Xymitiris war ein entschlossener „innerer Feind“. Ein Mensch, der glasklar und revolutionär war. Ein Gefährte, der Theorie und Praxis verband, der sich in den Kampf stürzte und sein Leben in vollen Zügen lebte, indem er sich seiner historischen Verantwortung stellte. Da er sich seiner politischen Identität in ihrer ganzen Breite bewusst war, ging er keine Kompromisse mit der Logik des Zauderns und der Trägheit ein, er ruh-

te sich nicht aus, er kämpfte in schwierigen Zeiten, er träumte und bezog eine kämpferische Position. Auf einem Weg voller Abzweigungen hat der Gefährte Kyriakos immer den richtigen Weg gewählt. Manchmal begehbar, manchmal unwegsam, manchmal sichtbar und manchmal unsichtbar.

Auf seinem Weg des Kampfes und durch seine nicht verhandelbare Teilnahme an der gesamten Breite der anarchistischen Bewegung ist der Gefährte ein bewusster und vielschichtiger anarchistischer Kämpfer, dem es gelingt, alle Formen und Erscheinungsformen des Kampfes, die das besondere Mosaik des Anarchismus umfasst, zu vereinen. Indem er über sich selbst als Individuum hinauswuchs, passte er sein eigenes Leben an die Maßnahmen und Bedürfnisse des Widerstands an und wählte eine Lebensweise, die gleichbedeutend mit Kampf ist. Mit Sensibilität, Empathie, Selbstkritik, Militanz und Entschlossenheit diente er dem anarchistischen Kampf. Durch seine Teilnahme an offenen Prozessen, Besetzungen, Schutz von Demonstrationen, gewerkschaftlichen Kämpfen, feministischen und antifaschistischen Patrouillen, Aktionen und Kämpfen wollte er zur Schärfe der Anarchie beitragen. Indem er beharrlich nach Wegen suchte, der alltäglichen staatlich-kapitalistischen Gewalt zu begegnen, wollte er die bewaffneten Optionen des Kampfes erkunden, den Konflikt in den Kern der Herrschaft tragen und die Gewalt der Unterdrückenden entmystifizieren. Stets die revolutionäre Sache im Blick, stürzte er sich mit allen verfügbaren Mitteln in den Kampf.

Ermordet durch die Welt der Mächtigen, für deren Veränderung er so hart gekämpft hat, möge sein subversives Andenken eine Einladung zum Kampf sein. Möge sein Andenken die Köpfe und Hände der Kämpfenden wappnen. Lasst uns unserer Toten fernab von einem Kampf gegen Windmühlen und Defätismus gedenken, indem wir unsere Kämpfe fortsetzen und intensivieren, mit Zärtlichkeit und Ehre.

Der 31.10. soll als ein Tag des Kampfes, ein Tag der Verantwortung, ein Moment des Widerstands in Erinnerung bleiben. Denn der Kampf braucht keine Erleichterungen, er braucht keine Dogmen und Egoismen. Er passt nicht in den Rahmen von Gesetzen, Konventionen und Grenzen. Denn der Kampf braucht Entschlossenheit und Visionen. Er braucht Glaube und Engagement, er braucht wahre und gebende Beziehungen. Weil der Kampf Menschen braucht, die bescheiden und bereit sind. Menschen, die im Wesentlichen rebellisch und konsequent sind. Menschen wie Kyriakos, dieser wunderbare Mensch, der den Himmel mit seinem Stern gefüllt hat, zusammen mit so vielen Gefährten und Gefährtinnen, die es mit ihrem Licht - selbst hinter Gittern schaffen, unsere dunkelsten Nächte zu erhellen

Wir haben Recht, wir werden siegen

Kyriakos Xymitiris unsterblich!

Staat und Kapital sind die einzigen Terroristen!

Kraft und Solidarität für alle verfolgten Gefährt*innen!

Solidarität ist die Waffe der Völker!

Marianna M.

Es geht um die Abrechnung mit dieser Widerstandsgeschichte

Vor dem Landesgericht Verden verlas Daniela Klette am 25. März 2025 folgende Prozessklärung.

Ich schließe mich dem Einstellungsantrag meiner Verteidigung an. Dem möchte ich nur einige Sätze hinzufügen. Nachdem Ende des Projekts Stadtguerilla der RAF im April vor 27 Jahren, waren Burkhard Garweg, Volker Staub und ich mit der weiteren öffentlichen Fahndung nach den angeblich »letzten ehemaligen Militanten aus der RAF« durch das BKA konfrontiert. Burkhard Garweg wurde sogar erst nach der Auflösung der RAF in diese öffentliche Fahndung gezerrt. Das war die staatliche Antwort auf die Selbstaflösung der RAF, so wie schon zuvor Bad Kleinen – die Erschießung von Wolfgang Grams – und weitere lange Jahre Haft und hohe Verurteilungen gegen Gefangene aus der RAF und Widerstand die Antwort auf die Deeskalationserklärung der RAF von 1992 gewesen waren.

Wir haben uns dem Zugriff des Staates jahrzehntelang erfolgreich entzogen, was mir leider nur bis zum 26. Februar 2024 geglückt ist. Eine sehr wertvolle Zeit. Mit vielen Schwierigkeiten, die zu überwinden waren, und noch viel mehr positiven Erfahrungen. Diese haben mich in meiner Überzeugung gestärkt, dass eine bessere Welt, in der Menschen einander zugewandt leben, nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist, und sie tragen mich weiter durch alles das, was noch kommen wird. Heute möchte ich mich bei allen denen bedanken, die mit mir oder uns als Freund*innen oder liebe Bekannte zu unterschiedlichen Zeiten zusammen gewesen sind. Es war nicht einfach, nicht unsere wirkliche Geschichte offen machen zu können, aber das ist eine Regel der Illegalität zum Schutz aller. Dass so viele, mit denen ich befreundet oder nur bekannt war, völlig unvorbereitet die teils gewaltvolle Repression abbekommen haben und auch mit mehrmaligen Verhören drangsaliert wurden, tut mir leid. Ich hätte nicht erwartet, dass das so ausufernd und bedrohlich passieren würde. Ich hoffe, es geht den meisten von euch trotzdem wie mir, denn ich bin froh, euch kennengelernt zu haben. Am 26. Februar 2024 wurde ich aus meinem bisherigen Leben herausgerissen.

Im letzten Jahr habe ich dann durch die Ermittlungsakte Einblick in das ganze Ausmaß der uferlosen Fahndung nach uns bekommen. Hier nur ein paar Beispiele: Es gab Bespitzelung früherer Freundinnen und Genossinnen, Hausdurchsuchungen und Observationen bei unseren Familien, die Verfolgung alter Bekannter in ihre Urlaube in andere Länder, Befragungen dort auf Campingplätzen und in Hotels und sogar Observationen bei Begräbnissen – viel fischen im Trüben eben.

Es müssen sich ganze berufliche Existenzen daran geknüpft haben, und es sind Unmengen Geld da rein geflossen. Das große Engagement zeigt: Das war und ist eine Jagd nach politischen Feindinnen und nicht einfach nach Räuberinnen. Die ganzen Jahre zuvor hatte die BKA-Fahndung nicht zum Ziel geführt, trotz eines Kopfgeldes von zeitweise einer Million DM. Die Bevölkerung war nicht besonders an der Jagd nach uns interessiert. Warum sollte sie auch? Die Menschen fühlten sich nicht von der RAF bedroht und schon gar nicht nach deren Auflösung von angeblichen ehemaligen Militanten.

2015 übernahmen dann das LKA Niedersachsen und die Staatsanwaltschaft Verden die Federführung in der Fahndung nach uns im Zusammenhang mit Geldraubaktionen und stellten sie unter die Überschrift: »Mordversuch«. So sollte in der Öffentlichkeit endlich eine Dringlichkeit der Jagd

nach uns wegen unserer angeblichen »Gemeingefährlichkeit« vermittelt werden.

Das wurde durch die intervallmäßigen Fahndungsaufrufe in »Aktenzeichen XY« oder auch in verschiedensten Fernsehreportagen – oft an Jahrestagen, die mit der Geschichte der RAF zu tun hatten – immer wieder aufgefrischt. Natürlich ging es dabei immer um die RAF und nicht nur um Geldraubaktionen. Nach meiner Verhaftung geht das von maßloser Hetze begleitet gegen Burkhard und Volker weiter. Das alles ist nur eine Potenzierung dessen, was die ganzen Jahre davor ohne große Öffentlichkeit lief.

Als krasses Beispiel für die Diffamierung und Hetze gegen uns sehe ich, dass meine Nachbar*innen evakuiert wurden mit der Lüge, in meiner Wohnung sei Sprengstoff gelagert gewesen. Sie sollten sich so fühlen, als hätte ich sie jahrelang auf ein Pulverfass gesetzt und ihr Leben gefährdet. Das fällt meiner Meinung nach mindestens unter Psychoterror, wenn Alte, Kranke, Kinder und alle anderen mehr als eine eisig kalte Nacht in dafür bereitgestellten Bussen draußen verbringen müssen, immer in der Sorge, gleich könnte ihre Wohnung in die Luft gehen – alles um Angst und Schrecken zu verbreiten – vor uns! Dabei war schon am Tag der Durchsuchung völlig offensichtlich, dass es eine solche Gefahr nicht gab.

Mit der Lüge dieser großen Gefährdung war dann gleich eine Rechtfertigung da, für den martialischen Einfall auf den Bauwagenplatz, auf dem sie Burkhard vermuteten, sowie für x Durchsuchungen in Berlin mit militärischem Aufgebot, rabiatem Verhalten und Zerstörungswut. Mich haben sie jetzt, und das ganze Getöse um meine fürchterliche Gefährlichkeit soll eine hohe Verurteilung zwingend erscheinen lassen und den nächsten Prozess, in dem ich von der Bundesanwaltschaft angeklagt und von einem Oberlandesgericht verurteilt werden soll wegen verschiedener militanter Aktionen gegen imperialistischen Krieg, Knast und Kapital, in diesem Sinne vorzubereiten. Und es soll die weitere Hetze gegen Burkhard und Volker rechtfertigen.

Schon dieser Prozess hier wird nicht gegen mich geführt, sondern es geht einmal mehr um die Aburteilung der RAF, die seit 27 Jahren Geschichte ist; es geht um die Abrechnung mit dieser Widerstandsgeschichte von fundamentaler Opposition. Es geht aber auch um Abschreckung, die in die Zukunft zielt. Jeder Gedanke an grundsätzlichen Widerstand, der dieses kapitalistische Herrschaftssystem überwinden will, soll mit der Drohung von Lebensvernichtung durch jahrelange Gefangenschaft abgewürgt werden. Das Herausstellen der unbedingten Notwendigkeit, mit der wir verfolgt werden müssten, erklärt sich sowieso nur aus diesem größeren Zusammenhang.

Wir leben in einer weltweit sich zuspitzenden Situation – in der kapitalistischen Krise kämpft der Westen gegen den drohenden Niedergang seiner weltweiten Hegemonie und um die erneute Machtverteilung. Europa soll unter Führung der BRD hochgerüstet und kriegsfähig werden. Aktuell reißen die täglichen Schreckensmeldungen über Milliarden von Geldern, die die neue Kriegstreiberregierung für Rüstung – d. h. für riesige Gewinne der Rüstungsindustrie sowie für Infrastrukturmaßnahmen bereitstellen will. Wer bei letzterem auf die Reparatur maroder Schulgebäude, eingestürzter Brücken, auf Klimaschutzmaßnahmen, sozialen Wohnungsbau,

auf Frauenhäuser zum Schutz vor fast täglich stattfindenden Femiziden, auf den Ausbau der Gesundheitsversorgung oder des öffentlichen Nah- und Fernverkehrs hofft, wird sich irren. Das Militär braucht fette Straßen, Energie, Telekommunikation, KI und keine Brücken, über die auch Straßenbahnen tuckern. Was hierbei herauskommen wird, ist »Verelendung durch Militarisierung«. Die Gesellschaft soll auf Kriegstüchtigkeit und Verzicht eingeschworen werden. Dafür werden täglich Kriegsängste vor »den Russen« geschürt, als stünden diese schon waffenstarr vor Berlin. Es wird ein Denken propagiert, jeder Konflikt könnte nur durch militärischen Sieg, den Gegner zu Boden ringen beziehungsweise zu »ruinieren«, gelöst werden. »What ever it takes«, und sei es der Tod von Millionen von Menschen. Denn hier geht es um Krieg mit Massenvernichtungswaffen, KI-gestützt bis hin zum atomaren Super-GAU.

Systematisch wird die Menschheit verroht – das Mittelmeer als Massengrab geflüchteter Menschen soll als normal gelten. Und auch der seit anderthalb Jahren in Fernsehen und Internet übertragene, durch Israels rechtsextreme Regierung begangene Völkermord an der palästinensischen Bevölkerung und ihre zu Schutthalten zerbombten Lebensbedingungen sollen als normal hingenommen werden.

Dieser Genozid wird von verschiedenen internationalen Organisationen als solcher benannt und von Anfang an im Süden der Welt und heute immer mehr auch im Westen von unterschiedlichsten, darunter auch vielen jüdischen Menschen als herausragendes Menschheitsverbrechen verstanden und angeklagt. Unbeirrt davon wird besonders in Deutschland diese Haltung verfolgt und mit übelsten Verleumdungen wie Antisemitismusvorwürfen belegt. Solidarität mit den Palästinenser*innen gegen diesen Krieg soll mundtot gemacht werden. Anstatt zumindest die Lieferung von Rüstungsgütern an Israel einzustellen und ein Ende des Genozids zu fordern.

Wer Kriegsertüchtigung will, der braucht die sich ausbreitende Empathielosigkeit, auch was alle anderen aktuellen Kriege betrifft. So erdreistet sich der Bundesnachrichtendienst, öffentlich festzustellen, dass für Deutschland eine Fortsetzung des Krieges zwischen der Ukraine und Russland bis 2029 wünschenswert wäre!!! Alle Kriege, die weltweit um die Neuaufteilung der Machtbereiche und Rohstoffe für kapitalistisches Wirtschaftswachstum geführt werden, werden durch Waffenlieferungen aus Europa und den USA unterstützt und befeuert.

Solidarität in der Gesellschaft soll durch rechte und rassistische Hetze ausgemerzt werden. Unterstützung für Geflüchtete, Menschen ohne Arbeit oder aus anderen Gründen auf öffentliche Hilfe Angewiesene, die für ein menschenwürdiges Dasein ausreichend gewährt wird, soll nicht mehr als gesellschaftliche Aufgabe gesehen werden. Die Hetze gegen Geflüchtete und angebliche Schmarotzer von vor der letzten Wahl, klingelt immer noch in den Ohren. Selbst wenn alle Sozialleistungen zusammengestrichen werden, bedeutet dies keinerlei Verbesserung für die, die noch Arbeit haben. Queerfeministische Errungenschaften sollen zurückgedrängt werden, so sehr es auf der Hand liegt, dass hier eine breite, vielfältige und entschiedene Widerstandsbewegung gebraucht wird, um diese zerstörerische Entwicklung aufzuhalten und umzudrehen, so sehr wird von Kriegstreiberseite alles darangesetzt, solch eine Bewegung nicht zustande kommen zu lassen. Immer mehr Antifas, antikapitalistische und Klimaaktivistinnen, kurdische und türkische Genossinnen befinden sich in den Gefängnissen. Es werden massenhaft Verfahren gegen Menschen aus der

Palästina-Solidarität geführt, und es gibt wieder Berufsverbote gegen linke Aktivist*innen. Das ist der aktuelle politische Hintergrund, den ich hier nur bruchstückhaft anreißer, auf dem dieser Prozess stattfindet.

Die Behauptung, es wäre eine skrupellose Bande, die für Geld über Menschenleben gehen würde – es seien so ein paar Gemeingefährliche, die vom damaligen Aufbruch übriggeblieben wären – soll der Delegitimierung von Widerstandsgeschichte dienen. Mit der Realität hat das nichts zu tun!

Dazu zitiere ich Burkhard Garweg: »Das Bild, das zu erzeugen versucht wird, beschreibt eine gewalttätig marodierende Räuberbande, die für die Allgemeinheit gefährlich und auch zum Töten bereit sei – und das nur für Geld . . . Es gibt keinen Grund, dem Polizei- und Justizapparat irgend etwas zu glauben, weil sie davon geleitet sind, Fundamentalopposition zu delegitimieren, und davon, ein Klima zu erzeugen, in dem staatliche Gewalt und Repression gerechtfertigt erscheinen.«

Ich fordere die sofortige Einstellung der hetzerischen Fahndung gegen Burkhard Garweg und Volker Staub in allen Medien und auf allen öffentlichen Plätzen! Immer wieder gibt es aufgeregte Polizeigroßaktionen, weil einer der beiden von kopfgeldgeilen Denunzianten gesehen worden sein sollen. Ein Erfolg von Polizei- und Medienhetze. Das ist absolut bedrohlich und verantwortungslos und muss sofort aufhören.

Zurück zum Prozess: Die Anklagebegründung, die Haftbedingungen, die – auch wenn es sich nicht mehr wie anfangs um Isolationshaft handelt – teils von wirren und hysterischen Sicherheitsmaßnahmen bestimmt sind, die mediale Begleitung – alles vermittelt, hier müsse die RAF niedergehalten werden. Systematisch wird mir die für mich so wichtige politische Diskussion sowie die Entwicklung und Aufrechterhaltung von Freundschaften ernsthaft erschwert. Offensichtlich ist es die Absicht der Justiz, mich zu schwächen.

Warum sonst werden Besuchsanträge unter absurden Begründungen abgelehnt, Besucherinnen, die ich gerade etwas kennengelernt habe oder mit denen es mir anfang zu gelingen, die drei bis vier Zuhörerinnen von BKA, LKA und JVA auszublenden und ein normales Gespräch zu führen, werden mit Besuchsverboten wieder von mir ferngehalten. Viele, die sich trauen, mich zu besuchen, werden danach entweder von der Staatsanwaltschaft oder dem BKA verhört und mit empfindlichen Geldstrafen bei Aussageverweigerung verfolgt. Die Ermittlungsbehörden haben hier offensichtlich einen Freibrief. Alles, was von ihnen mir gegenüber kommt, soll mich niederdrücken.

Das Vorhaben, das hier als ganz normales Strafverfahren zu behandeln, war von Anfang an verloren. Niemand glaubt daran. Weder die, die mir viele Jahre Knast wünschen, weil ich – wie viele andere auch – immer noch den Kapitalismus und Patriarchat als menschenverachtend, lebensfeindlich und naturzerstörend ablehne, noch die, die sich für mich und uns interessieren oder sich sogar in Solidarität mit uns verbunden fühlen. Ich danke allen, die heute hierhergekommen sind oder von weiter weg ein solidarisches Auge darauf werfen, was hier geschieht. Ich bin mir meiner Lage durchaus bewusst. Dieser Prozess wird mit politischem Kalkül geführt, trotz gegenteiliger Behauptungen. Was soll ich hier also erwarten?

Militant für das Leben statt militaristisch in den Tod ?

Die A-Tage-Bremen 2025

04.-07. September im Alten Sportamt

Anarchistische Perspektiven auf praktischen Internationalismus und lokale Widerstandsfähigkeit

Europa rutscht in den Autoritarismus und Deutschland zieht leidenschaftlich mit. Rassistische Politik, Hetzjagden gegen Aktivist:innen, Ausbau des Sicherheits- und Überwachungsstaats, Militarisierung, patriarchaler Rollback. Diese Scheiße wollen wir nicht unwidersprochen lassen! Deshalb laden wir ein, uns gemeinsam mit den aktuellen Ereignissen auseinanderzusetzen, uns über mögliche Perspektiven auszutauschen und uns in verschiedenen Handlungsmöglichkeiten zu bestärken!

Deutschland macht sich wieder kriegstüchtig. Einerseits mit materieller Aufrüstung, andererseits mit gesellschaftlicher. Während Milliarden in die Bundeswehr gepumpt werden, wird Stimmung für die Wiedereinführung der Wehrpflicht gemacht. Die Autoindustrie sucht den Einstieg ins Rüstungsgeschäft, zugleich melden sich ehemalige Kriegsdienstverweigerer freiwillig als Reservisten. Während patriarchale Rhetorik den Krieg befeuert, werden ortsweise Regenbogenflaggen verboten und Deutschlandfahren zur Pflicht. Während die Kriegsunternehmen wieder Rekordgewinne erzielen, sollen wir uns bereit machen für diese zu sterben. Wie können wir uns vorbereiten zu desertieren? Wie können wir uns der Kriegslogik und ihrer Ideologie entziehen? Wie können wir handlungsfähig bleiben und das Kriegsregime entwaffnen? Und was können wir dafür aus anderen militarisierten Zeiten und Regionen lernen?

In Zeiten in denen Nationalismus, gegenseitiges Hochrücken und alte Feindbilder im Aufwind sind, ist es unsere Aufgabe die Arme auszustrecken und belastbare Beziehungen über Staatsgrenzen hinweg aufzubauen. Vor allem auch in Gebiete, die bereits unter Kriegen, Klimakrise und der westlichen Ausbeutung leiden. Von Umverteilung von Ressourcen über entwaffnende Aktionen bei den Verursachern und Profiteuren in unserer Region bis hin zu Netzwerken die Flucht und Desertationen ermöglichen: Wie sieht ein praktischer Internationalismus aus, der die Grenzen die uns trennen sollen aufricht, untergräbt und überwindet?

Während nach außen der Krieg vorbereitet wird, wird nach Innen bereits eine Heimatfront aufgebaut, die Hungerproteste und politische Streiks zerschlagen sollen. Um der AFD zuvorzukommen wird ihr Wahlprogramm umgesetzt, die Grenzen geschlossen und massenhaft abgeschoben. Die Zivilgesellschaft**wird kriminalisiert und überwacht, Aktivist:innen werden verfolgt, verhaftet oder in den Untergrund gezwungen. Projekte, die eine Alternative zum bestehenden Wahnsinn aufzeigen wollen, werden von Staat und einer neuen rechten Jugend gleichermaßen angegriffen. Wie können wir unsere lokalen Strukturen stärken? Wie erhalten wir unsere Widerstandsfähigkeit in Zeiten zunehmender Angriffe? Und wie können wir solidarische Strukturen für diejenigen ausweiten, die seit Jahren am stärksten von den Angriffen betroffen sind?

Und wir wollen uns auch mit den Ursachen auseinandersetzen, die es uns erschweren, aktiv zu werden. Der kapitalistische Alltag von Arbeit und Konsum. Das System treibt uns in die Vereinzelung, um unsere Kollektivität zu verhindern. Doch genau hier liegt die Chance eine lebenswerte Gegenwart zu schaffen! Wir wollen gemeinsam aus der Passivität ausbrechen und uns mit kollektiven Umgängen mit den Krisen des Alltags beschäftigen, um schon heute ein Stück Utopie in unsere Leben zu holen! Und uns gleichzeitig ermöglichen aus der Vereinzelung raus auf die Straße zu kommen

Lasst uns zu diesen und ähnlichen Themen und Fragen lernen, diskutieren, organisieren und vernetzen*-* um gemeinsam aus unsern utopischen Perspektiven Realitäten werden zu lassen

Denn*/"Etwas besseres als den Tod findest du überall!"
/*-Esel zum Hahn auf ihrem Weg nach Bremen

Militant für das Leben, statt militaristisch in den Tod ?

Anarchistische Perspektiven auf praktischen
Internationalismus und lokale
Widerstandsfähigkeit.

Die A-Tage-Bremen 2025

03.-07. September im Alten Sportamt

Kommt vom 03.09-07.09 zu den A-Tagen ins Alte Sportamt!

Das Programm und weitere Infos findet ihr auf*fomobremen.info *und *tumulte.org*.

Kontaktaufnahme über: a-tage-bremen[at]riseup.net

Zwei Jahre Switch-Off - Eine Auswertung

Rückblick auf zwei Jahre Switch-Off und Debatte um Klima und Militarismus

Zwei Jahre ist es her, seit wir uns das erste Mal zu Wort gemeldet haben. Der Aufruf ist mitten in der laufenden Strategiedebatte der Klimabewegung entstanden. Damals, nach Hambi, Danni und direkt nach Lützerath, schien für viele das Potential von Massenaktionen ausgeschöpft zu sein. Wir wollten im Kontext von diesen und anderen Klimaprotest- und Massenaktionen ein Projekt mit Fokus auf dezentralen und direkten Aktionen vorschlagen.

Der Blick auf und die Angst vor den drohenden Klimakollaps verdeutlichte uns zu diesem Zeitpunkt die Dringlichkeit von radikalen Methoden und einer Intensivierung revolutionärer Praxis innerhalb der Klimabewegung.

Wir haben antistaatliche, autonome, anarchistische Perspektiven der Sabotage formuliert und wollten diese stärker einbringen.

Inhaltlich fokussierten wir uns auf eine anti-koloniale und technologie-kritische Analyse. Inspiriert haben uns indigene Kämpfe und deren widerständige Praxen gegen (neo-)koloniale Ausbeutung und die Zerstörung ihrer Territorien. Koloniale Ausbeutung ist nicht nur Teil der rassistischen ideologischen Geschichte des Westens, sondern ist weiterhin Teil der wirtschaftlichen und imperialistischen Expansionbestrebungen von Großunternehmen wie der Deutsche Bahn mit dem Megaprojekt Tren Maya. Mit unserer Analyse und dem Aufruf stellten wir uns solidarisch an die Seite weltweiter Kämpfe. In der fortwährenden Zerstörung der Erde sahen wir die Notwendigkeit industrielle Infrastrukturen anzugreifen und darin die Möglichkeiten einer erstarkenden internationalen Bezugnahme in diesen Kämpfen.

Auf staatlicher Ebene dominierten zu dieser Zeit die Vorschläge für einen Green New Deal und die Propaganda aus den Unternehmen, die Elektromobilität und Digitalisierung als Lösungen vorschlugen und uns als utopische Perspektiven verkaufen wollten; der Klimabewegung machten die Herrschenden das heuchlerische Versprechen sie würden die notwendigen Schritte tun, um das 1,5 Grad Ziel noch zu erreichen. In dieser Gemengelage aus Klimakollaps, weltweit sich immer mehr formierendem Autoritarismus und der Strategieveränderung der Klimabewegung haben wir dazu aufgerufen uns unter der Parole „Switch-Off the system of destruction“ aufeinander zu beziehen und unsere Kämpfe sowie unsere Aktionen in einen gemeinsamen Kontext zu setzen.

Rückblick auf 2 Jahre Praxis

Vieles ist passiert in diesen zwei Jahren. Der Aufruf wurde recht breit wahrgenommen und viele haben sich mit ihren Aktionen in Bezug dazu gesetzt. Das Spektrum der Aktionen war vielfältig und erstreckte sich von konkreten Angriffen auf die (E)-Automobilindustrie und die Sabotage wichtiger Infrastrukturen wie Schienen und Stromnetzen, zu Aktionen gegen Bauprojekte der großen Profiteure von Naturzerstörung wie die Zementindustrie, den Straßenbau und die Braunkohleförderung. Außerdem wurden Akteure und Lieferwege der Rüstungsindustrie ins Visier genommen.

Es gab viele Aktionen in Solidarität mit Kämpfen außerhalb Europas. Insbesondere im Bezug auf das Tren Maya Projekt gab es Angriffe auf Fahrzeuge, Infrastrukturen und Büros von Deutsche Bahn, Siemens und das mexikanische Konsulat in Hamburg. Verbundenheit und Freude bereiteten Worte und Taten die weltweit Wiederhall fanden und sich konkret unter Switch-Off aufeinander bezogen. Derlei Inspiration und internationale Beziehungen der Solidarität fanden sich z.B. in:

Den Kämpfen gegen die Zement und Betonindustrie welche in Abya Yala die Erde plündern und Gewässer verseuchen. Die Angriffe auf Betonriesen in Frankreich und Deutschland haben gezeigt, dass gut gezielte Aktionen sowohl lokale Kämpfe befeuern, als auch internationale Strahlkraft entfalten können.

Den Aktionen gegen das Großprojekt der Nord-Bottnen-Linie im Norden Schwedens auf dem Territorium der indigenen Sami, welche ihre Ländereien zerstückelt und Rohstoffe im großen Stil in die Fabriken der grünen Transformation verfrachtet sehen.

Den weiterhin andauernden Proteste gegen den Kohleabbau. Ob im Sündenwäldchen am Tagebau Hambach oder in den Gebieten der Yukpa in Abya Yala.

Oder die Angriffe auf die Coastal Gaslink Pipeline in den Gebieten der Wet'suwet'en und sich dazu in Bezug setzende Angriffe in Deutschland. Im Text „Der Konflikt in Abya Yala und seine Nähe zu Switch-Off“ heißt es hierzu:

„In Anbetracht unserer Gemeinsamkeiten und Besonderheiten sowie der Dringlichkeiten und Bedürfnisse, die uns auf den Plan rufen, erscheint es uns angebracht, die Aktionen gegen die Maschinerie der Plünderung des Kontinents und der Erde mit der Kampagne „Switch Off!“ zu verbinden, um unsere Kämpfe zu verstärken und den Kampf gegen das Bestehende und seinen historisch internationalistischen Charakter zu vertiefen, um weltweit die Dringlichkeit sichtbar zu machen, diese Realität in der Praxis mit allem, was wir in der Hand haben, abzulehnen und durch Aktionen zu zeigen, dass es möglich ist, sie zu bekämpfen, die Zerstörung an die Hauptverantwortlichen und Schöpfer dieser Bedingungen zurückzugeben und auch um zu zeigen, dass es möglich ist, ein würdevolles Leben zu umarmen, das mit dem Elend bricht, in dem sie uns ersticken und begraben wollen.“

Das Aktionen aus dem deutschsprachigen Raum wahrgenommen wurden, das der Aufruf auch international diskutiert und sich mit Aktionen daran beteiligt wurde, hat uns unglaublich viel Freude und Mut gegeben. Die letzten zwei Jahre haben uns erneut gezeigt, der internationalistische Kampf gegen dieses Elend ist keine abstrakte Sache, sondern findet seinen Ausdruck in konkreten Kämpfen und Angriffen.

So sehr wir uns über die vielen und facettenreichen Aktionen gefreut haben, können wir beobachten, dass die großen Klimaproteste und Mobilisierungen, insbesondere im deutschsprachigen Raum, in den letzten Jahren abgenommen haben. Zeitgleich hat sich die Repression gegen Blo-

ckadeaktionen und zivilen Ungehorsam extrem verschärft, was sicherlich seinen Anteil an diesem Rückgang hat.

Die ökologische Frage scheint auf verschiedenen Ebenen aus dem Bewusstsein gerückt zu sein. Ohne dabei die Ausbeutungsverhältnisse innerhalb westlicher Gesellschaften ausblenden zu wollen, ist klar, dass wir nicht erwarten können, dass sich in absehbarer Zeit „die Massen“ in Bewegung setzen werden, da große Teile der Bevölkerung in den kapitalistischen Zentren nicht ihre Privilegien verlieren wollen.

Trotzdem hat sich gezeigt, dass kontinuierliche direkte Aktionen nicht nur materiellen Schaden verursachen sondern eine Kraft und Dynamik befeuern können, die über (staatliche) Grenzen hinausgehen.

Ziel war eine Debatte aufzumachen – hat das geklappt?

Switch-Off rief dazu auf die Infrastruktur des Kapitalismus zu hinterfragen, zu sabotieren und nachhaltig anzugreifen. Nachhaltig im Sinne von nachhaltiger und langfristiger Zerstörung von industriellen Infrastrukturen und divers im Sinne von vielfältigen Mitteln. Wir stellen fest, dass die Aktionen unter dem Motto teilweise von spektakulärer Dimension, großer Finesse und Überzeugung, aber alles andere als von der Diversität der Mittel und einer einfachen Nachahmbarkeit geprägt waren. Das Problem des Aufrufs und der folgenden Praxis war und ist demnach die teilweise Isolation innerhalb radikaler Kämpfe. Es braucht die Reproduzierbarkeit militanter Techniken. Die Aktionsformen dürfen nicht einer exklusiven Gruppe vorenthalten sein, die das Wissen und die Werkzeuge bereits besitzt um diese Sabotagen durchzuführen. Daher braucht es unserer Meinung nach eine Ausweitung sicherer Räume um über militante Aktionsformen zu sprechen, Skillshares zu geben und sich zu unterstützen. Das Wissen über kritische Infrastruktur und die Zerstörung dieser muss leichter zugänglich gemacht werden. Das ist leichter gesagt als getan. Die Momente von gemeinsamen spektakulären militanten Aktionen, Massenbewegung und Zusammenkünfte wie in Lützerath sind wichtig und prägend und stellen oft einen Knotenpunkt für Politisierung, Vernetzung und vielfältige politischer Praxis her. Aber auf solche Großevents können wir nicht warten. Unsere Diskussionen müssen auch außerhalb dieser Momente stattfinden.

Die Klimabewegungen hat in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung verloren. Waren die Wald-, Dorf- und Straßenbesetzungen mal „Aufreger Nummer eins“ und zogen Diffamierungen von Politik, Konzernen und Presse auf sich. So wurde der Klimawandel von den neuen Kriegen, Wirtschaftskrisen und der rassistischen Migrationsdebatte aus den Nachrichten und dem kollektiven Bewusstsein verdrängt.

Dennoch gibt es aktuelle Entwicklungen die im Spannungsfeld von ökologischen Kämpfen und zunehmender Faschisierung widerständige Perspektiven aufzeigen. Dazu gehören die Proteste in Grünheide gegen die Tesla-Gigafactory und der Brandanschlag der Vulkangruppe, welcher es sicherlich an viele Küchentischdiskussionen geschafft hat und einmal mehr bewies, wie effektiv direkte Aktion sein kann. Die weltweiten Angriffe gegen Tesla, die inzwischen schon hunderte dieser Autos aus dem Verkehr gezogen haben dürften, zeigen aktuell die enorme Kraft der Bezugnahme durch direkte Aktionen, Angriffe, Sabotagen, Texte und rebellische Gesten aller Art.

Bis zu einem gewissen Grad ist es uns sicher gelungen direkte Aktion und Sabotage in der Strategiedebatte der Klimabewegung als Methoden im Kampf gegen die Zerstörung der Erde mehr zum Thema zu machen. Die Effekte dessen sind aber schwer zu bestimmen. Auch über die Bewegung hinaus haben Aktionen und Kommunikés eine gewisse Verbreitung erfahren, treffen jedoch auf einen allgemeinen gesellschaftlichen Backlash.

Switch-Off im Kontext von Faschisierung, Militarisierung und Grenzpolitik

Die prognostizierten Verschärfungen verschiedenster globaler Krisen überschlugen sich nahezu. Seit dem 17. Februar 2022 eskaliert die zweite Invasion Russlands in der Ukraine. Nach dem Massaker vom 07. Oktober 2023 begann Israel seinen vernichtende Krieg gegen den Gazastreifen, den Libanon und Syrien. Zusammen mit weiteren heißen Kriegen im Kongo, in Kurdistan, im Jemen, in Myanmar, im Sudan zeichnet sich eine generelle Militarisierung und Zunahme kriegerischer Konflikte.

Die Politik erkennt, nutzt und befeuert diese Dynamik. Entlang der altbekannten Leier der Alternativlosigkeit wird den Menschen eine stumpfe Perspektive angeboten: in Zeiten eines drohenden Weltkrieges sei es wichtiger auf sich selbst zu schauen, wehrfähig zu sein und die eigene Vormachtstellung zu sichern. Dabei wird eine Rhetorik verwendet, die deutliche Parallelen zum Kalten Krieg aufweist und versucht die Welt in gute und böse Herrscher aufzuteilen. Diese militärische Logik findet sich auch bei der Bewältigung anderer Krisen wieder. Besonders deutlich wird dies an der Sicherung von Ressourcen mit kriegerischen Mitteln. Es ist gleichermaßen effektiv wie offensichtlich, dass die „Verteidigungsfrage“ genutzt wird um alle anderen gesellschaftlichen Konflikte zu überdecken.

Die zweite Trumpregierung zeigt aktuell in welcher Geschwindigkeit jahrzehntelang erkämpfte (reformistische) Errungenschaften einfach wieder über Bord geworfen werden können. Wir sehen einen massiven patriarchalen Backlash, der alles zerstören möchte, was sich antirassistische Bewegungen, Feminist*innen und Queers die letzten Jahrzehnten erkämpft haben. Einige wenige Herrschende auf dieser Welt besitzen die Macht „Menschenrechte“ abzuschaffen, etwa das Recht auf Abtreibung, die Selbstbestimmung des Geschlechts, die Möglichkeit zur Kriegsdienstverweigerung, Asyl zu bekommen und so weiter. Diese Fragilität zeigt die massive Abhängigkeit der Menschen vom Staat auf und verdeutlicht, dass es so etwas wie eine universelle Menschenwürde innerhalb der bestehenden Verhältnisse nicht gibt und nicht geben kann. Die „Menschenrechte“ sind schlichte Zugeständnisse des Staates. Auch wenn diese bitter und blutig erkämpft wurden, zeigt die aktuelle Lage umso mehr, dass bürgerliche Rechte höchstens eine Wette auf Zeit sind und nicht Ziel unserer Kämpfe sein können.

Diese Faschisierung lässt sich auf der ganzen Welt beobachten. Überall erstarken faschistische und autoritäre Kräfte und kommen an die Macht. Die bürgerlichen Parteien übertrumpfen sich gegenseitig in ihrer rassistischen Grenzpolitik und die sozialen Repression gegen arme, stigmatisierte und vom System behinderte Menschen steigt immer mehr. Die zunehmend autoritärer agierenden Regierungen sind aus der „ehemaligen bürgerlichen Mitte“ entstanden, welche versuchten die Rechtspopulisten rechts zu überholen.

Gleichzeitig wird die erwähnte Militarisierung und Aufrüstung von Militär und Grenzen als alternativlos präsentiert. Der Kampf gegen die Menschen, die von den Katastrophen vertrieben werden, nimmt überall zu. Sie werden immer mehr zur Zielscheibe faschistischer Propaganda und rassistischer Migrationspolitik

Ressourcenkonflikte Schlüsselbranche Chip-Industrie

Immer unverhohlener äußern Staaten und Unternehmen die Forderung nach militärischer Sicherung von Ressourcen. Doch geht es nicht nur um Lithium und seltene Erden, sondern auch um die Standorte wertvoller Schlüsselindustrien. Dabei wird insbesondere die künstliche Intelligenz als elementar ausgemacht: Eine Technologie, die ohne die Rechenleistung der modernsten Mikrochips nicht denkbar wäre. Design von Nvidia im Silicon Valley und hergestellt von TSMC und anderen ausschließlich in Taiwan (mit weltweit einzigartigen Belichtungsmaschinen von ASML aus

im Gegenteil auch in den Zentren wird nach Vorkommen gesucht und damit sind auch die Möglichkeiten für unseren Widerstand grenzenlos.

Ein offensichtliches Beispiel für die ganze Brutalität der westlichen Ressourcenausbeutung zeigte sich beispielsweise an den Bedingungen für die weitere militärischen Unterstützung der Ukraine durch die USA:

„[So] erklärte der republikanische US-Senator [Lindsey Graham] aus South Carolina, warum der Westen den Krieg in der Ukraine unbedingt gewinnen müsse: Das Land sei eine „Goldmine“, allein in den von Russland besetzten Gebieten lagerten kritische Rohstoffe im Wert von zwölf Billionen US-Dollar. „Ich möchte diese Vermögenswerte nicht Putin überlassen, damit er sie mit China teilt [. . .] Wenn wir der Ukraine jetzt helfen, kann sie der Geschäftspartner werden, von dem wir immer geträumt haben“

Chips sind seit ihren Anfängen eine wichtige Militärtechnologie. So muss



Eindhoven). Die USA und die EU nehmen derzeit viel Geld in die Hand, um eine „heimische“ Chipindustrie aufzubauen – mit dem Ziel, die technologische Vorherrschaft gegenüber dem erklärten „Systemrivalen“ China abzusichern. Für die Herstellung von Mikrochips sind seltene Erden und viel Energieaufwand nötig.

Zur Reduzierung der Abhängigkeit von Importen wird verstärkt auch die Natur in der Peripherie Europas ausgebeutet. Besonders klar wurde das Machtgefälle innerhalb Europas am lokalen Widerstand gegen die Jadar Mine des britische-australischen Konzerns Rio Tinto in Serbien. Als der Widerstand gegen die Mine Erfolg hatte und das Projekt beendet wurde, reiste Olaf Scholz persönlich nach Belgrad um die Wiederaufnahme zu erwirken, schließlich brauchen die deutschen Autobauer das Lithium für ihre E-Autos. Diese Dynamik lässt sich u.a. auch bei Lithium-Projekten in Portugal und diversen Minen in Sapmi beobachten. Keinesfalls ist der zunehmende Bergbau aber auf die europäischen Ränder beschränkt,

man die geplanten Chipfabriken auch als Teil der notwendigen wirtschaftlichen Entflechtung zur Kriegsvorbereitung sehen. Doch Schlüsseltechnologien spielen nicht nur im weltpolitischen Geflecht aus Klima und Krieg eine entscheidende Rolle. Immer mehr Schlüsseltechnologien mit „zivilen“ und „militärischen“ Nutzen werden von kleinen Start-Ups produziert. Dabei schaffen diese sich nach Außen häufig einen modernen und fortschrittlichen Anstrich. Sie werben damit, dass sie ihren Beitrag zu einer umweltfreundlichen und ökologischen Zukunft leisten. Dass ihre jeweiligen Technologien jedoch auch hervorragend in der Rüstungsindustrie Platz finden und zum Töten genutzt werden, lassen sie gerne aus.

Oder Rüstungsunternehmen werden gleich „woke“ und bekommen in einem kaum zu steigenden Zynismus gleich einen grünen Anstrich verpasst. So gibt es bereits jetzt biologisch abbaubare Munition, „nachhaltige“ Produktion von Raketen und es scheint nur noch eine Frage der Zeit bis der erste E-Panzer vom Band rollt. Wo einst Gas und Kohle die

entscheidenden Industrien waren – ist jetzt KI und High-Tech die entscheidende Ressource. In einem feingliedrigen Verbund arbeiten verschiedene Firmen und Start-Ups einander zu und bilden eine technologisch fortgeschrittene Rüstungsindustrie aus komplexen Lieferketten.

Das sehen wir jedoch auch als eine gewisse Chance im Kampf gegen diese technologische Rüstungsindustrie. Immer spezialisiertere Schlüsseltechnologien, haben auch immer immer diversere Lieferketten. Genau hier sehen wir das Potenzial diese zu unterbrechen und die Produktion kleiner Start-Ups anzugreifen.

KI als Schlüsseltechnologie und Kriegswaffe

Die wohl größte und relevanteste dieser Schlüsseltechnologien ist KI, sie ist für die Technokraten von heute die Lösung aller Probleme.

Wie sonst sollen die unvorstellbaren Datenmengen verarbeitet werden, die nötig sind um autonome Dronen-Taxis im Großstadtverkehr zu steuern – oder eben über ein Schlachtfeld? Wie soll die Steuerung des Stromflusses in einem Stromnetz mit noch mehr Verbrauchern und nicht linearen-Einspeisern funktionieren ohne KI? Oder die Auswertung des Bildmaterials, das überall und immer aufgenommen wird. Was dabei natürlich wenig kritische Aufmerksamkeit erhält, ist der Fakt, dass diese Technologie enorm viele Ressourcen verbraucht. Die Chipproduktion verschlingt viel Wasser und die KI-Rechenzentren so viel Energie, dass Microsoft als erste Firma ein Atomkraftwerk aktiviert hat um sie mit Energie zu versorgen.

Die von Israel im Gaza-Krieg eingesetzten Programme „Lavender“ und „Where’s Daddy“ übernehmen für die Armee fast die gesamte Zielauswahl für Luftangriffe. Mit einer 1-100 Skala bewertet die Maschine die Zugehörigkeit zu militanten Gruppen für alle Bewohner*innen des Gazastreifens. Alles anhand von Geheimdienstdaten. So schlägt die Software Angriffsziele vor und informiert sobald das Opfer sich zu Hause im Kreis der Familie befindet. Auch eine Quote für welche militärische Wichtigkeit eines Zieles wie viele zivile Opfer in Kauf genommen werden spielt hierbei eine Rolle. So wurden mehrere zehntausende Palästinenser*innen getötet auf Vorschlag eines Computers, abgenickt von israelischen Offizieren.

Dieses Beispiel zeigt einmal mehr, dass KI nie ein emanzipatorisches Mittel sein kann, denn wo KI im einen Moment noch die Zerstörung und die Vernichtung von Leben kontrolliert, produziert sie im nächsten Moment ein Werbevideo in dem auf den Trümmern Gazas ein Urlaubsressort entworfen wird. Die ganze Widerlichkeit die dem innewohnt ist schwer zu fassen.

Die Angst muss die Seite wechseln

Wir haben Angst, Angst vor dem Faschismus, vor der zunehmenden Repression, vor dem Krieg, vor fucking Trump und den Wahnsinnigen die diese Welt regieren. Wir fühlen uns gelähmt weil die Dinge sich zu überschlagen scheinen, paralysiert, in der eskalierenden Klimakatastrophe. Wir wissen, dass die Herrschenden uns handlungsunfähig, machtlos und ohnmächtig sehen wollen, doch wir werden ihnen diesen Gefallen nicht tun.

Wir wollen den Staat und seine Gesellschaft abschaffen. Dabei sind unsere Lebensrealitäten so verwoben mit Staatlichkeit und Industrie, das ein Denken außerhalb dieser Logik nur schwer möglich ist. Und doch wissen wir auch, dass wir uns nicht von dieser Angst leiten lassen sollten. Da sie uns zurück zu alten Gewissheiten drängt, weil es die Angst davor ist, unsere Privilegien zu verlieren.

Wir wissen auch, dass Angriff die beste Verteidigung ist.

Wir haben Schwierigkeiten einen klaren Weg für unsere Projekte zu erkennen, eine Perspektive auszumachen, die uns an einen besseren Ort bringt. Wir fühlen uns schwach und klein gegenüber den Verhältnissen, aber wir haben gelernt, dass es keinen Sinn ergibt an den Staat zu appellieren, weil er die Bedingungen unserer Machtlosigkeit reproduziert.

Und trotz dem ganzen Elend wissen wir, das wir uns haben, das wir Stärke und Kraft in einander finden können, in unsere Kämpfe, unsere Solidarität, unsere Verschiedenheit. Wir brauchen keine einheitliche Linie, sondern klare Ideen und ein Gespür füreinander. Wir suchen Bezugnahme, Begegnung, Kritik, Inspiration und Verbindungen zwischen unseren Kämpfen. Nicht weil wir eine Partei werden wollen, sondern weil wir uns brauchen und weil wir die Wut wiedererkennen, die überall auf der Welt auflodert, immer wieder.

Liebe an alle da draußen; im Chaos der Kämpfe, der Aktionen, der Pläne; da draußen in Nacht, in den Knästen, im Untergrund, in den Wäldern, den Straßen, auf den Meeren und an den Grenzen.

Wir sind diesen Weg eingeschlagen, wer weiß wo er uns hinbringen wird. Von indigenen Kämpfer*innen haben wir gelernt, dass die Welt schon oft untergegangen ist.

Was auch kommen mag. Wir sehen uns. Da draußen.

*„Vergessen wir die Avantgarde, Sie hat keinen Nutzen für uns: Eine generalisierte Revolte, ohne Anführer*innen oder einen Schwerpunkt ist genau das, was keine Armee oder Polizei jemals zu bändigen hoffen könnte“*

– Total Liberation

USA: Die Gegenrevolution, die wir verdient haben

Wir sind jetzt neun Wochen in der zweiten Trump-Präsidentschaft. In dieser Zeit hat sich nichts ereignet, was darauf hindeutet, dass wir uns nicht auf dem Weg des Worst-Case-Szenarios befinden - einer offen faschistischen Bewegung, die sich in Richtung einer offen faschistischen Regierung bewegt. Die Regierung hat ihr Recht auf eine monarchische Form der Macht im Einklang mit der von Curtis Yarvin formulierten Strategie der Schmetterlingsrevolution [eine Larve - die angeblich friedliche MAGA-Bewegung - ergreift die Regierung und verwandelt dann Amt in Macht um einen neuen Schmetterling, eine Diktatur nach Vorbild eines Konzerns, hervorzubringen] formuliert. Natürlich gibt es auch andere ideologische Kräfte. Aber diese Strategie scheint eine entscheidende zu sein.

Wie ich bereits dargelegt habe, steht so viel auf dem Spiel, wie man sich nur vorstellen kann. Nicht nur wegen der „Verfassungskrise“, auf die wir zusteuern, sondern weil:

1) die Regierung eine Auslegung der Verfassung anwendet, die sich weigert, diese Krise anzuerkennen, und stattdessen argumentiert, dass die Exekutive, wenn sie richtig verstanden wird, von den anderen Regierungszweigen (Legislative, Judikative, föderales System) ungebunden ist;

2) sie scheinen diese neue monarchische Macht nutzen zu wollen, um das amerikanische Leben und die Weltordnung neu zu ordnen. Ihre Vision ist der Stoff, aus dem Alpträume sind - die völlige Auslöschung der politischen Freiheit, die vollständige Überführung öffentlicher Einrichtungen in private Hände, der Einsatz von KI für die totale Überwachung und von Waffen, um den Teil der Menschheit auszuschalten, der so viele Unannehmlichkeiten für Polizeiarbeit und „Kriegsführung“ verursacht. Sie wollen eine konstitutionelle Monarchie nutzen, um uns in eine monstertutionelle Konarchie zu treiben. Der Monster-Betrug, wenn Sie so wollen. [Der Autor nutzt hier ein Wortspiel, welches nicht einfach ins Deutsche übertragbar ist. Es zielt darauf, das Grotteste und Brutale des Trump-Regimes und ihrer betrügerischen Art aufzuzeigen.]

Es gibt noch einen weiteren Aspekt, der schwer zu begreifen ist - vor allem für die Linken, die glauben, dass das Ziel der rechten Bewegungen darin besteht, den Konzernen Gewinne zu bescheren. Wird die Tatsache, dass Zölle eine schlechte Wirtschaftspolitik sind, nicht als mäßigende Kraft wirken? Würden sie nicht absichtlich die Wirtschaft zum Absturz bringen, eine Rezession oder gar eine Depression auslösen? „Es ist die Wirtschaft, Dummkopf!“ [geläufige Redewendung in den USA, die darauf zielt die wirtschaftlichen Interessen des Kapitals aus dem Hintergrund zu holen.]

Vielleicht. Aber es muss beachtet werden, dass Musk bei zahlreichen Gelegenheiten gesagt hat, dass die Wirtschaft zum Absturz gebracht werden muss. Beachten Sie, dass Trump, der nie einen Fehler zugibt, selbst gesagt hat, dass die Dinge eine Zeit lang schwierig sein könnten. Lassen Sie das durch Ihre Euphemismusmaschine laufen. Wenn wir eine aufgemotzte Version des „Katastrophen-Kapitalismus“ erleben, könnte das für einige besonders zynische Milliardäre bedeuten, dass die US-Wirtschaft zusammenbrechen muss. Sie werden von der Fantasie eines Neustarts [analog zu dem Mythos der Stunde Null in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg] angetrieben, das sie haben wollen, um: die Erwartungen der Ar-

beitnehmer*innen zu senken, um sie dazu zu bringen, Jobs anzunehmen, die sie sonst nicht annehmen würden; die Aushöhlung von Umwelt- und Arbeitsschutzbestimmungen zu rechtfertigen, um die Industrie wieder anzulocken; eine Situation des wirtschaftlichen Chaos zu schaffen, die der späten Weimarer Zeit nicht unähnlich ist, in der sich die faschistische Bewegung als die einzige Kraft positionieren kann, die in der Lage ist, die Ordnung wiederherzustellen.

Wem das zu abwegig erscheint, den*die möchte ich daran erinnern, dass zwei der einflussreichsten Persönlichkeiten der heutigen politischen Rechten - Musk und Bannon - beide öffentlich den Hitlergruß gezeigt haben. Lassen Sie es auf sich wirken: Wir befinden uns in einer solchen politischen Situation.

Am Steuer sitzen Menschen, die sich daran erfreuen, die Grenzen zu überschreiten, und die sich so unanständig verhalten, dass es schon verrückt klingt, wenn man sagt, was sie denken. Auf diese Weise gewinnen sie: indem ihre Gegner nicht bereit sind, ihnen die Kühnheit des Bösen zuzuschreiben.

Zum Glück hat der Einfluss von Yarvins Ideen begonnen, Aufmerksamkeit zu erregen. Leider ist Aufmerksamkeit kein Widerstand. Wenn der Plan, so wie Yarvin ihn skizziert hat, darin besteht, diese Änderungen ohne große Rücksicht auf die öffentliche Meinung durchzusetzen - und jede Institution zu zerstören oder in die Knie zu zwingen, die Fragen über die Rechts- oder Geschichtsauslegung des Königs aufwerfen könnte - was dann?

Indem sie die Universitäten und die Medien ins Visier nehmen, schaffen sie die Voraussetzung dafür, dass Trump die Welt mit seinen Edikten neu gestalten kann, unterstützt durch physische und wirtschaftliche Schikane. Das ist der Golf von Amerika. Vielleicht war es das schon immer.

Wenn dies tatsächlich der Weg ist, auf dem wir uns befinden, sind die Demokraten nicht in der Lage, viel dagegen zu tun, selbst wenn sie es wollten. Als Partei haben sie sich verpflichtet, unter allen Umständen den „Königsweg“ einzuschlagen - was bedeutet, dass sie stets den Eindruck erwecken wollen, sie seien diejenigen, die die Regeln befolgen. Das war eine Zeit lang kurios. Jetzt ist es völlig aus den Fugen geraten. Sie versuchen, die Regeln eines Spiels zu befolgen, das die andere Partei einfach nicht mitspielt.

Könnten sie sich an das neue Spiel gewöhnen? Nicht wirklich: Monarchie ist ein Nullsummenspiel. Wenn die souveräne Macht absolut ist, hat man sie entweder oder man hat sie nicht. Das Beste, was man tun kann, ist, die Gunst des Souveräns zu gewinnen. Das läuft darauf hinaus, Juniorpartner des Regimes zu werden, eine loyale Opposition, die keine der Prioritäten grundlegend in Frage stellen kann.

Aber Moment mal: Verärgert Trump nicht die republikanische Basis so sehr, dass die Demokraten die Chance haben, die Zwischenwahlen [alle vier Jahre wird das Parlament der USA neu gewählt „zwischen“ den alle vier Jahre stattfindenden Wahlen für das Amt des Präsidenten] zu gewinnen?



nen? Sollten wir ihnen nicht einfach einen Strick geben, an dem sie sich aufhängen können?

Was auch immer man darüber gedacht haben mag, wie repräsentativ oder funktional oder legitim das amerikanische Wahlsystem in der Vergangenheit war, ich bitte darum, sich klarzumachen, dass dieses System jetzt in den Händen von Leuten ist, die keine Skrupel haben, seine Mechanismen und Bastionen einseitig festzuzurren. Das sind nicht die Art von Kindern, die den Ball zurückgeben. Vielleicht finden sie es politisch opportun, Wahlen abzuhalten. Vielleicht auch nicht. Aber solche Wahlen werden die Machtverhältnisse nicht ändern.

Müssen wir das wirklich selbst sehen, um überzeugt zu sein? Haben wir nicht genug gesehen? Haben sie uns nicht gezeigt, wer sie sind? Und was glauben wir, was die Quellen unserer Nachrichten in zwei Jahren sagen werden? Der Diskurs und seine Räume werden nicht einfach mit Schwachsinn überschwemmt werden. Ganz neue Diskurse und Räume werden aus Scheiße gemacht werden.

Wie ich bereits in einem früheren Beitrag dargelegt habe, beruhen alle politischen Systeme auf einer Reihe von Gewohnheiten, die in diesen Systemen selbst nicht definiert sind. Sie sind einfach der Stoff, aus dem das alltägliche Leben gemacht ist, die Erwartungen an Ehrlichkeit, guten Willen und Teilen sowie die Verpflichtung zum Dialog auf der Suche nach der Wahrheit. Man könnte es „demokratische Kultur“ nennen, wie es einige getan haben. Das derzeitige faschistische Regime hat darauf gesetzt, dass diese Bräuche selbst so weit erodiert sind, dass das politische System, auf dem sie aufgebaut waren, weggefegt werden kann. Haben sie Recht? Genau darüber wollen wir diskutieren. Und für diejenigen, die eine Herausforderung suchen, haben wir gute Nachrichten. Es bedarf allerdings einiger Erklärungen.

Ihre Wetten

Die Allianz aus Christentum und Techno-Faschismus geht einige sehr ernste Wetten ein, die ihre Strategie gefährden könnten. Um ein paar der offensichtlichsten zu nennen. Dass es ihnen gelingen kann, den rechtlichen und institutionellen Rahmen für diese Transformation zu schaffen, während sich die Menschen in einem Schockzustand befinden, ohne ernsthaften Widerstand in der Bevölkerung; dass sie, falls es doch Widerstand gibt, diesen mit physischem und wirtschaftlichem Zwang und nicht mit breiter Zustimmung durchsetzen können; dass die Amerikaner sich nicht wirklich um die Bedeutung der politischen Freiheit kümmern oder sie gar verste-

hen. Dass die meisten Menschen nicht über Politik nachdenken wollen und es vorziehen würden, wenn das Land wie ein Unternehmen geführt würde; dass sie sich auf einen funktionierenden Überwachungsapparat, wirtschaftliche Erpressung und die Loyalität von paramilitärischer, polizeilicher und militärischer Gewalt verlassen können, um ihre Macht auszuweiten; dass die Kluft zwischen der roten und der blauen Welt aufrechterhalten und vertieft werden kann und dass die Menschen in diesen leicht zu manipulierenden Medienblasen bleiben werden; dass sie sich selbst als die beste Lösung für das von ihnen geschaffene Chaos darstellen können. Auf den ersten Blick mag dies nach ziemlich sicheren Wetten klingen. Aber ich möchte darauf hinweisen, dass es nur so scheint. Kennen wir das? In manchen Kontexten fühlen sich die Dinge auf eine bestimmte Weise an, und wir fühlen uns auf eine bestimmte Weise, aber wenn wir in einen anderen Kontext kommen, erinnern wir uns an alle möglichen Dinge, zu denen wir fähig sind? Eine Auswirkung der Verwirrung, die uns von oben auferlegt wird, ist diese Art von Amnesie, das situationsbedingte Vergessen unserer eigenen Fähigkeiten. Das ist das Erste, was wir überwinden müssen. Wir können dies tun, indem wir verstehen, dass es sich um eine Konterrevolution handelt. Diese Milliardäre sind „Reaktionäre“ – und sie verstehen sich als Reaktion auf die Macht unserer sozialen Bewegungen.

Erinnern Sie sich an den Sommer 2020? Er wird in der Öffentlichkeit als eine „weitgehend gewaltfreie Bewegung für eine rassistische Abrechnung“ in Erinnerung bleiben, die zu einem gesteigerten Bewusstsein für anhaltenden strukturellen Rassismus und einer neuen Welle von DEI-Maßnahmen [Diversity, Equity, Inclusion – Maßnahmen zur Förderung von Diversität, Gleichberechtigung und Inklusion] führte. Eine Welle und Bewegung der „Wokeness“, die nun direkt angegriffen wird. Im Jahr 2020 hatte man das Gefühl, dass der Triumph eines neuen gesunden Menschenverstands in der Politik von Unternehmen und Institutionen im ganzen Land verankert wurde.

Ich denke, dass wir zunächst eine umfassendere Perspektive auf diese Erinnerung brauchen. Diese Bewegung ist nicht wirklich spontan als Reaktion auf den brutalen Mord an George Floyd in Minneapolis entstanden. Vielmehr war sie der Höhepunkt einer Reihe von immer stärker werdenden Bewegungen, die mindestens bis zu Occupy Wall Street im Jahr 2011 zurückreichen. Unabhängig davon, ob Sie an ihnen teilgenommen haben oder nicht, möchte ich darauf hinweisen, dass diese Bewegungen wahrscheinlich unser Leben beeinflusst haben, indem eine Reihe von Veränderungen den Alltagsverstand ergriffen.

Gegen welche Revolution?

Es ist leicht, die Aufstände der letzten 15 Jahre zu betrachten und nur Misserfolge zu sehen oder bestimmte strategische oder taktische Ausrichtungen dafür verantwortlich zu machen, dass die Bewegungen nicht die Macht ergreifen und ausüben konnten. Ich möchte eine andere Perspektive anbieten.

Der beste Weg dafür ist, zu beschreiben, wie Menschen in den USA öffentlich über die Welt vor 2011 dachten. Ich sage „öffentlich“, weil es immer kleinere Gruppen von Radikalen gab, die ein anderes Verständnis hatten, aber sie waren vom öffentlichen Diskurs weitgehend ausgeschlossen.

Für die meisten Menschen war die „Geschichte“ mehr oder weniger vorbei. Dinge wie Rassismus und Patriarchat waren Probleme, die weitgehend Kämpfe der Vergangenheit waren, die mehr oder weniger überwunden worden waren. Der Kapitalismus und unser demokratisches System waren der beste oder zumindest der einzig gangbare Weg, um das wirtschaftliche und politische Leben zu organisieren. Unsere Aufgabe war es, eine Arbeit zu finden, die uns gefiel, damit wir unsere persönliche Vorstellung vom Leben innerhalb dieser Systeme verwirklichen konnten. Wir waren im Großen und Ganzen keine Menschen mit einer transformativen historischen Aufgabe: Die großen Befreiungskämpfe der Geschichte lagen in der Vergangenheit, und wir waren nun freie und gleichberechtigte Teilnehmer am Markt. Nennen wir dies „das ideologische Gewebe des Neoliberalismus“.

Ich möchte darauf hinweisen, dass dieses ideologische Gefüge nach dem Finanzcrash von 2008 durch eine Reihe von sozialen Bewegungen zerrissen wurde. Wir können jede von ihnen als Einführung einer Einsicht betrachten, die ein neues Loch in das Gewebe riss und die Entstehung eines neuen Alltagsverständnisses ermöglichte. Der Prozess lässt sich in aller Kürze wie folgt zusammenfassen: Die Occupy-Bewegung (2011-12) hat uns gelehrt, dass der Kapitalismus nicht die einzige oder beste Art ist, das Leben zu organisieren, und dass es so etwas wie einen Klassenkampf von Oben gibt, der gegen die große Mehrheit der Menschen geführt wird;

Der Aufstand von Ferguson (2014) und die darauffolgenden Anti-Polizeiaufstände in Baltimore, Charlotte und anderswo haben uns gelehrt, dass der antischwarze Rassismus nicht vorbei ist. Vielmehr besteht er in strukturellen Formen fort, die durch rassistische Polizeipraktiken aufrechterhalten werden, die ein System der Masseninhaftierung aufgebaut haben;

Der Aufstand von Standing Rock (2016) hat uns gelehrt, dass die Kolonisierung und der Völkermord an indigenen Völkern nicht etwas ist, das in der Vergangenheit geschehen ist und eine tragische Erbsünde darstellt, gegen die niemand etwas unternehmen kann. Vielmehr ist die Kolonisierung ein fortlaufender Prozess, der auch heute noch stattfindet;

Die „Me Too“-Bewegung hat uns gelehrt, dass das Patriarchat nicht durch die formale rechtliche Gleichstellung überwunden ist und dass die Aufgabe des modernen Feminismus weit über das Schließen der Lohnschere hinausgeht. Vielmehr besteht das Patriarchat in einem verborgenen Kontinent sexueller Übergriffe und Vergewaltigungen fort, die Männer ungestraft begehen;

Die Queer- und Trans-Liberation-Bewegungen haben uns gelehrt, dass das Streben nach individuellem Glück in der Welt den Mut erfordert, sich von einigen der grundlegendsten Kategorien zu befreien, die diese Gesellschaft uns vorgibt, und neue Wege zu entdecken, in der Welt zu leben;

Die Bewegung für Klimagerechtigkeit hat uns gelehrt, dass unser Wirtschaftssystem die Bedingungen für menschliches Leben auf dem Planeten rapide zerstört und dass dringend gehandelt werden muss, um die Bedingungen für unser Leben grundlegend zu ändern. Jede dieser Bewegungen drängte diese Erkenntnisse in die Öffentlichkeit und riss Löcher in die Struktur der neoliberalen Ideologie. Dabei entwickelten sie einen neuen gesunden Menschenverstand, in dem die Menschen die Idee wiederfanden, dass sie zu einer Generation gehören,

die die historische Aufgabe hat, die wirtschaftlichen und politischen Strukturen der Welt neu zu gestalten. Und immer wieder entdeckten die Menschen in jeder dieser Bewegungen, dass es, sobald sie sich von der neoliberalen Ideologie befreit hatten, eine andere Kraft gab, die die Welt so erhält, wie sie ist: die Polizei. Erinnern wir uns noch einmal an den Sommer 2020. Wie ich bereits sagte, wurde sie offiziell als eine weitgehend gewaltfreie Bewegung für eine antirassistische Abrechnung in Erinnerung gerufen, die die Werbekampagnen der Unternehmen und die Politik der Institutionen veränderte. In Wirklichkeit war es der George-Floyd-Aufstand. Er begann mit dem Brand einer Polizeistation und etwa drei Wochen lang erlebte dieses Land die größten Aufstände seiner Geschichte, von denen sich viele gegen Polizeiautos und deren Infrastruktur richteten und die Fähigkeit der Polizei, die Ordnung in mehreren Städten aufrechtzuerhalten, lahmlegten. Diese wenigen Wochen zu Beginn des Sommers waren keine Fehlentwicklungen, die aus der Geschichte dieser Bewegung herausgeschrieben werden können, und sie waren auch keine Aktionen, die die Bewegung daran hinderten, populär zu werden. Vielmehr handelte es sich um die anfängliche Explosion der Energie, die abflaute, als die Bewegung zunehmend zahmer und weniger störend wurde und sich mehr an offiziellen gemeinnützigen Organisationen und Forderungen nach politischen Veränderungen orientierte, die innerhalb der bestehenden Institutionen erreicht werden konnten. Nach 2020 kam es zu einer Flaute bei den linken sozialen Bewegungen. Eine bemerkenswerte Ausnahme bildete die Kampagne „Stop Cop City“ in Atlanta, die sich als Fortsetzung dieser Bewegung verstand, um den Bau einer neuen Welle von Polizeiausbildungsstätten zu verhindern, die darauf abzielten, das öffentliche Image der Polizei wiederherzustellen. Aber im Frühjahr 2024 wurden von Studenten und Aktivisten an Universitäten im ganzen Land Zeltlager errichtet, um den Völkermord in Palästina zu stoppen. Auch diese Bewegung trug zu dem von mir beschriebenen Bildungsprozess bei, indem sie uns lehrte, dass die USA immer noch aktiv an der Unterstützung von Regimen beteiligt sind, die Völkermord begehen. Und dass selbst unsere „liberalsten“ Institutionen bereit sind, sich selbst zu zerstören, um zu verhindern, dass diese Wahrheit ausgesprochen wird. Die Intensität der polizeilichen Reaktion auf die palästinensische Solidaritätsbewegung deutet darauf hin, dass diese Bewegung eine neue Art von Grenze erreicht hat. Das Bekenntnis zur Unterstützung des Angriffs des Staates Israel auf die Palästinenser scheint so tief zu sitzen, dass beide politischen Parteien und die Universitätsverwaltungen im ganzen Land sich einig zu sein schienen, dass es besser wäre, die Redefreiheit auf dem College-Campus einfach zu zerstören und Menschen zu verleumden, die versuchen, sich einem Völkermord entgegenzustellen, als die Menschlichkeit des palästinensischen Volkes anzuerkennen.



Zu den oben beschriebenen Erkenntnissen, die sich weitgehend darauf konzentrierten, die Konturen der Unterdrückung im eigenen Land aufzudecken, kam plötzlich ein direkter Fokus auf die Auswirkungen staatlicher, akademischer und unternehmerischer Institutionen auf die imperiale Politik der USA. Dies bedeutete, dass die grundlegende moralische Einsicht der Bewegung einfach nicht als neue Politik oder Ausbildung in die bestehenden Institutionen integriert werden konnte. Ich weiß, dass ich eine Menge auslasse. Das ist bei jeder stark zusammengefassten Geschichte über ein Jahrzehnt der Fall. Aber wenn Sie dies mehr oder weniger plausibel finden, dann sollten Sie zwei Punkte bedenken, die meiner Meinung nach eine Perspektive dafür bieten, was es bedeuten könnte, die Pläne zu unterbrechen, die uns derzeit auferlegt werden:

Erstens: Wie wäre es, wenn wir diesen Zyklus von Bewegungen als einen Prozess der kollektiven Bildung betrachten, als einen Prozess, in dem wir den Illusionen auf den Grund gehen und die wahre Geschichte der Vereinigten Staaten ans Tageslicht bringen? Jede dieser Bewegungen verlangte von uns, dass wir neu überdenken, wer wir sind, und einen neuen Rahmen entwickeln, um unserem eigenen Leben und Handeln einen Sinn zu geben. Sie waren Kräfte der Erinnerung, die die uns auferlegte Amnesie in Frage stellten. Dieser Prozess ist das, was man als „Fortschritt“ im moralischen Sinne bezeichnen könnte, im Sinne einer Vertiefung der Aufklärung und einer Veränderung des Alltagsverständes in einer Art und Weise, die mehr auf der Realität der gelebten Erfahrung der Menschen und der Funktionsweise der Macht beruht.

Zweitens: Wenn wir tatsächlich in einer Situation angekommen sind, in der sich eine Diktatur herausbildet, und wenn diese Diktatur sich auf die Macht der Polizei stützt, um ihren Willen durchzusetzen, dann sollten wir uns daran erinnern, dass wir alle eine gewisse Erinnerung daran haben, wie die Polizei daran gehindert werden kann. Im Frühsommer 2020 haben wir einen Eindruck davon bekommen, dass die Menschen im Alltag in der Lage sind, den Apparat, mit dem uns ihr Wille aufgezwungen wird, lahmzulegen.

Um es zusammenzufassen: Ich lade ein, das, was heute geschieht, nicht einfach als etwas zu verstehen, das die Mächtigen uns Ohnmächtigen antun. Vielmehr ist es eine Gegenrevolution, die wir verdient haben. Weil unsere Kämpfe für Gerechtigkeit ihr politisches Spiel so effektiv gestört haben, waren die herrschende Klasse der Milliardäre und ihre neofaschistischen Gurus gezwungen, die Regeln grundlegend zu ändern, um uns alle zurückzuwerfen. Es sieht so aus, als hätten wir das Spiel bisher gewonnen, bis zu dem Punkt, an dem wir beim Big Boss angekommen sind: faschistische Diktatur, kulturelle Konterrevolution und ein neuer Überwachungs- und Polizeiapparat. Der Monster-Betrug. Das ist das einzige Hindernis, das sie noch haben, um zu verhindern, dass aus einer Veränderung des Alltagsverständes eine tatsächliche Veränderung der Realität wird.

Das Problem in ihrem Modell

Ich möchte mich auf eine Hauptspannung konzentrieren, die in dem von mir skizzierten Prozess immer wieder auftaucht und von der ich glaube, dass sie die strukturelle Ursache für viele der anderen Spannungen ist. Die Überwindung dieser Spannung wird für viele von uns einen weiteren Perspektivenwechsel erfordern. Aber ich denke, wir sind an einem Punkt angelangt, an dem die einzige Chance, diese Aufgabe zu bewältigen, eine

weitere Stufe der kollektiven Bildung bedeutet. Denn dadurch können wir die größte Schwäche der Konterrevolution des Monster-Con erkennen. Um das zu erkennen, müssen wir anerkennen, dass sie mit ihren Angriffen auf das, was sie als „Wokeness“ bezeichnen, in der Praxis die Politiken angreifen, die versucht haben, die bestehenden Institutionen an den moralischen Fortschritt des Alltagsverständes anzupassen, den ich oben beschrieben habe: DEI-Politik, Bundesmittel für Gesundheit, Wissenschaft und kritisches Denken, Klimagerechtigkeit, usw. Dies offenbart nun zwei Perspektiven, die in dem von mir beschriebenen Prozess immer in einem unangenehmen Verhältnis zueinander standen. Lassen Sie uns ihnen Namen geben:

Die Institutionalistische Perspektive: Aus einer Perspektive innerhalb der Bewegungen ist die Institutionalisierung von Werten das, was den Fortschritt ausmacht: Forderungen, die aus moralischer Empörung auf der Straße entstehen, werden am Arbeitsplatz, in der Politik und im Gesetz kodifiziert.

Die Perspektive der Gegenmacht: Aus einer anderen Perspektive innerhalb der Bewegungen waren diese institutionellen Formen des Fortschritts immer bestenfalls Pflaster, die die Probleme nicht wirklich lösten - und schlimmstenfalls waren sie Mittel, um die Energie der sozialen Bewegungen zu stoppen und den Status quo zu erhalten. Die Veränderung der Politik und die Vielfalt der „Sitze am Tisch“ waren eine Möglichkeit, echte Veränderungen zu verhindern. Ich erinnere mich lebhaft an die Worte eines Geistlichen, der in St. Louis sprach, nachdem er in Ferguson mit Tränengas beschossen worden war: „Wir haben die Einbeziehung in die Macht gefordert, aber es hätte darum gehen müssen, die Institutionen der Macht selbst zu demontieren.“

Die Gegenmacht-Perspektive vertritt die Ansicht, dass Organisationsformen zur Aufrechterhaltung des moralischen Fortschritts - und der Lebensbedingungen an sich - auf Distanz zu und in Opposition zu staatlich kontrollierten Institutionen aufgebaut werden müssen. Diese Spannung besteht seit langem in den Bewegungen für soziale Gerechtigkeit. Diejenigen, die mit den bestehenden Institutionen zusammenarbeiten, sagen, dass die Radikalen auf der Straße nicht realistisch sind - „realistisch“ zu sein bedeutet, hochtrabende Forderungen an die bestehenden mächtigen Institutionen anzupassen und innerhalb dieser schrittweise bessere Standards zu setzen. Aber die Menschen auf der Straße hatten immer eine überzeugende Antwort. Sie würden sagen, dass genau dieser stückweise Fortschritt unrealistisch ist: Wenn man sich auf staatlich unterstützte



Institutionen verlässt, um moralischen Fortschritt zu erzielen, dann kann alles in dem Moment zunichte gemacht werden, in dem die Winde der Staatsmacht sich drehen und in eine andere Richtung wehen. Wenn man darüber hinaus die Macht dieser Institutionen gestärkt hat - durch mehr Gesetze, mehr Polizei, mehr Überwachung -, dann werden diese Institutionen in der Lage sein, noch größeren Schaden anzurichten, wenn sich der Wind dreht, was unweigerlich der Fall sein wird, wenn die Macht der herrschenden Klasse wirklich bedroht ist. Vielleicht hätten die Dinge auch anders laufen können. Vielleicht hätte man den Fortschritt innerhalb der Institutionen ohne diesen Rückschlag kontinuierlich vorantreiben können. Aber ich denke, wir müssen zugeben, dass es so nicht funktioniert hat. Wohl oder übel hat die Straßenseite des Arguments gewonnen, und wir müssen zugeben, dass der Fortschritt nicht in die Hände von Institutionen gelegt werden kann, die der staatlichen Autorität unterliegen: Er muss außerhalb dieser Institutionen aufgebaut und verteidigt werden. Ich hoffe, dass ich dieses Thema in künftigen Beiträgen näher erläutern kann.

Damit kommen wir endlich zu dem Schwachpunkt der laufenden Schmetterlingsrevolution. Wenn die Straßenseite Recht hat, dann sind die institutionellen Formen des Fortschritts nicht die Bedrohung, für die die Machthaber sie halten. Vielmehr sind diese Politiken des institutionalisierten Wokeness in Wirklichkeit die Mittel, mit denen die Forderungen nach Veränderung auf der Straße abgelenkt und gezähmt wurden, um die allgemeine Machtstruktur zu erhalten. Indem sie die institutionalisierten Formen des moralischen Fortschritts angreifen, werfen die Techno- und Christentumsfaschisten eine ihrer eigenen mächtigsten Waffen zur Unterdrückung sozialer Bewegungen weg. Indem sie ihre Angriffe auf diese Institutionen richten, greifen sie in der Tat ihr eigenes Schutzschild an. Diese institutionellen Formen des Umgangs mit Forderungen von unten wurden über Jahrzehnte entwickelt, und das aus gutem Grund. Wenn wir erkennen, dass unsere Freiheit - und alles andere - auf dem Spiel steht, und wenn wir uns für die Freiheit entscheiden, können sie ihr

Projekt nicht allein mit Gewalt und Einschüchterung zusammenhalten. Doch dazu bedarf es einer massiven Störung von unten. Wir haben gesehen, wie das aussieht: ähnlich wie in den ersten Wochen der George-Floyd-Rebellion, aber ohne die Illusion, dass es sich dabei um Stückwerk handelt.

Die Herausforderung

Zusammengefasst: Eine kleine Gruppe von Milliardären, die Angst davor hatte, dass sich das amerikanische Volk in eine Richtung bewegt, die ihre Macht tatsächlich in Frage stellen könnte, hat sich selbst die Erlaubnis erteilt, sehr groß von der Art von Welt zu träumen, die sie sich wünschen. Sie haben sich von den Grenzen der amerikanischen Verfassung befreit, um die Weichen für eine neue Organisation der politischen Welt zu stellen. Sie haben sich selbst das Recht gegeben, kühn zu handeln, um uns diese neue Ordnung aufzuzwingen, und sie werden nicht aufhören, es sei denn, wir finden einen Weg, sie zu stoppen. Die Frage, die sich uns stellt, ist meines Erachtens folgende: Wird der von den sozialen Bewegungen gewonnene Bildungsprozess in der Lage sein, gemeinsam den nächsten Schritt zu tun? Können wir die Illusion aufgeben, dass moralischer Fortschritt, der Kampf für historische Gerechtigkeit und der Kampf für die Zukunft des Lebens auf dem Planeten durch die Politik der bestehenden Institutionen erreicht werden kann, und uns das Recht geben, die Zukunft, die wir verdienen, selbst zu gestalten? Können wir den Schwachsinn sein lassen und uns dem Herrschaftsapparat widersetzen, als stünden unser Leben und das Leben derer, die wir lieben, auf dem Spiel? Denn das tun sie. Auf die eine oder andere Weise befinden wir uns in einem Prozess, der die Welt grundlegend verändern wird. Wenn wir nicht wollen, dass ihr Plan der einzige ist, der uns angeboten wird, müssen wir uns selbst das Recht geben, groß zu träumen, mutig zu handeln und deutlich zu machen, dass es unsere Vision ist und nicht ihre.

Das DOGE und die Neo-Reaktionäre

Matthew Lyons von Three Way Fight befasst sich mit dem aufkommenden Trump'schen Staat, der wachsenden Rolle von Elon Musk, dem Einfluss neoreaktionärer Denker und bietet eine Analyse von DOGE. [Department of Governmental Efficiency, Behörde für Regierungseffizienz. Vom US-Präsidenten Trump per Dekret geschaffene Sonderbehörde der US-Regierung, die dem Tech-Milliardär Elon Musk untersteht und die Aufgabe hat, die bildliche Kettensäge an der neuen Regierung nicht genehme staatliche Behörden anzulegen.]

Ich habe die Entwicklung zur Diktatur erwartet, aber nicht DOGE. Als Donald Trump zum Präsidenten wiedergewählt wurde, wusste ich (wie viele andere Menschen auch), dass er nach der Macht greifen würde, die er in seiner ersten Amtszeit nicht hatte. Ich habe Trumps zunehmend intime Beziehung zur extremen Rechten nachgezeichnet, von seiner für beide Seiten vorteilhaften Vereinbarung mit der Alt-Right im Jahr 2016 bis zu seinen Bemühungen im Jahr 2024, die Republikanische Partei

selbst zu seinem persönlichen Vehikel umzugestalten. Wie viele andere Kritiker stellte ich fest, dass die Aushöhlung der strukturellen Kontrollen der präsidentialen Macht in Verbindung mit den jahrelangen Planungen der Anhänger, wie sie die Kontrolle über die Bundesbürokratie an sich reißen könnten, die zweite Amtszeit von Trump viel autoritärer machen würde als die erste.

Was ich nicht erwartet hatte, war, dass Trump den dynamischen Kern dieses autoritären Machtstrebens an einen anderen narzisstischen Milliardär weitergeben würde. Dass er nicht nur Elon Musks „Department of Government Efficiency“ einsetzen würde, um den öffentlichen Dienst anzugreifen, sondern seinem Team von externen Mitarbeitern einen Freibrief ausstellen würde, um die halbautonome (und potenziell lukrative) Kontrolle über Regierungsbehörden, Datenbanken und Zahlungssysteme zu übernehmen. Dass wir nur wenige Wochen nach der Amtseinführung

nicht nur über einen Putsch, sondern über einen Trump-Musk-Putsch sprechen würden.

Ich weiß nicht, warum Trump sich dazu entschlossen hat, ob es Bewunderung für das war, was Musk mit Twitter, Inc. gemacht hat, oder einfach Faulheit. Oder warum er sich bisher damit abgefunden hat, einen Stellvertreter zu haben, der ihm ständig die Show zu stehlen droht, ob Musk nun besticht oder erpresst oder einfach nur gut darin ist, Trumps zerbrechliches, zartes Ego zu streicheln. Ich weiß nicht, ob diese Allianz Monate oder Jahre halten wird oder ob sie nächste Woche zerbricht und was passiert, wenn sie endet.

Aber abgesehen von den Persönlichkeiten weist die Rolle der DOGE bei der Machtergreifung des neuen Regimes aus politischer Sicht auf zwei miteinander zusammenhängende Veränderungen im Trump-Projekt hin, die besondere Aufmerksamkeit verdienen:

Erstens: Während sich die Ideologie der MAGA-Bewegung am Rechtspopulismus orientiert, indem sie suprematistische Angriffe auf verschiedene unterdrückte Gruppen mit verzerrtem Anti-Elitismus verbindet, wird die DOGE von selbsternannten Neoreaktionären geleitet, deren Ideologie Eliten verherrlicht und populistische Appelle grundsätzlich ablehnt.

Zweitens: Während die erste Trump-Administration von einer instabilen Koalition konkurrierender kapitalistischer Interessen unterstützt wurde, scheinen jetzt Hochtechnologie-Kapitalisten, die der neoreaktionären Politik nahestehen, an der Spitze des Trump-freundlichen Wirtschaftsblocks zu stehen.

Diese Veränderungen haben dazu beigetragen, dass die zweite Trump-Präsidentschaft gefährlicher ist als die erste, aber sie weisen auch auf potenzielle Spaltungen und Konflikte innerhalb der Trump-Koalition hin - Schwachstellen, die uns helfen könnten, bessere und wirksamere Widerstandsstrategien zu entwickeln.

Die Liberalen und die Führer der Demokratischen Partei stellen diesen Widerstand als einen Kampf zur Verteidigung der Demokratie dar. Aber die US-Regierung war schon immer eine Oligarchie (um einen Begriff aus Joe Bidens Abschiedsrede zu übernehmen), in der eine winzige kapitalistische Elite die meiste politische Macht innehat und die Unterstützung der Massen für sich vereinnahmt und systemische Gewalt angewandt hat, um ihre eigenen Ziele zu erreichen - vom Völkermord an den indigenen Völkern Nordamerikas bis zum Völkermord an den Palästinensern. Gleichzeitig haben Generationen von sozialen Bewegungen in den USA echten politischen Raum und soziale Reformen erkämpft und gewonnen, die einige der schlimmsten Auswirkungen des Systems abgemildert haben. Die diktatorische Machtergreifung des Trump-Regimes bedroht diese Errungenschaften. Wenn es unkontrolliert bleibt, wird es massive menschliche Kosten verursachen, unterdrückte Gemeinschaften unverhältnismäßig hart treffen und den Raum für politische Aktivitäten, insbesondere für radikale Organisation, drastisch einschränken.

Die wütende Vision der Neo-Reaktion

Die Neoreaktion (nicht zu verwechseln mit dem Neokonservatismus) gibt es seit fast zwei Jahrzehnten, aber die meiste Zeit über schien sie ein unwahrscheinlicher Kandidat zu sein, um den Regierungsapparat auch nur

annähernd umzugestalten. Hier ist etwas von dem, was ich in „Ctrl-Alt-Delete“, meinem Bericht von 2017 über die Alt-Right, über die Bewegung geschrieben habe:

„Die Neoreaktion ist eine weitere rechtsextreme Strömung mit einer Vision des Autoritarismus in kleinem Maßstab, die im letzten Jahrzehnt online entstanden ist und sich mit der Alternativen Rechten überschneidet und diese beeinflusst hat. Wie die Alternative Rechte und ein Großteil der Manosphäre ist auch die Neoreaktion (oft als NRx abgekürzt und auch als Dunkle Aufklärung bekannt) eine lose vereinheitlichte Denkschule, die den Egalitarismus grundsätzlich ablehnt, argumentiert, dass Unterschiede in der menschlichen Intelligenz und den Fähigkeiten hauptsächlich genetisch bedingt sind, und glaubt, dass kulturelle und politische Eliten das Spektrum des akzeptablen Diskurses zu Unrecht einschränken. Der Blogger Curtis Yarvin (der unter dem Pseudonym Mencius Moldbug schreibt) artikulierte die neoreaktionäre Ideologie erstmals 2007, aber viele andere Autoren haben dazu beigetragen. Die Neoreaktion betont die Ordnung und die Wiederherstellung der sozialen Stabilität, die angeblich vor der Französischen Revolution herrschte, zusammen mit technokratischen und futuristischen Anliegen wie dem Transhumanismus, einer Bewegung, die hofft, den Menschen durch Technologie radikal zu „verbessern“....“

„Neoreaktionäre, die für ihre geheimnisvollen, wortreichen theoretischen Monologe bekannt sind, scheinen meist junge, computerorientierte Männer zu sein, und ihre Ideen haben sich zum Teil über die Tech-Startup-Szene verbreitet. Der PayPal-Mitbegründer und Trump-Unterstützer Peter Thiel hat einige neoreaktionär klingende Ideen geäußert....“

„[Im Gegensatz zu vielen Alt-Right-Anhängern] halten Neoreaktionäre alle normalen Menschen für völlig ungeeignet, politische Macht auszuüben - 'ein heulender, irrationaler Mob', wie der NRx-Theoretiker Nick Land sagte. Einige NRxer befürworten die Monarchie; andere wollen den Staat in ein Unternehmen mit Mitgliedern einer intellektuellen Elite als Aktionären umwandeln.“

Im selben Bericht stellte ich fest, dass Neoreaktionäre Donald Trump weniger wahrscheinlich unterstützen als Alt-Rightisten und dass sie das Engagement der meisten Alt-Rightisten für weißen Nationalismus und Antisemitismus teilen oder auch nicht, aber auch, dass viele Alt-Rightisten die Neoreaktion als „eine verwandte Bewegung betrachten, die viele positive Beiträge bietet.“ Der Alt-Rightist Gregory Hood (Kevin DeAnna) beschrieb die Neo-Reaktion, vielleicht in weiser Voraussicht, als „absolut zentral für das Verständnis... wie Macht funktioniert“. Ich kam jedoch zu dem Schluss, dass die Neoreaktion „zu esoterisch zu sein scheint, um selbst einen großen politischen Einfluss zu haben“. Mein Fehler.

In der Zwischenzeit ist die Alt-Right als bedeutende Kraft zusammengebrochen, doch die neoreaktionäre Ideologie und insbesondere die Ideen von Curtis Yarvin haben sich in der Tech-Welt und darüber hinaus weiter verbreitet, so dass James Pogue sie in einem Artikel der Vanity Fair von 2022 als „grundlegend für eine ganze politische und kulturelle Szene“ bezeichnete. Peter Thiel und andere Risikokapitalgeber wie David Sacks und Marc Andreessen haben den Aufstieg von NRx vorangetrieben. Vizepräsident JD Vance, ein ehemaliger Thiel-Mitarbeiter, dessen Kandidatur für den US-Senat im Jahr 2022 stark von Thiel finanziert wurde, hat Yarvin als politischen Einfluss genannt, und die beiden sind oder waren befreundet.

Viele von Yarvins Äußerungen im Laufe der Jahre lassen erahnen, was das Trump-Regime und insbesondere die DOGE getan haben. Aus dem Artikel von James Pogue aus dem Jahr 2022:

„Die Art und Weise, wie die Konservativen in Amerika tatsächlich gewinnen können, so Yarvin, besteht darin, dass eine Cäsar-ähnliche Figur die Macht von dieser degenerierten Oligarchie zurückerobert und sie durch ein monarchisches Regime ersetzt, das wie ein Start-up geführt wird. Bereits 2012 schlug er das Akronym RAGE - Retire All Government Employees - als Kurzform für einen ersten Schritt zum Sturz des amerikanischen „Regimes“ vor. Was wir brauchten, dachte Yarvin, war ein „nationaler CEO, [oder] was man einen Diktator nennt.““

Der Journalist Gil Duran stellt fest: „Elon Musks DOGE ist nur eine umbenannte Version von RAGE. Er fordert Massenentlassungen, sperrt Berufsangestellte aus ihren Büros aus, droht damit, ganze Abteilungen zu löschen, und übernimmt die totale Kontrolle über sensible Regierungssysteme und -programme.“

Duran zitiert weiter einen Aufsatz von Yarvin aus dem Jahr 2022, der eine „Schmetterlingsrevolution“ [eine Larve - die angeblich friedliche Insti-

rungskraft) auswählen. Dieser Prozess, der natürlich im Fernsehen übertragen werden muss, wird bis zu seiner Amtseinführung abgeschlossen sein, bei der der Übergang zum nächsten Regime sofort beginnen wird.

„Der von ihm ausgewählte CEO wird die Exekutive ohne jegliche Einmischung des Kongresses oder der Gerichte leiten und wahrscheinlich auch die Regierungen der Bundesstaaten und Kommunen übernehmen. Die meisten bestehenden wichtigen öffentlichen und privaten Einrichtungen werden geschlossen und durch neue, effiziente Systeme ersetzt. Trump wird die Leistung dieses Geschäftsführers - wieder im Fernsehen - überwachen und ihn bei Bedarf entlassen können.

Duran merkt an, dass JD Vance, der Tech-Unternehmer Balaji Srinivasan und das Projekt 2025 der Heritage Foundation ebenfalls eine systematische Säuberung und Demontage der Bundesbürokratie vorgeschlagen haben. Doch die spezifischen Ähnlichkeiten zwischen Yarvins Vorschlag und der Rolle der DOGE innerhalb des Trump-Regimes sind zu auffällig, um sie zu ignorieren. Zwar sind mir keine direkten Verbindungen zwischen Musk und Yarvin bekannt, aber mehrere der jungen Männer, die bei der DOGE arbeiten, haben entweder für Thiel gearbeitet oder neoreaktionäre Ansichten vertreten.



tution MAGA-Bewegung - ergreift die Regierung und verwandelt dann Amt in Macht um einen neuen Schmetterling, eine Diktatur nach Vorbild eines Konzerns, hervorzubringen] unter einer zweiten Trump-Regierung vorsieht: „Wir müssen ... einen vollständigen Neustart der USG [US-Regierung] riskieren. Das können wir nur, indem wir einer einzigen Organisation die absolute Souveränität übertragen - mit ungefähr den Befugnissen, die die alliierten Besatzungsbehörden in Japan und Deutschland im Herbst 1945 hatten.“ Wie Duran anmerkt, „stellt die Metapher des Zweiten Weltkriegs die Bundesregierung als einen besiegten Feind dar, der nun von einer äußeren Macht kontrolliert wird.“

Bei dieser „Revolution“ schlug Yarvin vor:

Trump selbst wird nicht das Gehirn sein ... Er wird nicht der CEO sein. Er wird der Vorstandsvorsitzende sein - er wird den CEO (eine erfahrene Füh-

Doch trotz ihres Einflusses auf das aktuelle Trump-Regime ist neoreaktionäre Politik keine MAGA-Politik, wie die Schlagzeile des Artikels von James Pogue in der Vanity Fair aus dem Jahr 2022 besagt. Der Hauptgrund dafür ist, dass die Neo-Reaktion nicht populistisch ist. Die Bewegung „Make America Great Again“, Trumps politische Basis, ist ein klassisches Beispiel für Rechtspopulismus, d. h. eine Bewegung, die Aufrufe zur Verschärfung der Unterdrückung mit verdrehten Formen des Anti-Elitismus verbindet. Bei der MAGA-Politik geht es darum, Privilegien zu verteidigen und diejenigen anzugreifen, die diese Privilegien von unten bedrohen. Aber sie nährt auch das Gefühl der Menschen, entmachtet zu werden, von ein paar Leuten an der Spitze unterdrückt zu werden, und den Glauben, dass die Mächtigen „Uns, das Volk“, verraten haben und ihrer Positionen enthoben werden müssen.

Neoreaktionäre hingegen glauben fest daran, dass die Eliten regieren sollten und „das Volk“ (Nick Lands „heulender irrationaler Mob“) nicht. Seit Trumps Eintritt in das Präsidentschaftsrennen 2016 zielte MAGA darauf ab, eine Massenbewegung zu mobilisieren, um das politische Establishment zu stürzen, sowohl das liberale als auch das konservative. Diese Initiative umfasste nicht nur Wahlkampagnen, sondern auch eine breit angelegte Organisation und physische Proteste, die in dem Angriff auf das US-Kapitol am 6. Januar 2021 gipfelten, in der Hoffnung, das Wahlergebnis von 2020 mit Gewalt zu kippen. Doch Neoreaktionäre lehnen die Idee eines Volksaufstandes ab. Wie Yarvin im Juni 2024 schrieb, „waren Charlottesville [die Unite the Right-Kundgebung 2017] und der 6. Januar die letzten lahmen Atemzüge dessen, was John Adams ‚Mobokratie‘ in Amerika nannte.“ Was Yarvin vorschwebte, war kein Volksaufstand, sondern vielmehr das System zu „hacken“, um es zu brechen.

Tech-Kapitalisten wenden sich Trump zu

Die neoreaktionäre Bewegung hat ihre Wurzeln im Computertechnologiesektor, und ihr wachsender Einfluss ist eng mit dem politischen Rechtsruck der Tech-Kapitalisten verbunden. Diese Entwicklungen haben das Verhältnis der Trump-Regierung zur Wirtschaft verändert.

Wie ich schon früher erörtert habe, war 2016 „Trumps Unterstützung innerhalb der großen Geschäftswelt für jeden Präsidenten und insbesondere für einen Republikaner ungewöhnlich begrenzt, zersplittert und instabil“. Wie ein Team von Analysten argumentierte, stammten seine kapitalistischen Unterstützer aus „mehreren Schichten von Investorenblöcken, die außer ihrer intensiven Abneigung gegen die bestehenden Formen der amerikanischen Regierung wenig gemeinsam haben.“ Zum Teil aus diesem Grund verfolgte Trumps Regierung eine Politik, die sowohl Befürworter als auch Gegner des Neoliberalismus ansprach, indem sie einerseits Umweltvorschriften und Steuern für Unternehmen und Wohlhabende abbaute, andererseits aber Einwanderung und Handel einschränkte. Trumps schwache und uneinheitliche Unterstützung durch das Kapital trug auch dazu bei, dass seine Regierung zwischen interventionistischen und antiinterventionistischen Ansätzen in der Außen- und Militärpolitik schwankte.

Diese Situation änderte sich 2024, als der ehemalige Demokrat Elon Musk fast 200 Millionen Dollar für Trumps Wiederwahl spendete und zu einem seiner engsten Berater wurde, während sich die führenden Vertreter der Hochtechnologiebranche als Block hinter Trump stellten. Die Vorstandsvorsitzenden Mark Zuckerberg (Meta), Jeff Bezos (Amazon), Sundar Pichai (Google und dessen Muttergesellschaft Alphabet) und Musk hatten bei Trumps Amtseinführung im Januar 2025 Ehrenplätze inne und symbolisierten damit die neue Rolle ihrer Branche im Zentrum der Trump-freundlichen Wirtschaftsfraktion.

Ebenfalls im Jahr 2024 wurden milliardenschwere Investoren in Kryptowährungen und in die Social-Media-Plattform TikTok zu Unterstützern von Trumps Wiederwahlkampagne, was dazu führte, dass Trump in diesen beiden Fragen von der Opposition zur Unterstützung überging.

Viele Menschen haben Erklärungen für diese Verschiebungen im Tech-Sektor zugunsten von Trump angeboten. Hier ist eine hilfreiche Zusammenfassung von Aaron Bartley:

„1. Die Techno-Feudalisten haben Milliarden in Kryptowährungen investiert, und ohne einen großen Schub von Seiten der Regierung und die Aufhebung aller Vorschriften wird ihr Geld verloren gehen. Krypto hat sich nicht so durchgesetzt, wie sie es erwartet haben, sowohl wegen der Vorschriften aus der Biden-Ära für spekulative Investitionen als auch, weil die Öffentlichkeit einfach nicht darauf steht. Sie brauchen den Staat, um den Übergang zur Kryptowährung zu managen.

2. Ebenso sind sie ernsthaft besorgt über die Billionen, die sie in KI [künstliche Intelligenz] investiert haben. Jegliche Regulierung oder Einschränkung durch den Staat wird als Totenglocke gesehen. Sie wissen, dass KI eine Spekulationsblase ausgelöst hat, und sie brauchen den Staat, um diese Blase durch Subventionen und Verträge zu steuern. Sie brauchen den Staat auch, um die USA aggressiv vor der chinesischen KI-Technologie zu schützen.

3. Sowohl Krypto als auch KI verbrennen die Erde. Der Strombedarf von KI und Kryptowährungen ist enorm. Sie brauchen eine vollständig deregulierte Energiewirtschaft und eine schnelle Abkehr von jeglicher Klimapolitik. Schon die Erwähnung des Klimawandels ist eine Bedrohung für ihr Vermögen.

4. China hat in allen Bereichen der Technologie schneller aufgeholt, als sie erwartet hatten. Sie brauchen ein ultra-protektionistisches/nationalistisches Regime, um die chinesische Technologie in Schach zu halten.“

Ein weiterer Faktor ist, dass neue Technologieunternehmen wie Anduril Industries und Palantir Technologies (beide von Peter Thiel finanziert) sowie Musks SpaceX den traditionellen Militärherstellern wie Lockheed Martin, Boeing und General Dynamics zunehmend Aufträge des Pentagon und des Heimatschutzes streitig machen. Der langjährige militärpolitische Analyst Michael Klare argumentiert, dass „ein neuer MIC [militärisch-industrieller Komplex] im Entstehen begriffen ist, der potenziell ganz andere Ziele und Profiteure haben wird als der bestehende“. Klare sieht eine wachsende Kluft „zwischen teuren bemannten Waffen, die von traditionellen Rüstungsunternehmen hergestellt werden, und erschwinglicheren unbemannten Systemen, die von Unternehmen wie Anduril, General Atomics und AeroVironment hergestellt werden“, was politische Konsequenzen für die Trump-Koalition haben wird: „Die meisten republikanischen Gesetzgeber, die in der Regel auf Spenden der alten MIC-Unternehmen angewiesen sind, um ihre Wahlkämpfe zu finanzieren, werden in einem solchen Konkurrenzkampf zwangsläufig die großen Hauptauftragnehmer unterstützen. Aber zwei von Trumps wichtigsten Beratern, J.D. Vance und Elon Musk, könnten ihn in die entgegengesetzte Richtung drängen.“

Schwachstellen

Musks DOGE steht an der Spitze von Trumps Bestreben, die Befugnisse des Präsidenten auszuweiten und den Grundsatz der gegenseitigen Kontrolle, der seit der Gründung der USA ein Eckpfeiler der [gewaltenteiligen, republikanischen und förderativen] Regierungsform ist, auszuhebeln. Die Initiative zielt darauf ab, den Verwaltungsstaat drastisch zu verkleinern und ihn zu einem politischen Instrument des Präsidenten umzugestalten. Gleichzeitig werden umfangreiche Kernfunktionen des Staates unter die Kontrolle eines im Wesentlichen privaten Gremiums gestellt, das in der

Lage ist, diese regelrecht zu plündern und praktisch niemandem Rechenschaft schuldig ist - außer höchstens Trump selbst. Das autoritäre Machtstreben des Regimes hat bereits verheerende Auswirkungen auf den Lebensunterhalt der Menschen, die Gesundheitsversorgung, die sozialen Dienste und darüber hinaus. Unabhängig davon, ob die Gerichte vor diesem Angriff kapitulieren oder versuchen, ihn mit ungewissem Ausgang zu blockieren, wird ein Teil der Auswirkungen auf den Staat wahrscheinlich unumkehrbar sein.

Gleichzeitig helfen uns die Aktivitäten der DOGE, mehrere potenzielle Schwachstellen innerhalb des Trump-Regimes zu erkennen. Trump und Musk könnten sich zerstreiten, mit dem Ergebnis, dass Musk entweder gefeuert wird oder es zu einem sehr chaotischen Kampf um die Macht kommt. Die DOGE könnte durch Rücksichtslosigkeit, Inkompetenz und Hybris zu weit gehen, wodurch sie ihre Anhänger verprellt und eine stärkere Gegenwehr seitens der Gerichte, der Demokraten, der Republikaner oder anderer Teile des Regimes selbst provoziert. So haben wir in letzter Zeit erlebt, dass republikanische Kongressmitglieder die DOGE kritisiert haben und dass von Trump ernannte Leiter wichtiger Behörden Anweisungen des von der DOGE kontrollierten Office of Personnel Management widerrufen haben. Der neue Status der Tech-Kapitalisten als Trump-Favoriten kann einen größeren Zusammenhalt innerhalb des Regimes in Bezug auf Wirtschaftspolitik und Geostrategie fördern, aber er könnte auch andere mächtige Teile der Geschäftswelt entfremden, sei es in Bezug auf den Wettbewerb um Aufträge, wie Michael Klare darlegte, oder in Bezug auf andere Themen.

Der neoreaktionäre Elitismus könnte auch mit dem MAGA-Populismus kollidieren, zumal die realen Auswirkungen des Abbaus von Bundesbehörden und der Vorenthaltung von Finanzmitteln zunehmend spürbar werden. Schon vor der Amtseinführung geriet Musk wegen des H-1B-Visaprogramms [Visaprogramm für Fachkräfte] öffentlich mit den MAGA-Vertretern Steve Bannon und Laura Loomer aneinander. Und während einige Antifaschisten davon ausgehen, dass die Tech-Kapitalisten jeden solchen Kampf gewinnen werden, bin ich mir da nicht so sicher. Es gibt Teile der MAGA-Bewegung, allen voran das riesige Netzwerk der Neupostolischen Reformation [christlich-fundamentalistische Strömung, die die Überlegenheit des Christentums und der Christen propagiert], deren ideologisches Engagement tiefer geht als die Loyalität zu Trump, und die über umfangreiche finanzielle und mediale Ressourcen verfügen, die völlig unabhängig vom Silicon Valley sind.

Ich kann aus all dem noch keine spezifischen strategischen Schlussfolgerungen ziehen, aber alle Bruchlinien innerhalb der Trump-Koalition verdienen große Aufmerksamkeit. Sie widersprechen dem Bild der Einigkeit und Allmacht, das das Regime vermitteln will, und sie können uns Chancen eröffnen, die wir nutzen können.

Bei der Suche nach Möglichkeiten, das Trump-Regime zu bekämpfen, wäre es jedoch ein schwerer Fehler, sich auf die Demokratische Partei zu stützen. Wie ich kürzlich geschrieben habe:

Seit den späten 1970er Jahren haben die Demokraten gemeinsam mit den Republikanern dazu beigetragen, den Neoliberalismus zur vorherrschenden Form kapitalistischer Herrschaft zu machen, den repressiven Staatsapparat auszubauen und den militärischen Interventionismus zu stärken

- eine Politik, die in gewisser Weise den Grundstein für den Trumpismus legte und in anderer Hinsicht eine rechtspopulistische Gegenreaktion anheizte, von der Trump profitiert hat.

Während die Führungsrolle der Republikanischen Partei bei der Ausweitung der staatlichen Repression (z. B. Verabschiedung des Patriot Act und Genehmigung der Folter) mehr Aufmerksamkeit erregt hat, haben auch die Demokraten eine aktive Rolle gespielt - von Bill Clintons Antiterrorismus- und Effektivitätsgesetz (das die Rechte von Angeklagten und die Beschränkungen für Abhörmaßnahmen schwächte) bis hin zum gefährlichen Einsatz von Anklagen wegen „auführerischer Verschwörung“ gegen Rechtsextreme durch die Biden-Regierung (eine Taktik, die unweigerlich die Repression gegen die Linke anheizt). Dazwischen überwachte Barack Obama den 100 Milliarden Dollar teuren Aufbau des „mächtigsten Überwachungsstaates, den die Welt je gesehen hat“, und als Geschenk an den designierten Präsidenten Donald Trump unterzeichnete Obama nur wenige Tage vor seinem Ausscheiden aus dem Amt eine Durchführungsverordnung, die es „den Geheimdiensten der Nation erleichtert, ungefilterte [Überwachungs-]Informationen über unschuldige Menschen weiterzugeben“. Auf staatlicher und lokaler Ebene haben die Demokraten aktiv Maßnahmen zur Unterdrückung von Solidaritätsprotesten mit Palästina gegen den von den USA unterstützten Völkermord in Gaza gefördert. Anders als die Trump-Administration und das DOGE stellte keine dieser Initiativen einen Systemwechsel dar oder zielte auf den Verwaltungsstaat ab - sie richteten sich vor allem gegen Radikale, Ausländer, arme Menschen und andere Subversive.

Auch wenn die kollektive Umarmung von Trump durch die Tech-Kapitalisten eine neue und gefährliche Entwicklung ist, haben die Demokraten ihren Einfluss in Washington mit aufgebaut. Die Umstellung auf unbemannte Waffensysteme (die den Technologieunternehmen geholfen hat, mehr Militäraufträge zu erhalten) hat ihre Wurzeln in der Obama-Regierung, die den Einsatz von Drohnen zur Durchführung von Attentaten erheblich ausgeweitet hat, was Hunderte von Zivilisten das Leben gekostet hat. Und angesichts des massiven Ausbaus der Überwachungsinfrastruktur durch die Obama-Regierung (einschließlich Spionagesatelliten, Supercomputern, Abhörstationen, Glasfaserkabeln usw.) ist es keine Überraschung, dass Internet-, Telekommunikations-, Software- und andere computerbezogene Unternehmen Obama gegenüber den Republikanern bevorzugten. Diese Erkenntnis stammt aus einer Studie über Unternehmensbeiträge im Präsidentschaftswahlkampf 2012, die zu dem Schluss kam, dass „nationale demokratische Führer politisch mit vielen der Branchen verbündet sind, die eng mit dem neuen nationalen Überwachungsstaat verbunden sind“.

All dies bedeutet nicht, dass wir alle Beispiele kapitalistischer politischer Einflussnahme gleich behandeln oder die unmittelbare, überwiegende Bedrohung ignorieren sollten, die die Trump-Administration für uns alle darstellt. Vielmehr unterstreicht es die dringende Notwendigkeit, eine breite, von der Demokratischen Partei unabhängige Widerstandsbewegung aufzubauen, in der radikale und antikapitalistische Stimmen nicht zum Schweigen gebracht werden.

Die aktuellen Geschehnisse in der Türkei aus einer antiautoritären Perspektive

Hintergrund

Im vergangenen Jahrhundert hat sich in der Republik Türkei nicht viel geändert. Sie wurde auf Grundlage des Völkermords an den Armenier*innen der Region mit einem nationalistischen, gewaltvollen Anstrich gegründet. Für Nicht-Muslim*innen, Kurd*innen, Alevit*innen und Frauen, also Personengruppen, die nicht die Mehrheit und die Macht in ihren Händen hielten, waren der Staat und die von ihm erfolgreich aufgebaute Gesellschaft stets eine Quelle der Unterdrückung.

Mit der Diktatur von Erdoğan ab 2002 bekam auch die Mehrheitsgesellschaft die Folgen von Unterdrückung, Armut, Gewalt und hohen Mieten zu spüren. Nach zunehmenden Verboten setzten sich 2013 Millionen von Menschen in den Gezi-Park-Unruhen, die in Städten im ganzen Land stattfanden, für ihre Freiheiten ein. Der monatelange Widerstand endete mit landesweiter Polizeigewalt, bei der acht junge Menschen zwischen 15 und 22 Jahren getötet und Tausende inhaftiert wurden. Der türkische Staat, der sich 2013 in einen vollständigen Polizeistaat verwandelt hatte, begann nach dem fiktiven Putschversuch von 2016 mit dem von der Regierung ausgerufenen Ausnahmezustand mit absolutem Autoritarismus zu regieren. Seit 2021 eskaliert die Wirtschaftskrise, so dass mittlerweile 60 % der Bevölkerung unterhalb der Hungergrenze leben.

Millionen, die Jahr für Jahr ins Elend getrieben werden, glaubten bei jeder Wahl, dass sich die Regierung und diese Situation ändern würden, aber Erdoğan, der die Medien und die Justiz unter seinem Kommando hat, hat dies durch Angst und Manipulation nie zugelassen. In der Zwischenzeit hat er, um zu verhindern, dass unterdrückte Gruppen zusammenkommen, einen tiefen Hass in der Gesellschaft geschürt, indem er jeden Tag eine neue Gemeinschaft als Terrorist-Feind-Ausländer-Agent abstempelt: Kurd*innen, Alevit*innen, Studierende, Gewerkschafter*innen, Anwält*innen, Journalist*innen, Akademiker*innen. Während diese Menschen aufgrund von Terrorismusvorwürfen durch staatliche Gerichte inhaftiert werden, fallen diejenigen, die noch draußen sind, auf die Lüge herein, dass die Inhaftierten Terrorist*innen seien. „Terror“ ist für Erdoğan zu einem Zauberwort geworden, um seine Macht zu erhalten, während Menschen, die die Autorität in Frage stellen, im Gefängnis, im Exil oder im Tod enden. Dies hat eine zombiartige Gesellschaft erschaffen, gefüllt mit

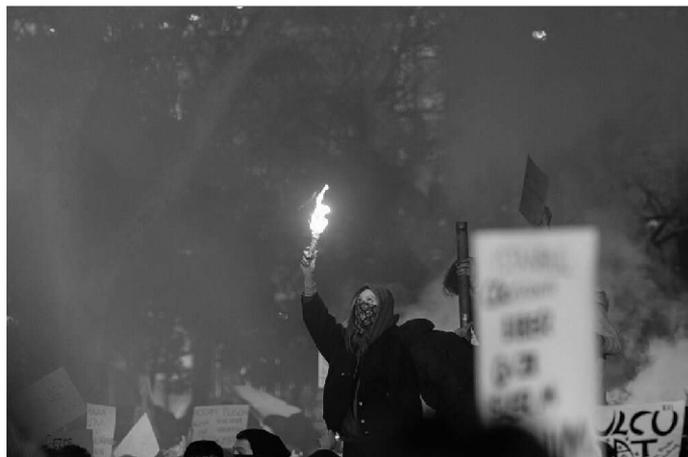
Individuen, die Tag für Tag ihre Macht verlieren und politisch, wirtschaftlich und moralisch zusammenbrechen.

Vor diesem Hintergrund wird der derzeitige Aufstand von jungen Menschen organisiert, die noch nie in ihrem Leben einen Massenaufstand erlebt haben, die aber auf die Straße gegangen sind und sagen: „Nichts ist schlimmer, als so zu leben“. Millionen von Jugendlichen, die mit der Lehre aufgewachsen sind, dass die früheren Rebellierenden Terrorist*innen gewesen seien und dass der Staat und die Polizei zum Schutz der Bevölkerung existieren, sehen sich nun einer anderen Realität gegenüber. Schauen wir uns diese Aktionen nun genauer an:

Auf dem Weg zum „Putsch“ vom 19. März

Am Morgen des 19. März 2025 verhafteten Hunderte von Polizeibeamten Ekrem İmamoğlu, „den Bürgermeister von Istanbul, von dem angenommen wird, dass er bei den nächsten Wahlen als Präsidentschaftskandidat antritt und Erdoğan besiegen will“, in seinem Haus unter dem Vorwurf des Terrorismus und der Korruption. Während der Vorfall in der Türkei und in der ganzen Welt große Beachtung fand, war İmamoğlu nicht der erste Großstadtbürgermeister in der Türkei, der von der Justiz entlassen und verhaftet wurde. Seit 2016 wurden viele gewählte Bürgermeister aus kurdischen Städten in ähnlichen Vorgängen entlassen, verhaftet und durch einen Regierungsbeamten ersetzt. Die Tatsache, dass diese kurdischen Bürgermeister wegen erfundener Terrorismusdelikte angeklagt wurden, hat die türkische Öffentlichkeit dazu verleitet, dies als legitim zu akzeptieren und keinen Einspruch zu erheben. Das Schweigen gegen diese Ungerechtigkeit in den kurdischen Städten ermächtigte Erdoğan, dasselbe mit anderen Bürgermeistern der CHP (der größten Partei nach Erdogans Partei, der nationalistischen Mitte-Links-Partei) zu tun und bereitete den Boden für diesen „Putsch“ am 19. März. Die Verhaftung eines sehr beliebten, politisch einflussreichen, wohlhabenden, türkischen, sunnitischen und privilegierten Mannes unter dem Vorwurf des Terrorismus, weil er sich Erdoğan widersetzt hat, hat große Empörung und Schock ausgelöst. Es wurde klar: Die Ehre, ein*e Terrorist*in zu sein, könnte nun nicht nur Randgruppen zuteil werden, sondern jeder*m, wo sich nicht auf die Seite von Erdoğan stellt.

Da die gesellschaftliche Opposition mit jedem Jahr mehr zusammengebrochen ist, geraten Menschen, die aus Respekt vor dem Staat, den Medien und den Gerichten bisher geschwiegen haben, nun selbst ins Fadenkreuz. Tausende von Jugendlichen der Generation Z, die unter Armut, Verboten und Unterdrückung das Träumen verlernt haben und noch nicht zu Terroristen erklärt worden sind, wachen plötzlich auf oder bekommen einen Wutausbruch und gehen am 19. März in vielen Städten der Türkei auf die Straße, um zu protestieren. Obwohl es schwierig ist zu sagen, dass es sich bei den Demonstrant*innen um eine homogene Gruppe handelt, fällt auf, dass die Mehrheit von ihnen junge Menschen sind, die aus den oben beschriebenen Gründen keine Erfahrung mit Protesten haben. Junge Menschen, die nicht in der Lage waren, aus der von der Regierung geschaffenen Angstblase herauszukommen, die dem sehr intensiven Social



Engineering des türkischen Staates durch Institutionen wie Bildung, Medien, Familie usw. ausgesetzt waren, die aber jetzt aus Verzweiflung nicht mehr atmen können und Veränderungen wollen. Obwohl die Verhaftung von Ekrem İmamoğlu der Auslöser für diese jungen Menschen war, auf die Straße zu gehen, haben sie begonnen, ihre Wut und ihre Forderungen zu vielen Themen zum Ausdruck zu bringen, indem sie sagen: „Es geht nicht nur um İmamoğlu, habt ihr das noch nicht verstanden?“

Begegnung mit dem Staat und Überwindung der Mauer der Angst

Wie bei fast allen anderen Versammlungen in der Türkei werden auch diese Proteste von der Polizei mit massiver Gewalt beantwortet. Zum ersten Mal treffen die Demonstrant*innen auf eine Polizei, die nicht nur die Menge zerstreut, sondern auch jede*n Anwesende*n zur Rechenschaft ziehen will, die sich für befugt hält, ohne Justiz zu bestrafen, die einen persönlichen, sogar sadistischen Hass auf die «rücksichtslosen und arroganten» Demonstrant*innen hegt und die sicher ist, dass sie für ihre Gewalt nicht zur Rechenschaft gezogen wird. Die Demonstrant*innen, die die Polizei bis jetzt als einen Beruf wie den des Lehrers, des Krankenpflegers oder der Ingenieurin wahrgenommen hatten, waren sich nicht bewusst, dass



die Polizei durch die Jagd auf „ehemalige Terroristen“ von Jahr zu Jahr mächtiger und monströser geworden ist. Tausende von Jugendlichen, die zum ersten Mal sahen, wie Recht gegen sie angewandt wird, wurden von der Polizei, die in einer Nacht eine unglaubliche Menge an Tränengas, Pfefferspray, Gummigeschossen und Wasserwerfern einsetzte, schwer verprügelt. Angesichts dieses massiven Angriffs wussten die meisten dieser Jugendlichen nicht, wie sie sich in einem solchen Umfeld schützen, wie sie füreinander sorgen und sich organisieren sollten. Für einige von ihnen bedeutete die Reaktion der Polizei, sich als „Verräter*in“ oder Terrorist*in zu verstehen, so dass sie erstarrten. Eine größere Zahl aber glaubte, nichts zu verlieren zu haben und begann, die Legitimität der Polizei zu hinterfragen. Als sie einmal die Gelegenheit hatten, ihrer Wut Ausdruck zu verleihen, bedeckten sie ihre Gesichter und warfen alles, was sie konnten, auf die Polizei. Sie schickten die Gaskanister, mit denen sie beworfen wurden, zurück zur Polizei, sie tanzten unter den Wasserwerfern, anstatt vor ihnen wegzulaufen. Sie entdeckten, dass die Macht und Legitimität der Polizei etwas ist, das man überwinden kann. Sie schienen weder einen strategischen Plan zu haben, wohin dieser Protest gehen sollte, noch ein gut durchdachtes politisches Bewusstsein. Aber die Nacht war geprägt von Wut und dem Gefühl, endlich einmal gehört zu werden, und das war an sich schon hochpolitisch. Die Nacht endete mit zahlreichen Verletzungen und Festnahmen.

Es war das erste Mal seit 2013, dass es einen so massiven Protest gab, mit stundenlangem Widerstand gegen die Polizei. Obwohl kein Fernsehsender darüber berichtete, verfolgten viele Menschen die Proteste in den sozialen Medien. Die Mauer der Angst wurde für viele Menschen durch-

brochen, die erkannten, dass es möglich ist, sich zu wehren, sich gegen den Staat aufzulehnen, zu rebellieren. Am nächsten Tag gingen immer mehr Menschen in weiteren Städten der Türkei auf die Straße, um zu protestieren. Gleichzeitig drosselte der türkische Staat landesweit die Internet-Bandbreite, so dass es Minuten dauerte, ein zehnhundertkündiges Video ins Internet zu stellen. Von „ehemaligen“ Demonstrant*innen, die die Proteste sowohl vor Ort als auch online unterstützten, erfuhr man, dass dieses Problem mit einem VPN überwunden werden kann. Diesmal blockierte Erdoğan über Elon Musk den Zugang zu etwa 200 X-Konten von Journalist*innen, juristischen Vereinigungen, Medienkollektiven und politischen Parteien. Am selben Tag verbot der Oberste Rundfunk- und Fernsehrat Live-Übertragungen auf Fernsehkanälen. Obwohl es keinen direkten Zusammenhang mit den Protesten gibt, wurde am selben Tag der Vorstand der Istanbuler Anwaltskammer, der als Erdoğan-Gegner bekannt ist, per Gerichtsbeschluss suspendiert.

In der Zwischenzeit wurden viele Anwalt*innen aus verschiedenen Städten, die die Fälle der inhaftierten Demonstrant*innen verfolgen wollten, auf Polizeistationen und in Gerichtsgebäuden festgehalten. Die Zahl der Festgenommenen nahm ständig zu, und gegen einige von ihnen wurden Haftbefehle oder Hausarreste erlassen. Der Bürgermeister Ekrem İmamoğlu, der am Vortag verhaftet worden war, und etwa hundert weitere

Demonstrant*innen wurden noch immer auf der Polizeiwache verhört. All diese Repressionen und Ängste hielten die Menschen nicht davon ab, auf die Straße zu gehen, sondern verstärkten die Proteste noch. Während der Proteste wurden Abgeordnete, die das Mikrofon in die Hand nahmen und Reden zugunsten der Wahlen und des Gesetzes hielten, ausgebuht. Die Jugendlichen drängten die Abgeordneten, sie „auf die Straße und nicht an die Wahlurnen zu rufen“, und das wurde erwidert. Dieser Moment war eine weitere Schwelle, denn der „Aufruf zur Straße“ war in der von Erdoğan geschaffenen Rechts- und Gesellschaftsordnung seit Jahren als illegitim anerkannt. Es war für alle sehr überraschend, dass „legale“ politische Abgeordnete dies wagten. Es war, als ob Tausende von Menschen, einer nach dem anderen, die unsichtbare Mauer überquerten, von der die ganze Gesellschaft nicht wusste, ob sie wirklich existierte oder nicht, aber niemand hatte es gewagt, sie zu überschreiten. In diesem Neuland schauten sie sich verwirrt um und fragten sich, was mit ihnen geschehen würde. Die Strategie des türkischen Staates

Viele traditionelle Akteure der gesellschaftlichen Opposition in der Türkei riefen zu diesen Protesten auf, verurteilten die Verhaftung von İmamoğlu, unterstützten die gerechten Forderungen der Jugendlichen nach Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit und setzten sich gegen Polizeigewalt und Verbote zur Wehr. Im Gegensatz dazu beschränkte die kurdische politische Bewegung (DEM-Partei), einer der stärksten traditionellen Akteure der Straßenopposition, ihre Unterstützung auf führende Parteifunktionäre. Lediglich Parteivorstände statteten dem Protestort einen symbolischen Besuch ab und gaben eine Erklärung ab, in der sie die Verhaftung von İmamoğlu als Staatsstreich bezeichneten. Die Unterstützung



als auch auf die Protestqualität, die sie mit sich bringen würde, ist Erdoğan's Albtraum, der ihn zu Fall bringen könnte. Die Zukunft des gerechten Zorns, der aus den Protesten hervorging, seine Nachhaltigkeit, wohin er sich richten wird und ob er die Macht bedrohen wird, hängt von seinem intersektionalen Charakter ab. Wie oben ausführlich dargelegt, hat Erdoğan seine derzeitige absolute Autorität dank der repressiven Politik mit Fokus auf marginalisierte Gruppen erreicht. Es besteht kein Zweifel daran, dass, wenn sich alle Unterdrückten in diesen Pro-

der DEM-Partei für einen so großen und weit verbreiteten Aufstand, bei dem „normale Bürger“ zum ersten Mal seit Jahren protestieren konnten, hätte das Schicksal des Landes verändern und Erdoğan in eine schwierige Lage bringen können als je zuvor. Im Nachhinein ist es nicht schwer zu erraten, was in den letzten Wochen hinter Erdoğan's Wunsch stand, einen Friedensprozess mit der PKK einzuleiten. Die Frage, warum die DEM-Partei eine solche Haltung eingenommen hat, ist jedoch komplexer und wird von der Geschichte beantwortet werden müssen. Ich werde deswegen nun eher über die Ergebnisse als über die Gründe sprechen, denn die Distanzierung der DEM-Partei hatte zwei wichtige Konsequenzen. Erstens wurde Erdoğan sowohl auf der Straße als auch in der politischen Arena von dieser Bedrohung befreit, die ihm seine Arbeit sehr schwer machen und seine Macht spalten konnte. Der Mangel an Erfahrung, Widerstandsfähigkeit, organisatorischen Fähigkeiten und Unverfrorenheit der DEM-Partei, der kurdischen Jugend, bei den Protesten war im Vergleich zu den Gezi-Park-Krawallen deutlich zu spüren. Ich denke, wenn Erdoğan und seine Polizei diesen Prozess gewollt hätten, dann hätte er ihn genutzt, um die Kurd*innen von diesen Protesten fernzuhalten. Das zweite der Ergebnisse erklärt dies besser: Die Abwesenheit der Kurd*innen als Kollektiv in diesem Raum gab der nationalistischen und etatistischen Tendenz, die unter den Demonstrant*innen bereits ziemlich stark war, mehr Raum. Abgesehen von dem Argument, dass dies sowohl eine Ursache als auch eine Folge der Abwesenheit der DEM-Partei ist, sollte angemerkt werden, dass diese Menge, die in Bezug auf die nationale Identität uniformiert war, dazu neigte, auch in anderen Fragen uniformiert zu sein, was dazu führte, dass diejenigen unter den Demonstrant*innen, die mit einem intersektionalen Ansatz kämpften, wie Kurd*innen, Feminist*innen, LGBTI+, Sozialist*innen, Anarchis, Tierschützende usw., in den Protesten noch „prominenter“ wurden und zu Recht zögerten, mit ihren Identitäten sichtbar zu sein, zum Beispiel die Regenbogenflagge zu entrollen, um ihre Sicherheit zu gewährleisten. In den meisten Städten fühlten sich LGBTI+-Menschen nicht sicher, wenn sie gemeinsam zu den Protesten kamen, und sie konnten auch nicht verstehen, mit wem sie sich bei einem individuellen queeren Protest sicher fühlen würden. Wenn Erdoğan und seine Polizei einen zweiten Wunsch äußern könnte, würden sie sich definitiv wünschen, dass aus diesen Protesten kein intersektionaler Kampf entsteht. Denn Intersektionalität, sowohl in Bezug auf die Personenanzahl

testen zusammenschließen würden, alle Unterdrückten gewinnen und ihre gemeinsamen größten Feinde besiegen würden. Bei dem Aufstand, der seit dem 19. März stattfindet, muss ich leider sagen, dass Erdoğan und die Polizei Glück gehabt haben und zwei seiner sehnlichsten Wünsche in Erfüllung gegangen sind.

Was jetzt geschieht: ein breiter Widerstand gegen eine sehr intensive Repression

Auch heute, am 27. März, gehen die Proteste mit dem oben erwähnten Charakter weiter. In der vergangenen Woche haben Queers, Feministinnen, Anarchis, Sozialist*innen... bedeutende Fortschritte gemacht, um sichtbar zu werden und den Protesten einen revolutionären Charakter zu verleihen. Gleichzeitig löste der Start einer massiven Boykottkampagne gegen viele Unternehmen, die als Staatskapital bezeichnet werden können, eine große Panik aus. Die Tatsache, dass hochrangige Ministerialbeamte in den boykottierten Cafés posierten und für Produkte dieser Unternehmen warben, bewies einmal mehr, dass wir uns offiziell im Krieg befinden: Die kriminelle Organisation und das Kapital der türkischen Republik hatten all jenen den Krieg erklärt, die sie als Bedrohung ansahen. Offenbar geht es ihnen in diesem Krieg nicht darum, jemanden zu verhaften, sondern Daten darüber zu sammeln, wer an der gegnerischen Front steht. Nicht umsonst sagte die Polizei, die gestern die Demonstration an den Universitäten umstellte, dass sie die Demonstrierenden freilassen würde, wenn sie ihre Masken abnehmen. Andererseits empfanden diejenigen, die seit Jahren auf der Straße sind, die in den sozialen Medien geposteten Anleitungen zum Schutz persönlicher Daten als lebensrettend. Während Erdoğan's Professoren an den Universitäten inzwischen Anwesenheitslisten mit der Polizei austauschen, um Studierende zu kennzeichnen, die den Vorlesungen fernbleiben, wurden viele Professor*innen, die den Aufruf zum akademischen Boykott unterstützt haben, bereits von ihren Posten suspendiert. Obwohl ich gesagt habe, dass Verhaftungen keine Priorität haben, sind die Gefängnisse in der Umgebung von Istanbul voll ausgelastet, und es wird erwartet, dass neue Gefangene in Gefängnisse in den Nachbarstädten gebracht werden. Die Verhaftung von Dutzenden von Personen wegen des Verstoßes gegen das Versammlungs- und Demonstrationsgesetz, ein Verstoß, der in den vergangenen

Jahren nicht ernst genommen wurde, weil die Betroffenen nicht einmal eine Geldstrafe erhielten, ist sehr überraschend und für diejenigen, die die tatsächliche Funktion des Gesetzes kennen, durchaus zu erwarten. Die Notwendigkeit, sich auf die Seite des Steins zu stellen und nicht auf die Seite derjenigen, die Steine auf die Polizei werfen

Wir sind an einem Punkt angelangt, an dem wieder einmal deutlich wird, wie sehr wir in dem Verständnis gefangen sind, dass uns das klassische Strafrecht und die Politik gelehrt haben: Nämlich, dass wir uns auf die Seite eines der Konfliktparteien stellen sollten oder dass der Status von Opfer und Täter zwei Personen/Identitäten sein sollten, die streng voneinander getrennt sind. Es ist beeindruckend zu beobachten, wie die 16- bis 24-jährigen Demonstrierenden bereit sind, Kurd*innen oder Queers zu tyrannisieren und aus Protesten hinauszuerwerfen. Mit ihrer obligatorischen Erziehung, die sie von Erdoğan's Schule, Medien und Familie erhalten haben, sind sie gleichzeitig Täter und Opfer. Wenn seit dem 19. März als Opfer des Staates in diesem Aufstand mehr als 2000 Menschen in Gewahrsam genommen wurden, Tausende von Menschen – zum Teil lebensgefährlich – verletzt wurden, Dutzende von Menschen bereits zu Haftstrafen verurteilt wurden, unzählige Menschen aus ihren Familien, Universitäten, Arbeitsplätzen vertrieben und in den Geheimdiensten als Terrorist*innen abgestempelt wurden, dann liegt das auch an der Macht, die sie durch ihr Auftreten verloren haben. Wenn der Staat sowohl die „neuen“ als auch die alten Terrorist*innen angreift, ist die Unterscheidung zwischen beiden für den Staat nicht von Bedeutung, und diese Unterscheidung manifestiert sich erst in diesem Aufstand, der das Potenzial hat, die Unterdrückten zusammenzubringen. Ich stelle fest, dass diese Falle auch unter den „Ex-Terrorist*innen“ erkannt wurde und dass ein bedeutender Teil der kurdischen politischen Parteien, insbesondere der kurdischen politischen Partei, die ihr Leben lang gegen den Staat gekämpft hat, gleichgültig gegenüber der Gewalt des Staates und den berechtigten Forderungen der Protestierenden geblieben ist. Ich interpretiere die Ignoranz und das Schweigen der antifaschistischen Bewegung in der Schweiz und in Europa als Folge davon. Ich fühle mich daher verpflichtet, anderen Widerstandskämpfer*innen auf der ganzen Welt zu erklären, was in diesem Aufstand geschieht, denn es ist nur möglich zu erklären, dass der aktuelle Aufstand trotz seiner Komplexität internationale Unterstützung und Solidarität verdient, ohne in die Falle der Parteinahme zu tappen, die in der Türkei zu verschwinden droht, und mit einer absolut antiautoritären Einstellung. Es ist möglich, diesen Aufstand zu unterstützen, ohne das Opfer zu beschuldigen, von der Polizei gefoltert worden zu sein, weil es protestiert hat, und ohne den Täter zu beschönigen, weil er die kurdische Fahne blockieren wollte.

Wohin mit einem so umstrittenen Aufstand?

Dieser Aufstand in der Türkei verdient es, unterstützt zu werden, weil die Protestierenden nicht nur der nationalistischen/apolitischen Generation Z angehören. Viele Queers, Kurd*innen, Anarchist*innen, Sozialist*innen, Antispeziesist*innen, Feminist*innen, intersektional Kämpfenden... sprechen sich heute wie schon seit Jahren gegen Ungerechtigkeit aus und leisten Widerstand gegen den türkischen Staat auf der Straße. Trotz ihrer Angst vor der Mehrheit der Demonstrierenden haben sie sich entschieden, auf die Straße zu gehen. Sie sind diejenigen, die die Hauptlast der staatlichen Gewalt abbekommen. Die Komplexität dieses Aufstandes bedeutet, dass sie mehr denn je Unterstützung brauchen. Es ist wichtig, dass die Aufständischen unterstützt werden, damit sie mit Gewinnen oder

zumindest mit weniger Schaden aus diesem Aufstand hervorgehen können. Der Aufstand in der Türkei verdient es, unterstützt zu werden, weil die einzelnen Demonstrierenden, auch wenn sie konterrevolutionäre Ideen hegen, in dem, wogegen sie sich auflehnen, gerechtfertigt sind. Das macht die Legitimität eines Aufstandes aus: Die Organe und die Politik des türkischen Staates, symbolisiert durch Erdoğan, werden angegriffen. Es spielt keine Rolle, dass die Mehrheit der Demonstrierenden will, dass der Diktator Erdoğan geht und durch den Nationalisten Imamoğlu ersetzt wird. Heute können wir Schulter an Schulter für den Sturz von Erdoğan kämpfen und morgen können wir uns für die Ablösung von Imamoğlu einsetzen. Wenn wir die größte bestehende Macht zerstören, werden wir dafür kämpfen, die zweitgrößte Macht zu zerstören, und dann die dritte, bis es keine andere Macht mehr über uns gibt. Diese anarchistische Sichtweise erfordert die Unterstützung aller Bedrohungen für Erdoğan, seinen Staat, seine Polizei, seine Justiz. Die Kritik an diesen Protesten sollte nicht dazu dienen, diesen Aufstand zu isolieren, sondern die Möglichkeit seines erfolgreichen Abschlusses zu diskutieren.

Dieser Aufstand in der Türkei verdient es, unterstützt zu werden, denn ein Diktator nutzt die gesamte Macht und die Ressourcen des türkischen Staates, um Menschen zu massakrieren, die sie nicht haben – unabhängig davon, wer sie sind. Nicht nur die Aufständischen, sondern auch ihre Anwält*innen, die Journis, die die Folter dokumentieren, die Gewerkschaften, die zum Streik aufrufen, die Ärzt*innen, die die Verwundeten behandeln, diejenigen, die sich zu den Protesten äußern, diejenigen, die ihre Türen für die Betroffenen des Gases öffnen, jede*r, wo nicht absolute Gefolgschaft leistet, wird jetzt bestraft. In der Türkei des Jahres 2025, in der der Staat alle privaten und öffentlichen Lebensbereiche kontrolliert und jede potenzielle Unterstützung neutralisiert wurde, wird, wer Erdogans Autorität in Frage stellt, in ein verschlossenes Gebäude gesperrt, um verurteilt zu werden, falls die Person diesen Aufstand überlebt. Dies könnte die erste, einzige und letzte Chance seit Jahren sein, etwas zu unternehmen, um Erdoğan von der Macht zu entfernen. Deshalb ist jede Unterstützung für diesen Aufstand oder jeder Angriff auf sein Ziel, den türkischen Staat, von entscheidender Bedeutung. Dieser Aufstand in der Türkei verdient es, unterstützt zu werden, denn der erste Halt für Frauen, Kurd*innen, Alevit*innen, Queers, Arme, Jugendliche, Immigrant*innen, „Ex-Terrorist*innen“, die nicht die Mehrheit oder die Macht haben, zu atmen, gehört zu werden und ihre Freiheit zu erlangen, ist der Umsturz der bestehenden Ordnung. Dieser Aufstand in der Türkei verdient es, unterstützt zu werden, denn es könnte die letzte Chance für uns „Ex-Terrorist*innen“ sein, die wir bereits seit Jahren wegen unserer Rebellion inhaftiert und ins Exil gezwungen sind, in unserem Geburtsland wieder das Licht der Welt zu erblicken.

Projet-Evasions.org

Der Kampf um das Autonome Zentrum Wuppertal

Ein Text zur Entwicklung des Kampfes und eine Einladung zur bundesweiten Beteiligung!

Kommt alle vom 5.-7. September nach Wuppertal: Live-Konzis umsonst und draußen, (wilde) Demos und Aktionstage! Beteiligt euch auch in euren Städten mit kreativen Solidaritätsaktionen! Kein Tag ohne Autonomes Zentrum!

Die Stadt Wuppertal plant seit langer Zeit zusammen mit der DITIB die Verdrängung des Autonomen Zentrums von der Gathe. Nun wird klar, dass es nach der NRW Kommunalwahl endgültig ernst werden wird. Es geht in diesem Herbst also um die Existenz des AZ's. Es gibt keinen Ersatz für das Autonome Zentrum an der Gathe!

Wir werden an den Aktionstagen im September sehr deutlich machen, dass das AZ sich nicht einfach überplanen lässt. In Zeiten in denen Friedrich Merz mit seinen gemeinen Helfer:innen von der SPD, Angriffe auf Geflüchtete und Erwerbslose durchziehen will, die AfD bei über 20% Prozent ist und die Wuppertaler Polizei auf unseren Straßen frei dreht, brauchen wir Autonome Zentren. Wir brauchen Autonome Zentren als Ort und Sammelplatz des radikalen Widerspruchs zu den menschenunwürdigen Verhältnissen. Dieser Widerspruch drückt sich unter anderem in vielfältiger Subkultur und in offensiver politischer Praxis auf der Straße aus.

Kein Tag ohne Autonomes Zentrum - ein (unvollständiger) Überblick

Der Kampf um unser Zentrum beinhaltet verschiedene Aspekte, die wir euch näherbringen wollen. Erstens die geplante ersatzlose Verdrängung, zweitens die Diyanet (in dt. DITIB) in der Türkei und in unserem Fall als reaktionärer Akteur im Stadtteil, drittens der soziale Kampf in einem der ärmsten Quartiere in Wuppertal-Elberfeld. Seit geraumer Zeit steht die Verdrängung des Autonomen Zentrums in Wuppertal im Raum. Bereits in den Nullerjahren wurde bekannt, dass die DITIB (Ableger der Diyanet, der türkischen Religionsbehörde), an der Gathe ein großes „islamisches Zentrum“ plant. Die Gathe ist eine größere Ausfallstraße im Stadtteil Elberfeld, an der sowohl das AZ seit 30 Jahren, an zwei verschiedenen Standorten, angesiedelt ist als auch die DITIB seit mehreren Jahrzehnten eine Moschee unterhält. Unmittelbar angrenzend an das AZ gab es bis 2007 eine Tankstelle, an dieses Grundstück schließt sich ein Parkplatz an, dahinter liegen einige alte Werkstätten. Dieses ganze Areal (inklusive AZ) soll, geht es nach der DITIB, für das Großprojekt genutzt bzw. die dort befindlichen Gebäude abgerissen werden. Nun stehen wir, als autonome Bewegung und diverse andere Zusammenhänge, die das autonome Zentrum nutzen oder schätzen vor einem schweren Kampf. Am Anfang, der mittlerweile über ein Jahrzehnt alten Auseinandersetzung, stand noch im Raum, dass es für das AZ ein sinnvolles Ersatzobjekt geben sollte. Dieses „Angebot“ wird nach wie vor aufrechterhalten, aber als leeres Versprechen. Zudem gibt es kein Objekt an der Gathe oder in der näheren Umgebung, das sich anbietet. Darüber hinaus hat auch die Stadt keinerlei konkrete Angebote gemacht und wird dies sicher nur unter massiven Druck tun. Es wäre aber möglich, dass die DITIB ihren geplanten Vorhof verkleinert und das AZ an diesem Ort bestehen bleibt. Aussagen zufolge hat die DITIB sich schon alle Teile des Geländes, welches sie bebauen wollen unter den Nagel gerissen. Bis auf das Grundstück auf dem das AZ steht. Dieses Grundstück

ist im städtischen Besitz. Die Stadt und alle Parteien, bis auf die Linkspartei und seit 2025 die FDP und AfD, unterstützen das DITIB Projekt. Es mag im Jahr 2025 einige verwirren, warum ein Konglomerat aus Stadtverwaltung und einer breiten Parteienkoalition so vorbehaltlos die DITIB unterstützt. Der Beginn der Planung liegt bald zwei Jahrzehnte zurück. In diese Zeit fallen auch die Eröffnung der DITIB-Zentralmoschee in Köln und einige Jahre später die der riesigen DITIB-Moschee in Duisburg. Solche Projekte gemeinsam mit der DITIB galten damals besonders im linksliberalen Spektrum um die Grünen und SPD als notwendig für die sogenannte Integration der (muslimisch, türkischen) migrantischen Communities in Deutschland. Zudem passen die Vorstellungen, wie sich die Gathe entwickeln soll, von Stadt und DITIB gut zusammen. Es wurde in öffentlichen Aussagen der DITIB Elberfeld immer wieder deutlich, dass die Vorstellung der DITIB, wie der Stadtteil um die Gathe aussehen soll sehr problematisch ist. Es wurde gegen Drogenkonsum und Spielhöhlen gehetzt. Der Vorstand der Elberfelder DITIB hat eine klare Vorstellung einer „tugendhaften“ Gathe und dabei ist ihnen nicht nur das AZ ein Dorn im Auge. Denn sie wünschen sich auch eine Aufwertung des Stadtteils, die mit steigenden Mieten zu Lasten der armen Anwohner:innen gehen würde. Genau an diesen Punkt decken sich die Pläne mit denen der Stadtoberen von denen die Gathe gerne als „Schandfleck“ bezeichnet wird und die sich eine Aufwertung des Stadtteils erhoffen, ohne das dies aus der immer leeren Wuppertaler Stadtkasse finanziert werden müsste. Da erscheinen die 30 Mio. Euro, die die DITIB angeblich aus privaten Spenden investieren will als willkommene Finanzspritze.

Spannungsfeld Autoritarismus, Rassismus, Islamismus

Grundsätzlich muss gesagt werden, dass es in Folge der Anschläge von 2001 (durch die islamistische al-Qaida) in Deutschland zu einem massiven (anti-muslimischen) Rassismus kam. Dieser wurde von rechtspopulistischen Gruppierungen geschürt, aber auch massiv von der bürgerlichen Presse und natürlich auch von CDU- und SPD-Politiker:innen. Anfang der 2000er war die autoritäre Entwicklung in der Türkei noch deutlich weniger fortgeschritten. Im Gegenteil gelang es Erdoğan lange sich als konservativ, liberal und EU-orientiert zu präsentieren. Wichtiger Hintergrund für das Hofieren der DITIB ist aber vor allem der Wunsch von SPD, CDU und den Grünen, die an die DITIB gebundenen Menschen als Wähler:innen zu gewinnen. Diese Gemengelage erschwerte gerade Anfang der 10er Jahre den Widerstand gegen das DITIB-Projekt. Der Rassismus von Rechtspopulisten tobte, bekannte SPDler:innen wie Sarrazin hetzten massenwirksam gegen Muslim:innen und gefühlt jeder zweite Spiegelaufmacher triftete nur so vor Rassismus und dem Versuch muslimische Menschen als fremd und nicht zugehörig zu framen. Selbstkritisch muss angemerkt werden, dass unser Wissen und unser Bewusstsein über die Zustände und Entwicklung in der Türkei und die damit verbundenen Zustände in der DITIB nur wenig ausgeprägt waren und wir die Nachhilfe von türkisch-kurdischen Genoss:innen benötigten. Aber dennoch war damals, so wie heute, die Gefahr groß in ein rassistisches Fahrwasser zugeraten. Dennoch entfaltete sich zwischenzeitlich ein recht beachtlicher Widerstand gegen die Verdrängung des AZs mit einer großen Demo 2014. Am

gleichen Tag musste gegen die Nazis von „Die Rechte“ in einem anderen Stadtteil gekämpft werden. Zudem gab es 2014 auch eine Besetzung eines leerstehenden Hauses in der Nordstadt und die temporäre Besetzung des ehemaligen Tankstellengeländes durch ein Straßenfest. Dazu kamen noch diverse andere Interventionen durch Wort und Tat. 2016 kam es zu einem Putschversuch in der Türkei. Darauf folgte eine Art Gegenputsch durch die AKP-Regierung von Erdoğan. Die Situation für Oppositionelle und Minderheiten in der Türkei verschärfte sich noch einmal massiv. Das hatte auch Auswirkungen auf das Agieren der DITIB. DITIB-Funktionär:innen spionierten für den türkischen Geheimdienst vermeintliche Gegner:innen aus. Dieser Skandal sorgte dafür, dass die Stadt das DITIB-Projekt zunächst auf Eis legte. 2022 schien für Stadt und DITIB schließlich genug Gras über die Sache gewachsen. Es sollte auf einmal wieder sehr schnell gehen und unser Widerstand musste sich wieder intensivieren. Seitdem schreitet der Verwaltungsprozess um das AZ zu verdrängen immer weiter voran. Seitdem läuft die AZ Verteidigungs-Kampagne immer wieder auf Hochtouren. Die Aktivitäten waren sehr vielfältig von großen Veranstaltungen und Straßenfesten, über Demos verschiedenster Art, bis zur Umgestaltung von Wuppertaler Hausfassaden war



schon alles dabei! Jetzt muss sich die Situation zuspitzen damit emanzipatorische Bewegungen in Wuppertal weiter ein Bein auf dem Boden haben. Denn für die ganze Palette von sozialen, feministischen und antifaschistischen Kämpfen ist das AZ für Wuppertal und die Region auf den verschiedenen Ebenen unentbehrlich. Es ist im Jahr 2025 eine reine Posse. Die Stadt (Politik) unterstützt nach wie vor eisenhart das reaktionäre DITIB-Projekt. Es scheint kaum möglich in die verkrusteten Gehirne der Wuppertaler Provinzpolitiker:innen vorzudringen. In Folge des islamistischen Hamas Angriffes, vor allem auf israelische Zivilist:innen und den darauf folgenden grausamen Krieg in Gaza, äußerte sich der aktuelle Führer von Diyanet, Ali Erbaş, der Vorgesetzte, der in den DITIB-, ATIB- und Millî Görüş-Moscheen in Deutschland eingesetzten Imame, wiederholt extrem antisemitisch. Keine Distanzierung von der DITIB Elberfeld. Ali Erbaş und andere führende Diyanet-Funktionäre äußern sich regelmäßig sehr frauenfeindlich. Keine Distanzierung von der DITIB Elberfeld. Zur Eröffnung der Kölner Zentralmoschee äußert sich Ali Erbaş extrem homophob und löste damit einen medialen Aufschrei in der Bundesrepublik aus. Keine Distanzierung der DITIB Elberfeld. Auch in der Elberfelder Moschee Gemeinde kam es bspw. zu einem Vortrag von Mehmet İsik. Einem ultra-nationalistischen „Historikers“ welcher den Völkermord an den Armenier:innen relativiert und Kriegsverbrechen osmanischer Truppen rechtfertigt (<https://az-wuppertal.de/2023/01/31/offener-brief-zu-dem-bauvorhaben-der-ditib-in-wuppertal-und-der->

[einladungvon-mehmet-isisik/](https://az-wuppertal.de/2024/11/18/wolfsgruesse-bei-der-jugendarbeit-in-der-wuppertaler-ditib-moschee/)). Zuletzt wurde öffentlich, dass Kinder bei einer Freizeitveranstaltung der DITIB den „Wolfsgruß“ gezeigt haben und der Imam der Gemeinde in den 10er Jahren in einer Moschee der faschistischen Grauen Wölfe aktiv war (<https://az-wuppertal.de/2024/11/18/wolfsgruesse-bei-der-jugendarbeit-in-der-wuppertaler-ditib-moschee/>). Es folgte eine halbherzige Distanzierung der DITIB Elberfeld. Richtig skurril wird es aber seit der Festnahme des oppositionellen CHP Politikers Ekrem İmamoğlu in der Türkei. Die CHP ist die Schwesterpartei der SPD (genauso beschissen!) dennoch ist in Wuppertal kein(e) Politiker:in in der Lage den einmal eingeschlagenen Weg zu korrigieren und die Zusammenarbeit mit der DITIB zu hinterfragen. Es geht der Stadt schlicht darum, den aus der Sicht der Stadt runtergekommenen Stadtteil rund um die Gathe mittels des millionenschweren Projektes aufzuwerten. Es ist also deutlich, DITIB und Stadt-(Politik) bleiben stur auf Abwegen. Nun naht am 14. September die NRW Kommunalwahl. bei der in Wup-

pertal ein neuer Stadtrat und ein(e) neue(r) Bürgermeister:in gewählt werden sollen. Der Wuppertaler Provinzpolitik schlottern bereits die Knie und sie hoffen sehr, dass der AZ/DITIB-Komplex den Wahlkampf nicht beherrschen wird. Denn sie können bei dem Thema nur verlieren. Einerseits gibt es durch den, auch von SPD, CDU und Grünen selbst mitgeschürten Rassismus, eine starke Ablehnung

des DITIB-Projektes, andererseits beginnt auch der letzte (links) Liberale zu merken, dass es sich dabei eben nicht um ein antirassistisches Integrationsprojekt handelt. Deshalb wird ein autonomer Wahlkampf gerade intensiv vorbereitet. Das Arbeitsmotto: „Keine Stimme den DITIB-Unterstützer:innen und Erdoğan-Fans! Es gibt nur eine Wahl: AZ bleibt an der Gathe“ Begleitend wird das Umfeld des AZs die verschiedenen aktuellen Auseinandersetzungen und Kämpfe aufgreifen: Die Faschisten:innen werden nicht in Ruhe gelassen und ihr Wahlkampf sabotiert. Die Bullengewalt in Wuppertal wird weiter zum Thema gemacht und zu den sozialen Angriffen gegen Wohnungslose, Erwerbslose und Geflüchteten wird nicht geschwiegen! Den großen Höhepunkt hat diese Intervention eine Woche vor der Wahl: Bei den Aktionstagen vom 5. - 7. September. Wir laden euch alle herzlich ein, euch vielfältig zu beteiligen. Bestenfalls in Wuppertal, notfalls unterstützt uns bitte aus euren Städten! Nach der Wahl, sollen nach dem Willen der Stadtoberen Fakten geschaffen werden. Desto mehr Chaos wir in ihren Wahlkampf bringen desto mehr Druck kann erzeugt werden, um die Ausgangslage des Autonome Zentrums zu verbessern. Auf nach Wuppertal!

hippe halbwegs beweglich gebliebene mitvierziger Autonome von nah und fern in unheilbarer Liebe zum AZ Wuppertal

Reflexionen zum “Wahlkampf”

Alle Jahre wieder ist Wahlkampf und alle Jahre wieder hörten wir wochenlang in den Medien nichts anderes als das ständige Getöse der Berufspolitiker*innen, Expert*innen und Wahlprognostiker*innen, die uns die Welt in „Sachzwängen“ und „notwendigen Entscheidungen“ zu erklären versuchten. Doch dieses Jahr war irgendwie anders. Was war anders? Dass die Hetze gegen Migrant*innen, befeuert von einigen Menschenfeinden die mit ihren Autos in Menschenansammlungen fuhr, sowie durch die allzeit bereiten Hetzer*innen von CDU und AfD, die versuchten daraus politisches Kapital zu schlagen, eine neue Qualität erreichte? Dass sich von AfD bis Grüne alle geschlossen einig waren, Migrant*innen seien das Problem und sich in ihrer Abschiebewut und Menschenverachtung zu überbieten? Oder, dass die SPD und in ihrem Windschatten die LINKE gleichzeitig aus genau dieser Situation versuchte Kapital zu schlagen, indem sie den neuen Faschismus heraufbeschwor, dessen letztes antifaschistisches Bollwerk, „die Brandmauer“, durch den Künftigen Bundeskanzler Friedrich Merz eingerissen wurde?

Wie auch immer. Die radikale Linke sprang mit auf den Zug. Man müsse nun die „Demokratie Verteidigen“, empört sein, nie wieder sei jetzt, taktisch agieren. Recht hatte sie. Taktisch war es klug an den Demokratie Verteidigen Demos teilzunehmen und ihnen einen radikaleren Anstrich zu verpassen denn wie, wenn nicht so, soll es uns gelingen die breiteren Schichten der Gesellschaft zu erreichen und unsere Ideen zu verbreiten? Doch man hatte gemeinhin den Eindruck, dass gerade der letzte Punkt, das heißt, das hochhalten von eigenen Gesellschaftsentwürfen und Perspektiven, kaum zur Geltung kam. Neben einigen begrüßenswerten militanten Aktionen gegen Faschos im Rhein-Main Gebiet war außer in den Aufrufen und Redebeiträgen wenig zu spüren von einer echten Kritik am bürgerlichen Staat, geschweige denn am Wahlkampf an sich als Demokratiespektakel dessen Ergebnis von vornherein feststand. Denn hier liegt der Unterschied zwischen „uns“ und denen die die „Demokratie“ verteidigen wollen, als ein System in dem sie (und oftmals auch „wir“) eine privilegierte Rolle einnehmen und unsere Grundrechte meist noch nicht angetastet wurden. Für viele zum ersten Mal in ihrem Leben während Covid – was das Abdriften großer Teile der bürgerlichen Schichten ins Schwurblermilieu erklärt. Lieber weiter so wie bisher statt Faschismus. Und wer kann da schon widersprechen? Nun, dann unterwarf man sich eben „taktisch“ den bürgerlichen Parteien und begann selber ihren „Wahlkampf“ zu betreiben. Ob tatsächlich Diskussionen darüber stattgefunden haben wie man als Bewegung agieren soll, oder es einem altbekannten Reflex zu verdanken ist, dass man die linken Parteien und Gewerkschaften nicht als politischen Gegner verstand, sondern als Trittbrett für den Sozialismus (irgendwann), lässt sich nur mutmaßen. Die derzeitige Orientierungs- und Perspektivlosigkeit der radikalen Linken ließ in der aufstrebenden Linkspartei, die einige schon längst abgeschrieben hatten, ohne sich jedoch ernsthafte Gedanken über ein „danach“ zu machen, den Hoffnungsträger erkennen der schließlich den Faschismus zumindest ein bisschen abwenden könne. Man wollte also die LINKE über die 5% heben um zumindest eine Oppositionspartei im Parlament vertreten zu sehen und somit den altbekannten Lauf der Dinge noch etwas hinauszögern. In Berlin ließ die Interventionistische Linke (IL) sich sogar dazu herab in roten Westen der Linkspartei von Tür zu Tür zu gehen, in anderen Städten war dies ebenfalls zu beobachten bis hin zum unverhohlenen Aufruf zur Wahl

oder gar Eintritt in die Partei. Es ist nicht Ziel dieses Textes zu behaupten, dass solche Zusammenarbeit grundsätzlich falsch sei. Man muss sich aber des eigenen Standpunkts bewusst sein um so eine Aktion unbeschadet und im besten Fall sogar gestärkt zu überstehen. Die Argumente dafür waren überall ähnlich und werden alljährlich wenn es um die Frage geht „Wählen oder nicht“ wiederholt: Die sind die einzigen die gute Anfragen im Parlament stellen; und: die unterstützen so viele gute Projekte mit der Rosa Luxemburg Stiftung (vielleicht ja auch deine Gruppe/Stipendium/Initiative?); oder: auch die kleinen Veränderungen können die Situation der Untersten Schichten der Gesellschaft verbessern – deshalb wähle ich solidarisch mit denen, auch wenn ich eigentlich nicht daran glaube...

Über diese Dinge scheint man sich einig zu sein und erntet stets verständnisvolles nicken, wenn man sie aufs Tablett bringt. Im Angesicht des drohenden Faschismus wird die „Brandmauer“ zur parlamentarischen Linken durch die Linksradikalen eingerissen. Es geht um was Größeres. Schluss mit den Befindlichkeiten. Radikale Gesellschaftsveränderung ist zum Luxus geworden. Ein Schritt den die Grünen bereits vor Jahrzehnten vollzogen haben – und jetzt stecken sie bis zum Hutansatz im Schützengraben... Die Frage bleibt, warum? Warum scheint man sich so sicher zu sein hier eine Perspektive zu sehen? Gibt es nicht genug Gegenbeispiele aus den Landesregierungen an denen die LINKE beteiligt ist? Vom Ausland gar nicht erst zu sprechen. Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und bis vor kurzem noch Berlin oder Thüringen, das sage und schreibe 10 Jahre lang Links regiert wurde. In Berlin führte eine Linke Regierung den Tonfa als Waffe der Polizei ein. Thüringen sah Bodo Ramelow bereits 2023 „am Limit“ was die Aufnahme weiterer Geflüchteter angeht, obwohl das Bundesland verglichen mit anderen Bundesländern weit im unteren Viertel liegt. Auch was Antifaschismus und den Kampf gegen Neonazis angeht sehen wir in Thüringen nicht gerade „blühende Landschaften“. Jetzt haben wir den Salat. Nicht mal einen Monat nach der Bundestagswahl machte der Bundesrat gemeinsam mit den Bundesländern mit linker Regierungsbeteiligung, Bremen und MV, den Weg für Kriegskredite in Billionenhöhe frei. Eine Kritik aus der radikalen Linken bleibt weitestgehend aus.

Weder die LINKE noch irgendeine andere Partei wird uns von unserer historischen Verantwortung befreien, den Faschismus abzuwenden. Helfen können nur wir uns selber. Die Aufgabe der eigenen Souveränität als politisches Subjekt durch das Delegieren der eigenen Verantwortung an gewählte Parteienvertreter*innen ist eine Kapitulation vor eben dieser Verantwortung. Auch wenn wir wenige sein mögen und keine Antworten zu haben glauben. Die Linkspartei hat sie auch nicht und wir haben recht. Wir wollen keinen „woken“ Polizeistaat in dem auch Bullen zum CSD gehen, keinen „grünen Kapitalismus“ und auch keine vermeintlich „soziale Marktwirtschaft“, denn diese ganzen Lügen haben die ganze Misere erst verursacht – sie schlummerte lediglich ein paar Jahrzehnte dank der fleißigen Ausbeutung des globalen Südens und der Natur und des damit verbundenen Wirtschaftswachstums dessen Krümel selbst die untersten Schichten lange satt hielten. Jetzt treten sie, in einer Zeit der Dauerkrise, wieder hervor in ihrer ungeschönten Brutalität: Krieg, Ausbeutung, Folter. Die Mächtigen werden ihre Machtposition nicht aufgrund von moralischen Werten aufgeben. Sie werden sie mit allen Mitteln verteidigen. Fast alle Großmächte werden heute entweder von autoritären Regimen

regiert oder von Regierungen, die unter der Last der aufstrebenden extremen Rechten zu kämpfen haben und eine neoliberale, rassistische und migrationsfeindliche Politik betreiben. Darum wollen wir alles verändern und keinen Stein auf dem anderen lassen. Denn nur so kann es gelingen diesem Kapitel ein Ende zu setzen. Darum: Auf die Barrikaden!

eine Einsendung von Reidi Heichinek

(gefunden auf antifa-frankfurt.org)

Warum ein antifaschistischer Minimalkonsens nicht reicht – Faschismus, Liberalismus und die Linke

übersetzt vom Lower Class Magazine

Dieser Text ist eine Übersetzung aus dem Türkischen, der letztes Jahr im Ayrim Magazin erschienen ist. Wir denken, dass er einen wichtigen Beitrag zu aktuellen Debatten der europäischen Antifa-Bewegung leistet. Gerade jetzt, wo in vielen Ländern faschistische Parteien immer präsenter in den Parlamenten sitzen und hohe Wahlergebnisse bekommen, müssen wir auch im deutschsprachigen Raum Antifaschismus neu denken.

„In der Vergangenheit war die antifaschistische Strategie gegenüber offenen gewalttätigen militanten Nazigruppen klar. Man musste sie am Marschieren hindern, sie zurückdrängen, auch zur körperlichen Konfrontation bereit sein, sie gegebenenfalls an der Organisation hindern. Heute sind die Dinge viel schwieriger. Im Falle der populistischen Bewegungen hat sich die Einstellung der Öffentlichkeit geändert, und die Gewalt, die von den Vertretern der extremen Rechten ausgeübt wird, ist nicht mehr so klar und eindeutig, was es schwieriger macht, militante antifaschistische Strategien gegen sie zu legitimieren“.

„Früher war es leicht, berüchtigte Neonazis zu diskreditieren, denn Antifaschisten konnten sich darauf verlassen, dass die breite Öffentlichkeit diskursiv und manchmal auch physisch auf ihrer Seite stand. Doch der Aufstieg von AfD und PEGIDA hat den traditionellen Antifaschismus in eine Krise gestürzt, da er nicht mehr mit einer Minderheit radikaler Gruppen konfrontiert ist, sondern mit einem weitaus größeren Teil der Gesellschaft, der sich rassistisch äußert. Militante antifaschistische Kampfmethoden funktionieren nicht mehr, wenn man es mit fünfzehntausend Menschen in Dresden zu tun hat oder mit einer Partei, die zwanzig Prozent der Stimmen bekommen hat“.

„Der Antifaschismus auf der Straße (Demonstrationen, Aufmärsche usw.) befindet sich heute in einer Sackgasse: Entweder er sieht sich politisch unbedeutenden, aber physisch gefährlichen rechtsextremen Gruppen gegenüber, oder er sieht sich politisch wichtigen Gruppen und Parteien gegenüber, die nicht nur auf der Straße präsent sind, sondern auch gut in das politische Spiel integriert sind, von den Strafverfolgungsbehörden geschützt werden und von einem großen Teil der Gesellschaft als legitim angesehen werden. Eine Folge der ‚LePenisierung der Seelen‘ ist, dass der antifaschistische Kampf sowohl in den Augen der Regierung als auch in den Augen der Gesellschaft illegitim geworden ist“.

So beschreiben antifaschistische Aktivistinnen und Aktivisten aus Dänemark, Deutschland und Frankreich die Situation, die durch das Mainstreaming des Faschismus (mit Adjektiven wie „neu“, „post“ oder „spät“) und die daraus resultierende Blockierung „traditioneller“ antifaschistischer

Mittel und Kampfmethoden entstanden ist. [1] Es ist offensichtlich, dass wir uns in einer Zeit befinden, in der der Konsens, der sich am Ende des Zweiten Weltkriegs herausgebildet hatte und der den Faschismus zumindest im Prinzip als illegitime politische Tendenz betrachtete und versprach, die Korridore der Macht für ihn geschlossen zu halten, weitgehend verschwunden ist. In dieser sogenannten „post-antifaschistischen“ Ära befindet sich der traditionelle Antifaschismus in einer Krise. Es ist notwendig, den Antifaschismus unter den heutigen ungünstigen Bedingungen neu zu überdenken, d.h. unter Bedingungen, in denen aktuelle Versionen des Gespenstes des Faschismus über uns schweben und diese neuen Formen weitgehend normalisiert sind.

Das Mainstreaming des Faschismus und seine Transformation in einen legitimen und glaubwürdigen politischen Akteur ist eine Entwicklung, die in der Türkei (wie auch in Italien) schon viel früher stattgefunden hat. Die Normalisierung der MHP und der „Ülkücü-Bewegung“ und ihr Vordringen in die Mitte ist ein Prozess, der sich mit Unterbrechungen seit Mitte der 1990er Jahre intensiviert hat. Nach diesen Jahren wurde Türkeş von den Mainstream-Medien als „weiser Führer“ bezeichnet und die MHP wurde schnell zu einem anerkannten und akzeptierten politischen Akteur. Darüber hinaus wurde der „Ülkücülük“ („Idealismus“) populär, indem er praktisch die Mitte angriff. Man kann also davon ausgehen, dass die Entwicklungen, die den „traditionellen“ Antifaschismus in vielen Ländern in die Krise geführt haben, in unserem Land viel früher stattgefunden haben und dass in diesem Sinne die Krise des Antifaschismus in unserem Land auch „tiefer verwurzelt“ ist. Gerade deshalb ist es für uns viel notwendiger und dringlicher, über die Möglichkeiten eines Antifaschismus zu diskutieren, der den heutigen ungünstigen Bedingungen und Umständen angepasst ist. Wie können wir den Faschismus stoppen?

In einem kürzlich erschienenen Artikel in Birikim Güncel diskutiert Tanıl Bora, wohl im Bewusstsein dieser Notwendigkeit, die Möglichkeiten eines zeitgemäßen Antifaschismus und bezieht sich dabei auf Paul Masons Buch „Wie wir den Faschismus stoppen können“ [2]. An dieser Stelle sei angemerkt: Bora ist eine Person, die auf die Gefahr der Mainstreamisierung der faschistischen Bewegung seit den 1990er Jahren hingewiesen und auf deren schwerwiegende Folgen aufmerksam gemacht hat. So definierte Bora den Diskurs der „wütenden MHP-Anhänger“, der ab der zweiten Hälfte der 1990er Jahre die Medien beherrschte und jede politische Zurückhaltung gegenüber der MHP als „Dogmatismus“ oder „Unfähigkeit, Veränderungen zu verstehen“ verurteilte, zu Recht als „Anti-Antifaschismus“: „Das ist ein Tabu, das man Anti-Antifaschismus nennen kann. Jeder Kommentar über die MHP, der nicht von der Legende ‘sie hat sich verändert, sie hat sich verbessert‘ geblendet ist, wird als bigotter Anti-MHP, als dogmatische

antifaschistische Tirade abgestempelt, ohne die Notwendigkeit, ihren Inhalt zu messen und abzuwägen“. [3]

Boras Ansichten über die Krise des Antifaschismus und die Aktivierung einer zeitgemäßen antifaschistischen Politik und Sensibilität sind allein schon wegen dieser Beharrlichkeit und intellektuellen Anstrengung wichtig. In seinem letzten Artikel stützt sich Bora auf das Buch von Paul Mason, das er ausdrücklich als „äußerst nützlich“ bezeichnet. Dazu eine Vorbemerkung: Paul Mason ist eine ziemlich berühmte Figur der radikalen/revolutionären europäischen Linken, nicht gerade die zuverlässigste, um es vorsichtig auszudrücken. Von der radikalen Linken kommend, hat sich Mason in den letzten Jahren allmählich der Mitte angenähert, wurde nach dem Krieg in der Ukraine zum „Falken“, befürwortete die vollständige Militarisierung seines Landes und Europas und versuchte bei den letzten Wahlen für die Labour Party gegen Corbyn zu kandidieren. Diese politischen „Fehlritte“ sind nicht das Ergebnis von Masons persönlichen Launen, sondern der politischen Position, die er in seinem Buch vertritt, nämlich seiner Überzeugung, dass die aufkommende faschistische Welle nur durch ein Bündnis der Linken mit dem, was Tariq Ali berühmt als „extremistische Mitte“ bezeichnet hat, besiegt werden kann.

Nach Mason „kann der Faschismus, wenn er erst einmal auf dem Vormarsch ist, nur durch staatliches Handeln in Verbindung mit der sozialen Mobilisierung von Gruppen, die unter einem faschistischen Regime leiden könnten, besiegt werden“. [4] Der Weg, den bestehenden Staatsapparat gegen den Faschismus zu mobilisieren, besteht in der Schaffung einer neuen „Volksfront“ zwischen der Linken und den sozialen Kämpfen und der politischen Mitte (also der „extremistischen Mitte“). „Der einzige Weg, den Faschismus sowohl politisch als auch kulturell zu besiegen, ist ein politisches Bündnis zwischen der Mitte und der Linken, mit einer Basisbewegung und dem Bestreben, den Antifaschismus in allen Aspekten der Populärkultur zu verankern“. [5]

Mason plädiert für einen „Waffenstillstand“ zwischen der liberalen Mitte und den linken und sozialen Kämpfen, der einen gemeinsamen Kampf gegen den Faschismus ermöglichen würde. Er träumt von einer neuen „Volksfront“, die die sozialistische Linke und die liberale Mitte „in der Mitte“ vereint. Die liberale Mitte solle die destruktivsten Dimensionen des Neoliberalismus aufgeben, während die Linke ihren Wein verwässern und ihre radikalen politischen Bestrebungen „bis auf weiteres“ in die Tiefkühltruhe legen solle: „Damit eine moderne Volksfront funktionieren kann, müsste der Liberalismus wiederholen, was die Französische Radikale Partei 1935-36 und Roosevelt zu Beginn des New Deal getan haben: zu einer neuen Art von Wirtschaftspolitik zurückkehren, die zumindest teilweise mit den Forderungen der radikalen Sozialdemokratie übereinstimmt. In der Zwischenzeit wird die Linke etwa die Hälfte ihres Programms und die meisten ihrer Obsessionen in eine Kiste mit der Aufschrift 'später mehr' packen müssen“. [6]

In einer Situation, in der die rechte Mitte weitgehend die politische Agenda der extremen Rechten in Bereichen wie der Migrationsfrage und der „Anti-Gender-Ideologie“ übernommen hat, während die linke Mitte fest dem Neoliberalismus und der atlantischen Politik verhaftet ist, ist Masons Vorschlag einer neuen Volksfront zwischen der Mitte und der Linken eindeutig gegenstandslos. Wie Masons eigene politische Erfahrungen zeigen, birgt eine solche politische Haltung zudem die Gefahr,

dass die Linke angesichts des Gespenstes des Faschismus weiter nach rechts rückt, ihre politische Unterscheidungskraft verliert und zum verlängerten Arm der extremistischen Mitte wird. Wie es mit einer solchen Haltung gelingen soll, die faschistische Eskalation zu stoppen, bleibt ein Rätsel. In Frankreich zum Beispiel muss man kein Hellseher sein, um vorherzusagen, dass das von Mason vorgeschlagene Bündnis der Nouvelle Front Populaire mit Macron gegen Le Pens Rassemblement National die sozialistische Linke ins Abseits führen und die sozialen Kämpfe lähmen und demoralisieren würde. Vor allem unter den Bedingungen, unter denen Macrons Liberale nach den letzten Wahlen ein De-facto-Bündnis mit dem Rassemblement National eingingen, um eine von der Nouvelle Front Populaire geführte Regierung zu blockieren. . . Die von Mason vorgeschlagene politische Position wird nur dazu führen, die letzten Hindernisse für den Aufstieg des Faschismus in Frankreich zu neutralisieren. Zwischen Liberalismus und Faschismus

In diesem Artikel geht es mir nicht darum, Masons Buch und seine Hauptthesen zu kritisieren. Vielmehr möchte ich zwei Argumente diskutieren, die Masons politische Position zu untermauern scheinen und die von Tariq Bora offenbar geteilt werden. Beide Argumente weisen auf entscheidende Problembereiche im Kampf gegen die aktualisierten Versionen des Faschismus hin. Das erste ist, dass der Liberalismus ein „natürlicher“ „Anderer“ des Faschismus sei und als solcher ein notwendiger potentieller Verbündeter der Linken gegen den Faschismus.

Mason betont in seinem Buch, dass der Hauptfeind („Nemesis“) des Liberalismus nicht der Sozialismus, sondern der Faschismus sei. Damit steht er freilich nicht allein. Es ist heute allgemein anerkannt, dass der Faschismus, verstanden als „Anbetung des Staates“ (oder Totalitarismus), dem angeblich „staatsfeindlichen“ Liberalismus grundsätzlich widerspricht (obwohl es eine ganze Literatur darüber gibt, dass der staatsfeindliche Charakter des klassischen oder „Neo“-Liberalismus eigentlich staatlichen Zwang, einen autoritären Staat erfordert). Es gibt sogar Auffassungen, die den Faschismus als eine Art „Sozialismus“ betrachten (einen nationalen oder proletarier-freien Sozialismus), der jedoch aufgrund seiner anti-bürgerlichen und antiliberalen Haltung degeneriert und deformiert sei. Dieser Ansatz, der mehr auf das achtet, was der Faschismus sagt, als auf das, was er tut (d.h. auf den Klassencharakter und die Klassenfunktion des Faschismus), misst seinen antiplutokratischen Diskursen und seinem angeblich revolutionären Jargon zu viel Bedeutung bei und geht von einer unüberbrückbaren Kluft zwischen Faschismus und Liberalismus aus. [7] Diejenigen, die die liberale Tradition auffordern, gegen den Faschismus zu mobilisieren, und sogar der Linken wie Mason (und Bora) raten, „aufzuhören, die Liberalen als Feind Nummer eins ins Visier zu nehmen“, gehen von diesem hypothetischen Gegensatz zwischen Liberalismus und Faschismus aus.

Alberto Toscano erinnert uns jedoch daran, dass die Beziehung zwischen Faschismus und Liberalismus keineswegs ein sich gegenseitig ausschließender Gegensatz ist. „Heute, da wir mit den Nachwirkungen und Wiederholungen des Faschismus zu kämpfen haben, sollten wir uns daran erinnern, dass er vor fast hundert Jahren nicht als eine Form des ‚Totalitarismus‘ an die Macht kam, der das Politische und das Ökonomische miteinander verschmolz, sondern als ein besonders virulenter, staatlich gelenkter Antistaat. In dieser Hinsicht wurde er übrigens anfangs von vielen Liberalen, von Einaudi bis Benedetto Croce, begrüßt.“ [8] Da die

heutige Faschismusforschung darauf verzichtet, den Klasseninhalt und die Funktion des Faschismus zu diskutieren, wird oft übersehen, dass der Faschismus gerade eine Bürgerkriegsmaschine ist, die mit dem Ziel ins Spiel kommt, den Liberalismus und die Marktgesellschaft von sich selbst zu befreien, insbesondere von den "Bedrohungen" (der Bedrohung durch die Massendemokratie und die Linke), die der politische Liberalismus ermöglicht. Daher werden die Kontinuitäten zwischen Faschismus und Liberalismus aus der Diskussion ausgeklammert. Der Faschismus wird auf eine Ausnahme reduziert, eine „unvergleichliche Katastrophe“ oder ein „absolutes Böse“ in den Worten von Tanil Bora, das mit den Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen der Vergangenheit und damit auch der Gegenwart nichts zu tun hat.

Wie Domenico Losurdo in seiner umfassenden Studie über die Geschichte des Liberalismus gezeigt hat, ist der Liberalismus jedoch eng mit den Elementen verbunden, die den Faschismus ermöglichen, wie Antidemokratie, Elitismus, Rassismus, Sklaverei, Kolonialismus und Sozialdarwinismus. In dieser Hinsicht „ist es banal ideologisch, die Katastrophe des zwanzigsten Jahrhunderts als eine Art neue barbarische Invasion zu beschreiben, die unerwartet eine gesunde und glückliche Gesellschaft angriff und überwältigte.“ [9] „The Massacre on Which the Sun Never Sets“ (Das Massaker, bei dem die Sonne nie untergeht) diskutiert Mike Davis, wie die liberale Doktrin im „globalen Süden“, wie es heute heißt, genozidale Konsequenzen hatte. „Millionen von Menschen starben nicht außerhalb der Grenzen des ‚modernen Weltsystems‘, sondern im Prozess ihrer erzwungenen Einbindung in seine wirtschaftlichen und politischen Strukturen. Sie wurden im goldenen Zeitalter des liberalen Kapitalismus abgeschlachtet, (...) als die ‚heiligen‘ Prinzipien von Smith, Bentham und Mill als ‚Gebot Gottes‘ verwirklicht wurden.“ [10] Enzo Traverso stellt in seiner Studie „Origins of Nazi Violence“ fest, dass die Ursprünge der Verbrechen des Nationalsozialismus im „europäischen Industriekapitalismus, im Kolonialismus und Imperialismus, in der Entwicklung der modernen Wissenschaft und Technologie, im Europa der Eugenik und des Sozialdarwinismus, kurz in der ‚langen‘ Geschichte Europas im neunzehnten Jahrhundert, die in den Schützengräben des Ersten Weltkriegs endete, zu suchen sind.“ [11]

Der Faschismus ist also weder beispiellos noch unvergleichbar, d.h. er ist kein „absolutes“ Phänomen ohne Vorläufer oder Nachwirkungen. Anstatt den Faschismus zu entpolitisieren, indem man das Gegenteil behauptet, ist es wichtig, den Faschismus und seine Verbrechen zu historisieren und zu kontextualisieren. Anstatt den Faschismus als Ausnahme zu betrachten, ist es notwendig, seine Verbindungen zu seinen Vorläufern zu betonen, wie zum Beispiel zu den siedlerkolonialistischen Regimen, die während des goldenen Zeitalters des Liberalismus herrschten und die Michael Mann als „völkermörderische Demokratien“ und Domenico Losurdo als „Demokratien höherer Ethnien“ bezeichnete. Nur wenn wir auf solche Zusammenhänge hinweisen, können wir verhindern, dass die Verbrechen des Faschismus, wie der Holocaust/Shoah, heute dazu benutzt werden, um z.B. die palästinensische Befreiungsbewegung zu kriminalisieren, d.h. die Instrumentalisierung der berüchtigten Erinnerung an den Faschismus zur Verteidigung des Status quo.

Wie Ishay Landa betont, „war der Faschismus kein Außenseiter der liberalen ‚offenen Gesellschaft‘; er war vielmehr ein Insider dieser nicht so offenen Gesellschaft. Weit davon entfernt, die Antithese des Faschismus zu

sein, sein absolutes Gegenteil, trug die liberale Ordnung wesentlich zum Faschismus bei und ließ viele seiner weitreichenden Manifestationen vorausahnen“. Viele der bösartigen und extremen Aspekte des Faschismus, die scheinbar im Gegensatz zum Liberalismus stehen (Ablehnung der Demokratie, Diktatur, chauvinistischer Nationalismus, imperialistischer Krieg und Rassismus), sind historisch mit dem Liberalismus verbunden. „Der Faschismus war weitgehend (d.h. nicht vollständig) ein organisches Produkt der Entwicklungen innerhalb der liberalen Gesellschaft und Ideologie. Er war ein extremer Versuch, die Krise des Liberalismus zu lösen, ihn aus der Sackgasse zu befreien, in die er geraten war, und die Bourgeoisie vor sich selbst zu retten.“ [12]

Natürlich geht es nicht nur um eine Diskussion über die historischen Ursprünge. Wenn der Faschismus nicht als historischer Unfall, als Ausnahme betrachtet wird, sondern als ein Potential, das in den Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen der kapitalistischen Moderne wurzelt, wird es möglich, seine Wiederkehr zu erklären. Natürlich handelt es sich nicht um wiederkehrende Ereignisse, sondern um Tendenzen, die durch dieselben historischen Strukturen hervorgerufen werden. Wenn nach den Kontinuitäten zwischen dem (alten) Liberalismus und dem Faschismus gefragt wird, der eine entscheidende Rolle bei der Aufrechterhaltung dieser Herrschafts- und Ausbeutungsstrukturen gespielt hat, wird es auch möglich, über die Verbindungen und Kontinuitäten zwischen dem heutigen neuen Liberalismus und den entstandenen Post-, Spät- oder Neofaschismen nachzudenken. Die aktuellen Versionen des historischen Faschismus sind eine Form der Politisierung, die für die späte Ära des Neoliberalismus spezifisch ist, in der die Arbeiterklasse zersplittert und atomisiert ist und in der vor allem die „trickle-down“, also Durchsickerwirtschaft, jeden Anspruch verloren hat. Der Neoliberalismus schafft eine Gesellschaft, in der die Unterlegenen zugrunde gehen, während der Faschismus diese soziale Situation durch eine Politik vertieft, die einigen der Unterlegenen selbst das Leben nimmt. In diesem Sinne besteht der „Extremismus“ der extremen Rechten darin, die autoritären Tendenzen und den Hass auf Gleichheit, die dem Neoliberalismus innewohnen, auf die Spitze zu treiben, bis zu ihrem logischen Ende. Ein „Antifaschismus“, der dies nicht berücksichtigt, wird unweigerlich zu einem obskuren und wirkungslosen Anhängsel der extremistischen Mitte. Minimaler Antifaschismus?

Tanil Bora befürwortet den Vorschlag von Mason, der den Antifaschismus als Kompromiss zwischen Liberalismus und Sozialismus definiert und die radikale/revolutionäre Linke auffordert, ihren Erwartungshorizont zu begrenzen. Dies geht so weit, dass er bereit ist, die Messlatte so niedrig anzusetzen, dass er eine „Regression der Extremisten in Richtung Populismus“ und sogar eine „Regression in Richtung Rassismus, Nationalismus, Sexismus“ als Gewinn betrachtet. Er definiert den Antifaschismus als „wirklichen und lebenswichtigen Grund für ein Minimum an Gemeinsamkeiten“ und fordert den Aufbau eines „antifaschistischen Minimums“ (in Anlehnung an den Begriff „faschistisches Minimum“, der die Suche nach einem „Idealtypus“ zur Definition des Faschismus in den Sozialwissenschaften bezeichnet).

Doch wie Mason selbst zwischen den Zeilen seines Buches einräumt, waren die hellsten Seiten in der Geschichte des Antifaschismus im letzten Jahrhundert nicht das Ergebnis seiner Verengung (auf ein Minimum) des Horizonts politischer Erwartungen, sondern seiner Erweiterung. Es

ist kein Zufall, dass aus dem spanischen Antifaschismus eine Revolution hervorging und aus dem französischen Antifaschismus die größte proletarische Besatzungsbewegung, die es in Europa je gegeben hat. Weder die italienischen noch die griechischen noch die jugoslawischen Partisanen kämpften gegen den Faschismus, um zu einer konstitutionellen Monarchie zurückzukehren. Der Kampf gegen den Faschismus konnte nicht geführt werden, um die alte Ordnung zu verteidigen, aus der die faschistische Barbarei hervorgegangen war, oder um zu dieser unheilvollen alten Normalität zurückzukehren. In Das Zeitalter der Extreme fasst Hobsbawm diese Situation als „die nach links gewendete Logik des antifaschistischen Krieges“ [13] zusammen.

„Es gibt zahlreiche Belege für die Radikalisierung der einfachen Leute, die in ganz Europa unter der Naziherrschaft lebten“, schreibt der Historiker Mark Mazower zum selben Thema: „Ein junger holländischer Anwalt schrieb 1942 in einer Untergrundbotschaft: ‚Das Letzte, was wir wollen, ist eine Rückkehr zu den sozialen Verhältnissen von 1939 mit ihrem wirtschaftlichen Chaos, ihren sozialen Ungleichheiten, ihrer geistigen Laxheit und ihren Klassenvorurteilen. Ungeachtet der Unterschiede zwischen den antifaschistischen Widerstandsbewegungen ist die Radikalisierung nach links in den sozialen und politischen Bestrebungen der Widerstandskämpfer offensichtlich. ‚Das Ziel einer gerechteren und ‚vergesellschafteten‘ Wirtschaft, sei es im Sinne einer Verstaatlichung der wichtigsten Industrien und Banken, einer staatlichen Planung mit Preis- und Produktionskontrolle oder in vagen und mehrdeutigen Begriffen einer ‚sozialen Gerechtigkeit‘, wurde von der großen Mehrheit der Widerstandskämpfer geteilt.“ [14]

In seinem Buch verwendet Mason selbst Beispiele, um dies anzuerkennen, nämlich die radikalisierende (maximale) und nicht die „durchschnittliche“ (minimale) Dynamik antifaschistischer Politik. So zitiert er eine Aktivistin der Sozialdemokratischen Partei, die nach der Machtergreifung der Nazis in Deutschland in den Untergrund ging und gegen das neue Regime kämpfte: „Hier herrscht eine einzige Idee: Macht kann nur durch Macht gebrochen werden. Und das jetzige Regime zu stürzen, um den demokratischen Staat der Vergangenheit wiederherzustellen, dafür ist in Deutschland absolut niemand bereit, auch nur einen Finger zu rühren.“ [15]

Den Faschismus zu bekämpfen, um die alte Welt wiederzubeleben, war in der klassischen Ära des Antifaschismus nie eine populäre Idee. Einer der besten Vertreter dieser Idee ist H.G. Wells. In „Alle an Bord, Nach Ararat!“, das während des Zweiten Weltkriegs veröffentlicht wurde und sein letztes Lebenswerk darstellt, begibt sich Gott auf die Suche nach einem neuen Noah, um dem allgemeinen Zustand des Krieges und des Gemetzels, in dem sich die Menschheit befindet, ein Ende zu bereiten. Er entscheidet sich schließlich für Noah Lammock und führt ein langes Gespräch mit ihm, in dem dieser den Auftrag annimmt, eine neue Arche zu bauen. Als Noah Lammock mit Gott darüber diskutiert, der neue Noah zu werden, stellt er immer wieder die gleiche Frage: „Wollen wir die alte Welt, die bis zum Hals in Sünde und Verderben versunken ist, erlösen und erneuern, oder wollen wir diese schreckliche Feuersbrunst des Krieges, der verzehrenden Staaten und der überholten Traditionen hinter uns lassen und eine völlig neue Welt aufbauen?“ [16] Für den neuen Noah hat der Bau einer Arche inmitten der Apokalypse nur einen Sinn: die Verheißung einer neuen Welt. Er ruft Gott zu: „Wir wollen doch nicht die alte Welt retten, die mit

erschreckender Geschwindigkeit in einer Flut von Krieg, Hass und Brutalität untergeht? Mit dieser Welt haben wir nichts mehr zu tun.“ [17]

Dies ist in unserer Zeit, in der sich der politische Erwartungshorizont bereits verengt hat, durchaus der Fall. Ist das Wiederaufleben des Faschismus, wenn auch in verschiedenen Formen, nicht gerade ein Produkt des „kapitalistischen Realismus“, um den berühmten Ausdruck von Mark Fisher zu verwenden, in dem die Erwartung einer Zukunft, die sich qualitativ von der Gegenwart unterscheidet, fast vollständig aufgegeben wurde, in dem es unmöglich geworden ist, sich eine kohärente und schlüssige Alternative zum Kapitalismus vorzustellen? Der kapitalistische Realismus macht radikale Veränderungen und natürlich auch Revolutionen undenkbar und verstärkt die Überzeugung, dass von nun an nichts Neues mehr geschehen wird. Diese „historische Unfruchtbarkeit“, d.h. die Leugnung der Fähigkeit menschlicher Gesellschaften, sich radikal zu erneuern, führt unweigerlich zu massiven sozialen Regressionen.

In den Worten von Ugo Palheta: „Das Aufkommen einer Art Klassenfatalismus (eine wachsende Skepsis gegenüber der Möglichkeit, ein Machtgleichgewicht gegenüber den Eigentümern und dem Kapital herzustellen) seit den 1980er Jahren“ [18] bildet genau den politischen Nährboden, auf dem der Faschismus gedeiht. William Buchanon weist auf diesen Klassenfatalismus hin, wenn er den Aufstieg von Le Pens Rassemblement National diskutiert: „Die Partei weigert sich, mehr Sozialwohnungen zu bauen, fordert aber die Abschiebung von Migranten, damit mehr Franzosen davon profitieren können. Rassismus beiseite, die wachsende Popularität solcher Thesen hängt direkt mit der Kapitulation der Franzosen in einer Frage zusammen: Was auch immer wir tun, die liberalen Reformen werden am Ende durchgesetzt werden.“ [19]

Was Mason als unabdingbare Voraussetzung für einen erfolgreichen zeitgenössischen Antifaschismus beschreibt, nämlich die Verengung des politischen Erwartungshorizonts, die Selbstbeschränkung und Entradikalisierung der Linken und der sozialen Kämpfe, führt das politische Feld nur in eine Sackgasse, in der die Rechte gegen die Rechte und das Übel gegen das kleinere Übel kämpft. Es ist diese Sackgasse, die den politischen Raum noch weiter verengt, die die „extreme Rechte“ dazu bringt, ihre Segel zu blähen. Das sollten diejenigen unter uns wissen, die seit vielen Jahren immer wieder das Elend des „tatava yapma bas geç“ („Quatsch‘ nicht viel, wähl‘ einfach“) und des „strategischen Wählens“ erlebt haben.

Faschismus ist eine vorherrschende Tendenz und ein potentielles Merkmal des neoliberalen „Zeitalters der Katastrophe“. Um diese Tendenz zu bekämpfen, ist es vor allem notwendig, ein „defensives“ Verständnis von Antifaschismus zu vermeiden (das antifaschistische Minimum, um mit Bora zu sprechen), d.h. eine Tendenz, die ihre politischen Ziele hauptsächlich darauf beschränkt, die faschistische Bedrohung zu stoppen und zu diesem Zweck auf die Mitte zurückgreift. Der heutige Antifaschismus muss eine explizit antineoliberale Linie verfolgen, die darauf abzielt, die Dominanz des „kapitalistischen Realismus“ zu brechen, der den Faschismus nährt und zu einer konkreten Möglichkeit macht.

Wir sind alle Antifa Graz 2025 – Chronologie der Ereignisse

In Graz (Österreich) sind gerade sieben Antifas von massiven Repressionen betroffen. Seit Ende Jänner finden überzogene Ermittlungen gegen 7 Antifaschist:innen statt, denen vorgeworfen wird, am Rande des deutsch-nationalen und FPÖ-nahen Akademikerballs einem Burschenschafter die Mütze geklaut zu haben.

Wir wollen hier eine kurze Chronologie der Ereignisse darlegen und auf die politische Dimension der absurden Vorwürfe und Ermittlungen eingehen.

Seit einigen Wochen ermittelt nun der Verfassungsschutz und die Staatsanwaltschaft Graz aufgrund des Vorwurfs des „Schweren Raubes“ nach Paragraph § 143 StGB. Dieser Paragraph wird sonst bei bewaffneten Raubüberfällen oder in Kontexten der organisierten Kriminalität verwendet, ist hier also komplett überzogen. Bei Verurteilung drohen den Beschuldigten zwischen 5 und 15 Jahren Haft. Der Paragraph setzt allerdings die Existenz einer kriminellen Vereinigung voraus. In dem aktuellen Fall wird diese konstruiert, um mit diesem Paragraphen überhaupt ermitteln zu können. Eine absurde Taktik, die allein dazu dient, Personen einzuschüchtern, Strukturen auszuleuchten und willkürlich Repression gegen Antifaschist:innen zu ermöglichen.

Das Vorgehen der Polizei ist ganz klar politisch motiviert. Es geht darum, Antifaschismus zu kriminalisieren und Antifaschist:innen zu verfolgen. Der Paragraph erlaubt nämlich einiges an Ermittlungstaktiken, die sonst nicht möglich wären. So gab es in den letzten Wochen bei allen Beschuldigten Hausdurchsuchungen, es wurden mehrfach Handy-Standortdaten abgefragt, eine Wohnung beschattet und nach zwei Personen sogar mit europäischem Haftbefehl gefahndet.

Die Hausdurchsuchungen wurden in einem unverhältnismäßigen Ausmaß von der Spezialeinheit Cobra ausgeführt. Angeklagte, aber auch Mitbewohner:innen, wurden mit geladener Waffe im Gesicht geweckt und unter vorgehaltener Maschinenpistole auf dem Boden fixiert; Wohnungstüren wurden vollständig zerstört. Es wurden mehrere Handys und Laptops beschlagnahmt und alle Beschuldigten für mehrere Tage in Gewahrsam genommen. Zwei der Beschuldigten wurden unter fadenscheinigen Begründungen in U-Haft genommen – eine Person für zwei Wochen, bei der anderen Person wurde die U-Haft nun um vier Wochen verlängert. Die anderen Beschuldigten waren 96 Stunden in Haft, ohne gerichtliche Anordnung – der Bullenstaat lässt seine Muskeln spielen

Besonders perfide und jeglicher Rechtsgrundlage entbehrend ist das Vorgehen bei Beschuldigten ohne österreichische Staatsbürgerschaft: Zunächst steckte das LSE (Landesamt für Staatsschutz und Extremismusbekämpfung) Steiermark die Beschuldigten in eine mehrtägige Anhaltung, erst dann wurden sie der Justizanstalt übergeben. Das Vorgehen ist reine Schikane, da sie dazu verpflichtet wären, sie sofort in die JA zu überführen. Dort fand nach weiteren 48h eine Haftprüfungsverhandlung statt. Die Vorwürfe sind haltlos, das Gericht ordnete die sofortige Enthaftung

an. Unmittelbar nach der Entlassung wartete vor der Tür aber bereits die Fremdenpolizei und prüfte, ob die Studis nicht ohne Gerichtsverfahren nach Deutschland abgeschoben werden könnten. Das darf bis zu 72h dauern, verbunden mit einer weiteren polizeilichen Anhaltung. Wie nahtlos diese Systeme ineinander greifen, zeigt welche Machtachsen die FPÖ im Sicherheitsapparat bereits jetzt aufgebaut hat. Der Staat geht hier mit aller Härte gegen Antifaschist:innen vor, indem ein überzogener Vorwurf konstruiert wird, der ein komplett unverhältnismäßiges Ausmaß an Ermittlungen zulässt. Während Rechtsextreme in Ruhe menschenfeindliche Ideologien verbreiten und umsetzen können und monatelang Jagd auf Homosexuelle und Linke machen, ist das aktuelle Vorgehen gegen Antifaschist:innen wie immer bezeichnend für den rechten österreichischen Polizeiapparat. Der FPÖ Nationalratspräsident und deutsch-nationale Burschenschafter Walter Rosenkranz forderte Ende Jänner eine „umfassende Aufklärung“ der „Angriffe“ auf die Besucher einer „friedlichen Veranstaltung“ (des rechtsextremen Balls), kurz danach übernahm das LSE die Ermittlungen. Dies unterstreicht noch einmal die politische Motivation, die hinter der polizeilichen Verfolgung steckt.



Wir werden uns von diesen staatlichen Angriffen und Schikanen nicht einschüchtern lassen! Wir müssen diesen Kriminalisierungsversuch im Kontext der aktuellen politischen Situation in Österreich sehen. Wo 30% eine rechtsextreme Partei wählen, wir einen deutsch-nationalen

Burschenschafter als Nationalratspräsident haben und die Steiermark von der FPÖ unter Kunasek regiert wird, wundert es auch nicht, dass die Polizei kontinuierlich mehr Befugnisse bekommt und antifaschistische Kämpfe vermehrt unter Beschuss geraten. Antifaschist:innen werden kriminalisiert, während Rechtsextreme sich in Sicherheit wiegen können.

Das zeigt aber nur, wie wichtig es ist, sich antifaschistisch zu organisieren und sich aktiv gegen diese autoritäre Zuspitzung zu stellen. Solidarität ist unsere Waffe! Wir wollen aufgrund der Ermittlungen nochmals daran erinnern, Handys und Datenträger zu verschlüsseln und die Wohnung aufzuräumen.

Seid solidarisch mit den Betroffenen, tratscht nicht und spekuliert nicht. Das hilft im Zweifelsfall nur den Repressionsbehörden.

Wie ihr helfen könnt:

Teilt die Soli-Kampagne auf Social Media (Instagram: @antifagraz25) und in euren Strukturen, organisiert Soli-Partys und Soli-Aktionen!

Spendenkonto: Rote Hilfe Graz | IBAN: AT06 2081 5000 4243 1999 | Verwendungszweck: antifagraz25

Getroffen hat es ein paar – gemeint sind wir alle!

Deshalb: Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

Männerseilschaften in der linken Bewegung

Antifa-Gruppen geben sich gerne feministisch-progressiv – nach außen auf jeden Fall. Frauen auf Bühnen, feministische Posts, einmal im Jahr liegt der gesamte Fokus auf dem feministischen Kampftag und im Plenum wird immer wieder die Wichtigkeit vom feministischen Kampf betont. Aber intern bleibt alles beim Alten: Männer planen die Aktionen unter sich, die Kumpelnetzwerke laufen wie geschmiert. Die Seilschaften sind dicht geknüpft, der Männerbund hält bombenfest. An alle Antifa Männer, wir müssen reden.

Wenn man sich Antifa-Orgas ansieht, sieht man von außen erstmal sehr klar: Antifaschismus, oft Antikapitalismus und hinten in der Ecke: „Feminismus“. Und sieht man noch genauer hin, sieht man noch etwas: Einen verdammten Männerladen. Nach außen zeigt man sich vorzeige-feministisch. Reflektiert und progressiv. Frauen, die Reden halten, Frauen auf Social Media und dazu noch ein paar kritische feministische Themenabende. Nicht zu vergessen: Der feministische Kampftag, an dem feministisch gespült wird was das Zeug hält. Einmal im Jahr kann man ja mit anpacken. Alles schön nach außen sichtbar, da wird dann auch gerne mal eine der Frauen nach vorne gezogen für die von einem Mann geschriebene Rede. Aber sobald es darum geht sich innerhalb der eigenen Gruppe mit den männlichen Machtstrukturen, seinen Männerbündnissen, auseinanderzusetzen wird es oft still, sehr still. Oder genervt. Oder abwertend. Denn nach innen zählt die Frauen Meinung oft weniger. Denn wenn es um Planung von Aktionen, das Erarbeiten und Vernetzen von Strukturen etc geht, werden Frauen nicht gefragt. Da bleiben die Männer lieber unter sich. Ist ja auch einfacher mit dem eigenen Antifa-Kumpel zu arbeiten, da läuft es einfach. Und die Care-Arbeit? Die bleibt wie im normal-bürgerlichen Alltag auch an den Frauen hängen: Awareness, Emotional-Care und Aufarbeitungsarbeit, alles was eben so "nebenbei" passieren muss. Und die Männer? Die planen Demos, Vernetzungen, private Plena und denken schon an die nächste Aktion, die am besten so mackerhaft wie möglich ist, um bei anderen Kumpel Antifa Gruppen auch mal so richtig Eindruck zu schinden. Denn wir Frauen sehen schon zu, dass der Rest irgendwie läuft. Dazu kommt, dass viele Gruppen stark über informelle Männernetzwerke funktionieren, Kumpels die sich untereinander wichtige Informationen zuspielen. Wer den "Kumpel-Vibe" hat wird schnell respektiert und in diese Informationsquellen aufgenommen. Da werden auch schnell mal frische junge Antifa Männer den erfahrenen Antifa Frauen vorgezogen.

Sogenannte Männerseilschaften, sie sind extrem wirksam und extrem exkludierend. Wer nicht männlich ist, bekommt seltener Vertrauen, weniger Respekt und weniger Entscheidungsmacht. Frauen müssen sich oft beweisen in dem sie so "unweiblich" wie möglich sind. Sie müssen militanter sein, tough auftreten und den Kumpel-Vibe bedienen, um überhaupt ernst genommen zu werden. Da muss erstmal ordentlich was geleistet werden. Oder ganz patriarchal-zynisch: In einer Beziehung mit einem der Kumpel sein. Denn wir kennen das ja aus unserem alltäglichen Leben, Frauen werden ernster genommen mit einem Mann an ihrer Seite. Ich möchte damit den Frauen ihre Leistungen nicht absprechen, ich möchte die Männer kritisieren die jene Leistung nicht zu würdigen wissen und nicht sehen. Und wenn man es anspricht, dann ist man nie zufrieden, zu anstrengend, zu kritisch. Oder man hats halt einfach nicht so drauf wie die Männer. Man will ihnen ja ihren Kumpel-Status wegnehmen und ihnen ihr Bro-Bierzelt-Plenum unsicher machen. Dabei geht es doch im Grunde darum: Hierarchien abbauen und die eigene Macht hinterfragen. Räume und Strukturen für alle, nicht nur für oder von Männern. Nicht nur plakativ auf Social Media oder auf Flyern. Manchmal frage ich mich: Sitze ich gemeinsam mit den Männern in einem Raum oder sitze ich einfach nur mit Männern im Raum. Und nein: Ich werde hier keine Lösungsvorschläge liefern, sie auf einem Silbertablett servieren. Ich habe keine Lust mehr permanent die Verantwortung dafür zu übernehmen, dass Männer sich mit ihrer Macht, ihrer Sozialisation oder ihren Positionen auseinandersetzen oder eben auch gerade NICHT auseinandersetzen. Es ist nicht unsere schieß Aufgabe, euch eure patriarchalen Misthaufen mit Lösungen zu besticken und so leicht verständlich wie möglich vor die Füße zu legen. MACHT. DAS. ENDLICH. SELBST.

radikale Grüße, K.L.A.R.A

(kritisch.laut.antipatriachal.radikal.angreifen)

Disclaimer: In diesem Text spreche ich ganz bewusst von Männern. Gemeint sind männlich sozialisierte Personen, aber vor allem und allem voran cis-Männer. Außerdem spreche ich in diesem Text von Frauen, natürlich ist mit bewusst, dass viele FLINTA* ähnliche Erfahrungen machen, aber da ich eine cis-Frau bin, kann ich erstmal nur von den Erfahrungen von mir und cis-Frauen sprechen, mit denen ich mich ausgetauscht habe.

(Grenzgebiet CH/DE) Den kapitalistischen Normalzustand sabotieren – Angriff auf Bahninfrastruktur

Wir haben in der Nacht vom 9. April bei Basel mit mehreren Brandsätzen an verschiedenen Stellen Signal- und Versorgungskabel der Bahn entzündet.

Die Bullen und die Medien haben unsere Aktion bisher verschwiegen.

Gelegen an zwei Ländergrenzen, mit Schiffsverbindungen bis an die Nordsee, einem bestens ausgebauten Schienen- und Strassennetz sowie einem

Flughafen ist Basel ein zentraler logistischer Knotenpunkt der Warenströme, die den kapitalistischen Normalzustand am Laufen halten. Da wir sehr wenig von diesem Zustand halten, haben wir ihre Infrastruktur angegriffen, um sie wenigstens für einen kurzen Moment zu unterbrechen. Unser Angriff richtet sich konkret gegen den länderübergreifenden Schienenverkehr für Güter und Personen und die Zugverbindung zum Hafen Kleinhüningen.



Über Basel führt eine der wichtigsten Nord-Süd Verbindungen Europas. Die Strecke zwischen Rotterdam und Genua ist Teil des Trans-European Transport Network Programms (TEN-T) und wird ständig fortlaufend ausgebaut. Über die drei Basler Rheinhäfen werden 10% des schweizerischen Aussenhandels abgewickelt. Ungefähr ein Drittel aller Importe von Mineralölzeugnissen werden hier auf Züge und Lastwagen verladen. Jeder vierte Schiffscontainer auf dem Weg in die Schweiz fährt durch die Basler Häfen. Beladen mit Waren, die aus geplünderten Rohstoffen aus aller Welt gefertigt werden oder Baumaterialien, mit denen immer mehr Autobahnen, Banken und Knäste gebaut, Böden versiegelt und alles Lebendige unter einer dicken Schicht Beton beerdigt wird.

Die in Basel ansässige Pharma- und Chemieindustrie importiert auf diesem Wege ebenfalls Maschinen und Stoffe, die sie für die Herstellung der später auf demselben Weg zu exportierenden Erzeugnisse benötigt. Seien es krebserregende Chemikalien von Syngenta oder krebserkämpfende Medikamente von Novartis oder Roche, es sind zwei Seiten derselben Medaille. Statt sich ernsthaft der ganzheitlichen Heilung der grösstenteils erst durch den techno-industriellen Komplex hervorgerufenen Krankheiten zu widmen (geschweige denn ihren Ursachen), werden die Menschen an ein Gesundheitssystem gebunden, welches sich in erster Linie daran orientiert, Profite für die Pharmakonzerne abzuwerfen und uns für die Verwertung im Arbeitsalltag fit zu halten.

Für das reibungslose Funktionieren dieses lebenszerstörenden Systems sind die Gütertransportwege von grosser Wichtigkeit. SBB Cargo und DB Cargo profitieren mit ihrer Logistik von Neokolonialismus und Krieg. Sie sind Teil der militärischen Infrastruktur. Die Deutsche Bahn befördert Kriegsmaterial von Bundeswehr und NATO-Armeen. Auf den Schienennetzen wird die tödliche Fracht der Rüstungsindustrie in die ganze Welt transportiert, die für Vertreibung, Landraub, Genozid und die Aufrechterhaltung der herrschenden sozialen Verhältnisse benötigt wird.

Die Industrialisierung und somit die Vertiefung der Machtverhältnisse und Ausbeutungsstrukturen wäre wohl kaum ohne die Erfindung der Eisenbahn möglich gewesen. Bis heute dient diese Technologie dazu, noch nicht erschlossene Territorien zu kolonisieren und der kapitalistischen Verwertung zugänglich zu machen (z.B. Beteiligung von DB am Projekt «Tren Maya» in Mexiko und an der Schienenverbindung zu einem neuen Tiefseehafen im Osten des brasilianischen Amazonas).

Nun könnte sich die Frage aufdrängen, warum wir ausgerechnet den Schienenverkehr angreifen, wo dieser doch viel klimafreundlicher sein soll als etwa der Strassenverkehr. Vorweg: Autobahnen finden wir auch scheisse. Den «grünen Transformationsprozess» halten wir allerdings für

eine verlogene Erzählung, mit der man uns Hoffnung auf eine ökologische Zukunft des Systems zu verkaufen versucht.

Die grüne Fortschrittslokomotive wird uns mit technologischen Lösungen vor der Klimakatastrophe bewahren, heisst es, und: Sie ist CO₂-Neutral!

Für uns jedoch ist genau dieser Fortschritt die Katastrophe. Abgesehen davon, dass nicht etwa weniger, sondern immer mehr CO₂ in die Atmosphäre gepustet wird, werden im Namen von grüner Energie und klimafreundlicher Mobilität in immer grösserem Ausmass Lithium, Kobalt und seltene Erden abgebaut und somit Öko- und Lebenssysteme zerstört. Der Extraktivismus verwüstet immer grössere Flächen der Erde und ist Teil der selben Megamaschine, die für die meisten Menschen nur eine Existenz im sozialen Elend bereithält. Es ist an der Zeit, die Notbremse zu ziehen.

Noch ein paar Worte zum unterbrochenen Personenverkehr: Gleich neben den Gleisen befindet sich das Gefängnis Bässlergut, wo Menschen in Ausschaffungshaft eingesperrt werden, weil sie sich nicht an die Regeln der kolonialen Weltordnung halten und sich nicht dort in die Warenkette einreihen, wo sie geboren sind. Einige von ihnen befinden sich seit Monaten wiederholt im Hungerstreik, um für Freiheit zu kämpfen.

Diese Kontroll- und Unterwerfungsstrukturen wirken hier, an der deutsch-schweizer Grenze, auch ausserhalb der Knastmauern in Form von regelrechter Menschenjagd. Hier, in der Zone der Personenfreizügigkeit, patrouillieren massenweise deutsche Bundesbulen, um zu verhindern, dass das mit der Personenfreizügigkeit falsch interpretiert werden könnte. Denn sie gilt natürlich nicht für alle. Arbeiter:innen und Tourist:innen sollen hier transportiert werden. Wer jedoch die falschen oder keine Papiere hat, dem bleibt das Recht auf eine Zugfahrt von Basel nach Deutschland verwehrt.

Unsere Aktion verstehen wir auch als Teil der Kämpfe gegen das mörderische Migrations- und Grenzregime. Wir sind solidarisch mit allen, die etliche Grenzen überwinden und den Todespolitiken Europas trotzen.

In der Welt, in der wir leben, erzählt man uns, dass all das, was wir oben benannt haben, unabdingbar ist. Dass es zwar an uns ist, das Beste aus dem eigenen Leben zu machen, wir aber – auf uns gestellt – niemals ein so gutes und sicheres Leben führen könnten, wie jenes, das uns vorgegeben wird.

Es gibt aber auch andere Erzählungen. Geschichten von einem Leben ausserhalb der Verwertungslogik, Geschichten von generationsübergreifenden Kämpfen von Communities auf der ganzen Welt gegen Unterdrückung, Ausbeutung und die Zerstörung der Natur. Geschichten von Widerstand, gegenseitiger Hilfe und Fürsorge.

Diese Erzählungen sind nicht nur Ideen, sondern auch Möglichkeiten. Wir glauben an diese Geschichten und wir möchten sie weiterschreiben. Wir wollen das Bestehende angreifen, um Platz für das Mögliche zu machen.

Lasst uns den kapitalistischen Normalzustand sabotieren!

Weder Grenzen noch Nation!

Captain Future – Vor dem Krieg

20.11.2030

Die Schlangen an den Supermärkten sind jetzt so lang, dass erste Unruhe entsteht. Die meisten bekommen ohnehin nichts mehr. Viele Regale sind schon leer. Zuerst wieder nur das Klopapier. Jetzt fehlt alles Brauchbare. Dabei hat der Krieg noch gar nicht begonnen. Überall Ungläubigkeit in den Augen; unter der Betriebsamkeit lauert merklich, sich heranschleichend, Furcht, vor dem was kommt. Kein Heldentum außerhalb der Propaganda. Immerhin das. Auch kaum Widerstand. Wir haben gestern versucht zur Demo nach Berlin zu kommen – keine Chance. Alle Autobahnen sind jetzt erstmal bis zum Ende des Aufmarsches nur fürs Militär nutzbar. Wie soll das erst werden, wenn der Krieg ausbricht? Auf den Landstraßen stehen jetzt die Heimatschützer vor jeder Brücke. Da sind jetzt viele Nazis dabei. Eben wollten sie noch ein Bündnis mit Russland, jetzt geilen sie sich an ihrer Macht auf. Sie kontrollieren die Straßen. Aber mit dem Auto kommt man bald sowieso nicht mehr weit. An den Tankstellen bekommen gerade nur noch die Militärkolonnen Benzin und Diesel. Die Tankstellenbetreiber haben schon vor Jahren Verträge mit der Bundeswehr geschlossen. Alles für die Truppen, die jetzt aus Frankreich, Spanien und Portugal Richtung Polen fahren. Auf der Strecke von Mannheim über Frankfurt, Erfurt, Leipzig und Berlin, und zwischen Nürnberg und Dresden geht Richtung Polen gar nichts mehr. Im Süden ist alles für die französischen Truppen aus Metz und Sarrebourg frei gehalten, die über Karlsruhe, Stuttgart und München nach Rumänien fahren. Auf der A20 Stau, weil die Amis über Bremerhaven nach Litauen wollen. Im Osten verstopfen die Soldat_innen aus der Oberlausitz und aus Hohenfels und Grafenwöhr die Straßen. Bis vor ein paar Tagen wusste niemand, wo das ist. Aber jetzt läuft in den Nachrichten ja nicht nur der Propagandadreck – sie sind zu einer Dauerverkehrsmeldung geworden. Na, dann denken die Leute wenigstens, Krieg sei eigentlich ein Verkehrsproblem. Gute Nacht und bis morgen.

21.11.2030

Heute Nacht haben Leute eine Drohne runtergeholt, die den Hub in Lehrte überwacht hat. Ich glaube nicht, dass es die Russen waren. Schon in den letzten Tagen wurden Drohnen angegriffen. Keine Ahnung, wie die das machen. Aber Drohnen sind jetzt überall. An allen Autobahnen und Schienen wurden auch Sensoren angebracht. Die kriegt man wenigstens relativ einfach ab. Wenn es nur nicht so mühsam wäre, sich unbemerkt zu nähern. Es fahren jetzt fast nur noch Züge fürs Militär. Alles priorisiert. Es heißt, in zwei bis drei Wochen würde sich wieder alles normalisieren. Wer's glaubt! Gerade werden die Verstärkungskräfte der Bundeswehr für den NATO-Kampfverband in Litauen aus Standorten in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern zusammengezogen und das Material wird von Logistikeinheiten aus Delmenhorst und Burg transportiert. Fahrzeuge und Technik werden auf ihrem Weg nach Osten auf den Truppenübungsplätzen Jägerbrück und Lehnin zusammengezogen. Von dort machen sich dann Kolonnen über Tag und Nacht über die Autobahn auf den Weg Richtung Osten. Ein weiterer Transport mit Artilleriemunition macht sich aus dem Munitionslager im saarländischen Eft-Hellendorf Richtung Litauen auf den Weg. Von überall strömen sie heran, um in den Krieg zu ziehen. Angeblich gibt es jetzt im-

mer mehr Freiwillige für den Heimatschutz und die „Hilfsorganisationen“. Wir haben heute versucht, Richtung Hamburg zu kommen – keine Chance. Der Blockadeversuch in Unterlüß wurde plattgemacht. Über 200 Leute sitzen jetzt erstmal im Lager. Sie haben es wenigstens versucht. Aber die NATO-Kriegsmaschinerie lässt sich nicht von ein paar Leuten aufhalten. Russland zieht immer mehr Truppen in Belarus zusammen. Putin sagt immer noch, es sei ein Manöver, Vance fliegt zum Papst (was soll die Scheiße?), Weidel droht die Koalition platzen zu lassen – und wir plakatieren gegen Militarisation. Wie nutzlos ist das denn! Jetzt wird eine befristete Ausgangssperre diskutiert. Nur bis der Aufmarsch abgeschlossen ist. Es nützt nichts. Wir müssen dringend Demos machen, raus auf die Straße! Aber mit wem? Im Autonomen Zentrum wurde gerade vom Plenum beschlossen, dass man sich an eine Ausgangssperre halten würde, um den Laden nicht zu gefährden – und weil ja wohl niemand unter russischen Verhältnissen leben wolle! Tschüssikowski linke Szene.

24.11.2030

Wir haben jetzt 2 Tage lang versucht ein Krankenhaus zu finden, in das wir Martha bringen können. Sie bekommt immer schlechter Luft – jetzt ist sie wieder zu Hause. Kein Krankenhaus war bereit sie aufzunehmen, weil ja gerade alles auf Verarztung von Kriegsverletzten umgestellt wird. Das ist schon irre: es gibt ja noch gar keinen Krieg! Aber die Vorbereitungen laufen wie am Schnürchen, als gäbe es nur eine Richtung: Weltkrieg. Das ganze Land, ganz Europa wird umgekrepelt, weil die NATO es so will. Die meisten Verletzten gibt durch Unfälle mit Militärkonvois. Gestern erst bei Wunstorf, wo alle Transportmaschinen stationiert sind. Die karren da über Schiene und Straße Unmengen an Material hin. Die Gleise sind voll mit Panzern, Munition und Kerosin. Auf den Straßen das gleiche Bild. Lieferkettensicherung gibt's nur für das Militär. In den Geschäften wird es jetzt sehr knapp. Spahn sagt, es sollen jetzt alle auf ihre Notvorräte zurückgreifen, in 2 Wochen sei der Aufmarsch vorerst abgeschlossen und dann sind die Autobahnen wieder für LKWs benutzbar. Na ja, wenn es wirklich zum Krieg kommt, haben die Leute nichts mehr zu Essen. Die Küfa bekommt jetzt schon Probleme, weil es zu wenig Essen gibt und zu viele Leute was essen wollen. Mittlerweile werden zwar immer mehr Standorte von Lebensmittelagern bekannt; Aber davor stehen überall die Heimatschutz-Faschos.

27.11.30

Die Militär-Autobahn A20 ist gestern „abgesackt“. Da haben sie extra den Tunnel unter der Elbe gebaut und das Sondervermögen verdoppelt... Die Amis kommen jetzt wieder über die A2. Aber der Flugplatz des Marinefliegergeschwaders 5 in Nordholz ist genauso abgeschnitten wie der Midgard-Hafen in Nordenham, der Fregattenhafen in Wilhelmshaven und das Bundeswehrkrankenhaus in Westerstede; Rotterdam und Vlissingen sind auch abgeschnitten. Am Bundeswehrdepot in Hessedorf ist ein Feldweibel Amok gelaufen, weil die A20 nicht mehr nutzbar ist. Es hat überall russische Saboteure gesehen. Sollen sie sich doch gegenseitig abknallen. Zivile Autos dürfen ab heute, befristet für die nächsten 5 Tage nur noch

fahren, wenn sie was mit Arbeit oder dem Aufmarsch zu tun haben. Es gibt überall Kontrollen, auch in der Stadt.

29.11.30

In Bayern gab es den ersten Hackerangriff auf ein Wasserwerk. Das hört sich nicht gut an. Wir haben uns zum Glück heute Vormittag noch einen 1000-Liter-Tank besorgt.

Das Land steht still. Außer Militär und Heimatschutz bewegt sich nicht nichts mehr. Alle halten den Atem an. Apokalyptisch.

04.12.30

Es gab Versuche von Anarchist_innen sich den Protesten gegen die eingeschränkte Bahnnutzung anzuschließen. Das schien erst ganz gut zu laufen. Aber seit jetzt bekannt wurde, dass die Bahn schon 2019 Verträge mit der Bundeswehr abgeschlossen hat, die militärischen Schienentransporten bei Aktivierung der NATO-Eingreiftruppen Vorrang vor zivilen Zügen einräumen, sind viele Bürgerliche weggeblieben und der DGB hat dazu aufgerufen, zu Hause zu bleiben, weil Deutschland jetzt zusammenhalten müsse.

Russland sagt, seine Übung sei beendet und zieht Truppen ab. Die NATO diskutiert, ob man nicht präventiv handeln müsse. Spahn trägt jetzt auch eine schicke Uniform, Weidel fliegt nach Russland, Vance ist wieder beim Papst, Putin sieht 10 Jahre jünger aus. Vielleicht gibt es Krieg. Morgen graben wir an der A6.

Captain Future

In Berlin haben Leute ne Sponti gemacht. Der Mob hat sie fast gelüchelt.

Kann man gegen Krieg und zugleich gegen Klärung der Kriegsursachen sein?

Eine Antwort auf den Text der Antikriegsgruppe Berlin „Wie kommen wir in die Initiative?“

schüre als auch mit den Fragen der Kriegsursachen verstanden wissen. Die Hauptthese des Textes, wie wir ihn lesen, lautet in etwa so:

In der GWR # 493 erschien ein Text¹ mit dem Titel „Wie kommen wir in die Initiative? Gegen jeden Krieg – das patriarchale Kommando entwerfen“, eine Zusammenfassung und Aktualisierung der gleichnamigen Broschüre, die schon seit längerer Zeit kursiert und über die bisher leider keine inhaltliche Auseinandersetzung stattfand. In Zeiten, in denen sich selbst Teile der Linken, die bisher den Anspruch hatten eine fundamentale Kritik an Staat, Nation und Kapitalismus zu kennen, auf die Seite von dieser oder jener Kriegspartei schlagen, freut es uns natürlich einen Text zu lesen, der sich dagegen wendet.

ALLE Kriege haben ihren Grund und ihren Zweck in der vom Patriarchat durchgesetzten Binarität der Geschlechter. Praxis gegen den Krieg muss daher Praxis gegen Patriarchat und Geschlechterbinarität sein. Das Patriarchat ist DIE herrschende und durchgesetzte Gesellschaftsordnung.

Einige formale Anmerkungen:

Wir finden den Vorschlag, „inne[zu]halten und [zu] überprüfen, worum es gehen könnte“, gut. Allerdings beinhaltet bereits die Weiterführung des Satzes eine unserer Meinung nach falsche Fragestellung: Eine wie auch immer geartete Linke ist derzeit gar nicht in der Position, zu entscheiden, ob wir „den Ereignissen [...] nur hinterher“ rennen oder ob wir uns erst mal in Ruhe überlegen sollten, wie wir denn tatsächlich „vor die Kriege [...] kommen“. Es gibt heute keine linksradikalen Organisationen oder Zusammenhänge, die gesellschaftlich ansatzweise Einfluss nehmen können. Was wir tun können, ist, die Gründe für die stattfindenden Kriege zu klären und die Legitimationen zu entlarven, mit denen die Zustimmung der Menschen zu diesen in den beteiligten Ländern erzeugt werden soll.

Eine erste Schwierigkeit ergibt sich aus dem Inhalt der These selbst. Zwischenstaatliche bewaffnete Konflikte werden mit patriarchalen Geschlechterverhältnissen gleichgesetzt und als eine Sache behandelt. Kriegsgründe und -zwecke von schwer bewaffneten Staaten werden in eins gesetzt mit einem täglichen „Krieg gegen Frauen* und queere Menschen [...], sowie gegen Männer*, die zu weich scheinen“. Wir wollen letzteres nicht verharmlosen, und auch nicht bestreiten, dass es zwischen Kriegsertüchtigung und patriarchaler Zurichtung einen Zusammenhang gibt. Wir denken aber schon, dass das zwei unterschiedliche Sachen sind, die eben als solche, als zwischenstaatliche, mit Waffengewalt ausgetragene Interessengegensätze, und als in einer Gesellschaft in verschiedener Intensität durchgesetzte Geschlechterzuschreibungen und -machtverhältnisse, untersucht und erklärt werden sollten.

Mit diesem Anliegen lesen wir auch den Text in der GWR. Wir halten die in ihm formulierten Ergebnisse allerdings für falsch und somit den Text für besagten Zweck für misslungen. Wir wollen unsere Kritik als Anfang einer weiteren Auseinandersetzung sowohl mit den Thesen der Bro-

Dem Beleg für die Richtigkeit der aufgestellten These weichen die Autor*innen aus, indem sie von vornherein die Widersprüchlichkeit ihrer Ausführung benennen und die auch gar nicht als Mangel deuten. Im Vorwort der längeren Broschüre steht dann folgendes: „Vielleicht widersprechen sich einzelne Thesen sogar. [...] Manche Thesen fliegen auch frei ohne feste Ordnung umher“. Das ist keine Besonderheit: In den Feuilletons

der bürgerlichen Medien werden „kontroverse“ und „spannende“ Themen auch auf ähnliche Art verhandelt. Im Sinne einer Meinungspluralität werden sich widersprechende Argumentationen als verschiedene Standpunkte nebeneinander gestellt, ohne die jeweiligen Aussagen auf ihre Schlüssigkeit und Richtigkeit zu überprüfen. Dann wird festgestellt, dass es zwischen den Aussagen einige Unterschiede gibt. Noch anders bei den Autor*innen des GWR-Textes: Bei ihnen handelt es sich nicht um verschiedene Positionen, sondern um Widersprüche in der einen eigenen Position der Autor*innen. Aber auch damit haben letztgenannte kein Problem. Wir halten von einer solchen Art der Bestimmung und Positionsfindung nichts. Und auch nichts von der ausdrücklichen Aufforderung, sich mit Ursachen und Gründen nicht zu beschäftigen.² Uns geht es tatsächlich darum, zu verstehen, warum es ständig und immer häufiger zu bewaffneten zwischenstaatlichen Konflikten kommt. Warum dabei ein Großteil der Leute, trotz offensichtlichem Schaden für das eigene Leben, mitmacht. Gerade weil wir wissen wollen, ob und was es da für uns „zu tun“ geben kann oder eben auch nicht. Die Feststellung, dass da einiges „frei umherfliegt“, hilft uns dabei nicht weiter. Wir nehmen die Hauptthese ernst, kritisieren sie aufgrund der angeführten Argumente und begründen diese Kritik. Ein argumentativer Widerspruch ist für uns nicht Nebensache, die sich in einer „Praxis“ schon irgendwie ausbügeln wird.

Der Zusammenhang von zwischenstaatlichen Kriegen, Militarisierung und Mobilmachung und dem Patriarchat wird im Text vor allem dadurch hergestellt, dass vor die besprochenen Themen schlicht das Prädikat „patriarchal“ gesetzt wird: „die patriarchale Logik von Freund und Feind“, „eine patriarchale Mobilisierung zum Krieg“, „in einer mentalen Mobilmachung auf der Grundlage patriarchaler, z.T. gewalttätiger Konditionierungen“. Was an der Mobilisierung patriarchal ist, was eine patriarchale Konditionierung sein soll, wird an keiner Stelle erklärt. Im Folgenden dann auf den Zusammenhang all dieser Vorgänge zum Patriarchat zu verweisen, wirkt wie ein Taschenspielertrick. Das entspricht in etwa der Logik, in der Frauen immer Empathie und Fürsorge unterstellt und von ihnen gefordert wird, um dann damit zu begründen, dass Fürsorglichkeit und Empathie weibliche Eigenschaften seien.

Der Beitrag in der GWR warnt davor, sich mit konkreten Ursachen und Gründen für Kriege zu befassen. Stattdessen findet eine Selbstvergewisserung durch wohlklingende Vokabeln statt: „Eine queere, feministische und antimilitaristische Analyse von Krieg und Militarisierung mit einer Prise Anarchismus zu würzen, um zur sozialen Revolution zu schreiten – darum geht es uns. Eine soziale Revolution ist alternativlos, wenn wir dem Militarismus auf allen Seiten die Waffe aus den Händen schlagen wollen.“ Die Autor*innen machen klar, welche Schwerpunkte ihnen selbst bei einer Untersuchung von Kriegen wichtig sind, und auch gleich, was dabei rauskommen soll. Bloß: Eine Analyse ist kein Kochrezept. Dass bei einer „queere[n], feministische[n] und antimilitaristische[n] Analyse“ eben Patriarchat rauskommt, ist genauso logisch, wie dass eine Suppe, die ich mit Pfeffer würze, nach Pfeffer schmeckt. Der Verweis darauf, welche Themen einem selber wichtig sind, dient als Beweis dafür, dass diese Themen zur Erklärung der Sache wichtig sind.

Die Unterschiede zwischen Kriegen in verschiedenen Epochen, zwischen verschiedenen Staatsformen und Parteien (Kriege zwischen Feudalherrschern und zwischen kapitalistischen Staaten werden einfach gemeinsam verhandelt) und an verschiedenen Orten der Welt und der Inhalt dieser

Konflikte sind den Autor*innen einerlei. Ebenso der Unterschied zwischen Kriegsfähigkeit und den Gründen für Kriege. Das Patriarchat wird sowohl als Grund und Zweck für alle Kriege als auch als Voraussetzung für Kriegsfähigkeit benannt. Angenommen, zum Kriegführen müssen Menschen kriegsfähig gemacht sein, dann wäre doch der Kriegszweck schon vorab erreicht... Die Autor*innen verharren bei der beschriebenen ZUSCHREIBUNG. Was ist nun Folge dieser Zuschreibung(en) und was Ursache? Führen politische Kontrahenten den Krieg, um Zuschreibung(en) am Körper ihrer Bevölkerung oder ihrem Gegner zu vollziehen? Warum folgt aus der Zuschreibung ein zwischenstaatlicher Konflikt?

Für die Behauptung, es handele sich bei der Binarität der Geschlechter um eine Art „Hauptwiderspruch“ der Menschheitsgeschichte, unabhängig, ob in der antiken Sklavenhalterpolis, im feudalen Lehnswesen oder in heutigen Nationalstaaten, findet sich im Text leider keine Begründung. Mit dem Begriff Patriarchat wird von verschiedensten historischen Gesellschaftsformen und also Geschlechterverhältnissen abstrahiert, und damit auch von den ganz unterschiedlichen Zwecken von Feudalstaaten oder kapitalistischen Nationalstaaten.

Es bedarf laut den Verfasser*innen eine für den „permanente[n] Kriegszustand im Patriarchat [...] angemessene[n] Mentalität“. Was ist damit gemeint? Wie wird Mentalität, als eine vom Inhalt getrennte Form des Denkens, hergestellt? Wir denken, dass Menschen Gründe haben, sich für eine Parteinahme in Kriegen zu entscheiden, sich also inhaltlich dahin denken. Nur weil das so ist, macht es Sinn, diese Denkinhalte und die Legitimationen, die zu diesen Inhalten führen, zu kritisieren. Dass Zustimmung zu Krieg und Patriarchat nur eine Sache der Konditionierung sei, widerspricht der Tatsache, dass wir und die Verfasser*innen des Textes sich gedanklich mit einer Kritik daran beschäftigen.

Wir erfahren, dass es für den Krieg „männliche Körper“ braucht, dann folgt jedoch der richtige Hinweis, dass der Krieg auch Nicht-Männer für den Kampf gebrauchen kann: „Soldatinnen stellen das patriarchale System nicht in Frage, sie stabilisieren es. Machen wir uns keine Illusionen: Ähnlich wird es auch für Transgender oder nonbinäre Persönlichkeiten funktionieren.“ Das widerspricht der vorherigen Aussage, dass „ausgehend von Unterschieden zwischen den Geschlechtern [...] ein soziales Geschlecht zu Angriff, Dominanz und Mord ausgebildet“ wird. Es sind Eigenschaften wie Kampfgeist, Gewaltbereitschaft, Unterordnung und Gehorsam, die beim Soldat*innensein gefragt sind. Das dies bis heute vornehmlich männlich zugeordnete Eigenschaften sind, ist unbestritten. Die interessante Frage wäre, ob diese notwendig einem Geschlecht zugeordnet sein müssen, oder ganz ohne patriarchale Zurichtung Eigenschaften eine*r verantwortungsvollen Bürger*in bei der Verteidigung seiner*ihrer Nation sein könnten. Zu behaupten, dass ohne Patriarchat auch keine*r mehr Soldat*in werden wollen würde, ignoriert das große staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein vieler gendersensiblen, queeren und sonst wie bunten Kriegstreiber*innen ganz aktuell in der BRD. Wo lässt sich denn in feministischer Außenpolitik, in der Begeisterung queerer Personen für die Ukraine-Verteidigung³, in einem Kriegstaumel, der über alle politischen Lager und „Lebensweisen“ hinweg das Land erfasst, das Patriarchat entdecken?

Und weiter geht es mit sehr konkreten Erklärungen und Vorschlägen: „In Friedens- wie in Kriegszeiten ist das Zerbrechen der Autonomie selbst-

bewusster Frauen und der zu erobernden Körper und deren Identitäten als freie Wesen ein wesentliches Kriegsziel. Eine starke Bewegung würde Geburts- und Sexstreik und die Entwaffnung toxischer Männlichkeit⁴ zur Diskussion stellen.“ Wir fragen mal so direkt: Hat Russland die Truppen in Bewegung gesetzt um die „Autonomie selbstbewusster Frauen“ zu brechen? Feuert deswegen Israel Raketen auf Gaza? Baut deswegen die VR China Flugzeugträger? Warum rufen etliche feministische Kritiker*innen der toxischen Männlichkeit auf, an der Seite der Ukraine zu kämpfen, oder für die nationale Befreiung, oder für die demokratische Staatsform (verwiesen sei auf in der Bundesrepublik bekannte Organisationen wie Femen⁵ oder Feminist Anti-War Resistance⁶)? Anscheinend liegt es nicht daran, dass sie die toxische Männlichkeit plötzlich gut finden, sondern weil sie ihre Anliegen mit und durch Staaten verwirklichen wollen. Eine Gebärstreik könnte ein Druckmittel gegen Staaten sein, aber es dau-

Damit keine Missverständnisse aufkommen: Die Propaganda, die Berichterstattung, die Statements der politischen und militärischen Führung, zum Beispiel im Ukraine-Konflikt, sind eine Fundgrube für sexistische, transfeindliche, rassistische, antisemitische Äußerungen. Aber daraus den Schluss zu ziehen, der Grund des Krieges sei in den sexistischen und transphoben Einstellungen zu suchen, halten wir für falsch. Dass es in den laufenden Kriegen, ob in der Ukraine oder im Nahen Osten, um den „Kampf zweier oder mehrerer Interessen um patriarchale Macht mit unterschiedlichen Herrschaftskonzepten“ gehe, ist eine falsche Abstraktion von allen konkreten Interessenwidersprüchen. Die kriegführenden Staaten haben unterschiedliche Kriegsziele, die sich vor allem aus ihrer jeweiligen Position und Situation innerhalb der Staatenkonkurrenz ergeben.

Und damit kommen wir zu unserer inhaltlichen Kritik:



ert, bis er Wirkung entfaltet. Die Idee eines Sexstreik unterstellt ja schon (richtigerweise), dass Frauen sich frei für Sex entscheiden können und der deutsche Staat die entsprechende Rechtsordnung liefert. Selbstbewusste Verweigerung von Frauen ist also entweder möglich, weil sie eben nicht in einer Gesellschaft leben, in denen ihnen „als Frauen“ der Krieg erklärt wurde ODER sie leben in einem Patriarchat, das ihre „Autonomie, Körper und Identität“ fortwährend „zerbricht“, dann ist eine derartige Verweigerung sowieso nicht drin. Zudem stellt sich die Frage, woher die Autor*innen die Idee nehmen, dass das größte Problem von Männern, die sich demnächst für „westliche Werte“ und Deutschland zerschießen lassen müssen, also ihr Leben zum Nutzen der Nation hergeben sollen (was auch, wenn sie sich selbst dazu vorgearbeitet haben, das zu wollen, eine riesige Scheiße und Aufgabe der eigenen Zwecke, ganz brachial: des eigenen Lebens bleibt) nun ausgerechnet DIE Aussicht sein soll, das sie vorher nicht noch gemütlich einen wegstecken können. Oder sie, als ständig kriegs- und sexgeile Gestalten, davon abhalten sollte ihr im kritisierten Text unterstelltes größtes Hobby (Gewalt und Krieg, so ganz abstrakt) sein zu lassen.

Wir denken nicht, dass die jeweiligen Entscheidungsträger*innen Kriege beginnen, um die Geschlechterverhältnisse durchzusetzen, die sie erstens bereits vorfinden und zweitens, je nach dem welchem politischen Lager sie angehören, für mehr oder weniger „natürlich“ halten. Wie passt es in die Ausführungen des Textes, dass in der BRD gerade die freie Wahl des Eintrags zum Geschlecht eingeführt wurde, sogar mit einer nicht-binären Option? Und dass gerade diese „Errungenschaften“ der liberalen Demokratien, also Schutz von Minderheiten wie LGBTIQ+ und Antidiskriminierungsgesetze, als Gründe FÜR den Krieg gegen Putin angeführt werden (Stichwort auch: feministische Außenpolitik). Wir denken nicht, dass man die Erklärungen zu den Entscheidungen, Kriege zu führen, einfach so ignorieren kann wie das die Verfasser*innen vorschlagen. Da wird von Staatsspitzen sehr klar über die Interessen gesprochen und diese Interessen sind nicht einfach erfunden um etwas vorzutäuschen. Die USA wollen der mächtigste kapitalistische Staat der Welt bleiben und sehen den Aufstieg Chinas durchaus richtig als eine Bedrohung für die eigene Vormachtstellung. Es ist nicht Putins Komplexen geschuldet, dass im Kreml die Freude über die Erweiterung der NATO und der EU verhalten ist. Russland möchte keine Degradierung zu einer „Regionalmacht“ und die politischen und ökonomischen Nachteile dieser Option liegen auf der Hand.

Staaten haben immer, auch in Zeiten, in denen sie keine bewaffneten Konflikte austragen, sich gegenseitig ausschließende Interessen. Sie benutzen sich wechselseitig, um das eigene Wachstum und den eigenen Einfluss auf der Welt zu vergrößern. Solange die Kräfteverhältnisse dabei gefestigt sind, also die einen bestimmen können, unter welchen Bedingungen sie selbst und die anderen handeln können, und es sich für die anderen nicht lohnt, gegen diese „Regeln“ aufzubegehren, herrscht Frieden. Und während die einen sorgsam darauf achten, dass ihre Vormachtstellung weiter beständig ist, sind die anderen dazu gezwungen, die für sie schädliche Ordnung zu akzeptieren, auszuhalten. Sobald aber ein Staat die Regelsetzungen (also die bestehenden Gewaltverhältnisse) zwischen den Staaten ernsthaft in Frage stellt (und das ist durch den russischen Einmarsch in der Ukraine 2022 geschehen), wird der Gegensatz mit militärischen Mitteln ausgetragen. Wir sehen daher ganz allgemein die Ursachen für zwischenstaatliche Kriege in der Staatenkonkurrenz, die auch in Friedenszeiten alles andere als friedlich im Sinne eines freundschaftlichen Miteinanders verläuft.

Die Bevölkerungen identifizieren sich mit ihren Staaten und sehen in deren Souveränität einen um den Preis des eigenen Lebens zu verteidigendes Gut – aber nicht weil sie es gewöhnt sind, alle Menschen in „Frau“ und „Mann“ einzusortieren. Menschen sind, ganz unabhängig davon, wie sie das finden, vom Staat und seinem Gewaltmonopol abhängig. Dass sie den Lohn, für den sie arbeiten, auch tatsächlich erhalten; dass sie gegen widerrechtliche Mietbedingungen, Betrug oder Gewaltandrohung gesetzlich vorgehen können; dass es einen Anspruch auf Arbeitslosengeld und Gesundheitsvorsorge gibt, dafür brauchen sie den Staat und sein Gewaltmonopol. Dass sie gar keine Wahl haben als sich auf diese „Absicherungen“ zu berufen, weil es der selbe Staat ist, der die Bedingungen herstellt, in denen sie einer Lohnarbeit nachgehen, für Wohnraum bezahlen und ihre Lebenszeit und Gesundheit für die Gewinninteressen anderer hergeben müssen, das sehen sie nicht als Argument gegen die Einrichtung der staatlichen Ordnung. Im Gegenteil: Die Instanz, die die ungemütlichen (im Kriegsfall dann auch schnell tödlichen) Gegensätze der Gesellschaft festschreibt, die sehen sie als den freundlichen Dienstleister, der ihnen die wenigen Mittel bietet, um in diesen Gegensätzen weitermachen zu können. Auf diese Abhängigkeit vom Staat beziehen sich die Menschen, ohne die Kriegsführung nicht möglich ist, auch zu Friedenszeiten in ihrer absoluten Mehrheit positiv. In sofern sehen sie auch die Durchsetzung seiner Stellung und Interessen in der Staatenkonkurrenz als „ihre Sache“ an.

Diese Parteinahme für die Staatsinteressen existiert auch bei Menschen, die sich nicht in das binäre Geschlechtermodell einordnen können und wollen. Die Kritik am Patriarchat bewahrt viele feministische und queere Gruppen und Aktivist*innen nicht vor einer Parteinahme in zwischenstaatlichen Konflikten (siehe Quellenangaben/Hyperlinks oben). Auch das Bekenntnis zum Antimilitarismus oder Antikapitalismus bedeutet nicht viel. Etliche Organisationen schlagen sich auf die Seite der einen oder anderen Kriegspartei. Ein gemeinsames Verständnis von den Staatszwecken und deren Beziehung zu Patriarchat und Geschlechterrollen halten wir daher für eine Voraussetzung statt für ein Hindernis, um sich Gedanken über Handlungsfähigkeit zu machen.

Um es deutlich zu machen: Es ist nicht egal, mit welcher Begründung gegen Krieg, Patriarchat usw. angetreten wird. Die Waffe als verlän-

gerter Schwanz ist eine weit verbreitete Kritik. Allerdings nicht nur von denjenigen, die sich gegen Kriegstreiberei und Patriarchat wenden, sondern vor allem von den Fürsprecher*innen für Kriege, die im Namen von westlichen Werten und Freiheiten die Militarisierung begrüßen und vorantreiben. Das Problem erscheint dann oft „nur“ das übermäßige Ausüben von patriarchaler Gewalt im Krieg. Die Kriege müssen in dieser Argumentation unbedingt geführt werden, aber bitte ohne sexualisierte Gewalt oder Männlichkeitswahn. Zudem haben die Staaten gar kein Interesse daran, sich mit dieser Gewalt und Mackerigkeit in Friedenszeiten herumzuschlagen: Die Schüttler nach dem 1. Weltkrieg, die Säufer nach Vietnam etc. sind Beispiele dafür, dass Staaten daran gelegen ist, dass sich schwertraumatisierte Soldaten nach der Rückkehr aus dem Einsatz wieder wie brauchbare Zivilisten aufführen. Das klappt oft nicht so gut, dazu gibt es bergeweise „Forschungsmaterial“ und auch Vorschläge, wie man Soldaten wieder in die Gesellschaft integriert. Wenn die Autor*innen tatsächlich glauben, Ziel des Staates sei es, solche zerütteten, daueraggressiven Typen zu schaffen, dann ignorieren sie, was zum Beispiel der deutsche Staat in StGB und BGB genau dagegen hält. Die Kritik am Patriarchat ist eben noch keine Kritik an zwischenstaatlichen Kriegen. In der 45-Thesen-Broschüre wird explizit benannt, welche Probleme manche Einstellungen der Szene, wie das Blockieren der Kritik mit den Verweisen auf die Betroffenheitsperspektive, mit sich bringen. Umso naheliegender erscheint uns, sich über die Ursachen des Krieges, die wir, wie gesagt, bereits in der "friedlichen" Konkurrenz der kapitalistischen Staaten sehen, zu verständigen.

„Ein antipatriarchaler Kampf unterminiert die Kriegsfähigkeit schon vor Kriegseintritt. Auch die Klassenfrage definiert sich neu, indem der weiße Arbeiter als revolutionäres Subjekt ausgedient hat.“ „Konsequentes Eingreifen bei patriarchaler Alltagsgewalt ist eine Antikriegshandlung. Die Entwaffnung jener, die mit misogynen und queerfeindlichen Worten die Taten vorbereiten, schwächt die Kriegstüchtigkeit.“ Wenn, wie hier, patriarchale Gewalt gleichgesetzt wird mit rassistischer Gewalt und mit der Gewalt, die in Kriegssituationen stattfindet, dann wird von der konkreten Situation so weit abstrahiert, dass es letztlich egal ist, ob jemand auf der Straße überfallen oder in einen Krieg geworfen wird. Krieg sei einfach Krieg des Patriarchats gegen FLINTA, und der sei nun mal überall. Dass es sehr wohl einen Unterschied macht, ob es sich bei der Person, die Gewalt ausübt, um den Genossen aus der eigenen Politgruppe handelt oder eine*n Politiker*in, die für den Staatszweck Grenzschießungen, Abschiebungen oder die Lieferung von Tötungswerkzeug anordnet, wird ignoriert. Die Macker, die „mit misogynen Worten die Taten vorbereiten“, haben gar nichts zu melden, wenn eine Frau in entsprechender Position sie an die Front schickt.

Natürlich ist es erfreulich, wenn es gelingt, eine Vergewaltigung zu verhindern. Wir haben aber erhebliche Zweifel, ob es die Zwangsmobilisierung der ukrainischen Bevölkerung, russische Panzer, israelische Raketen oder islamistische Bomben stoppt, wenn man im Alltag das Nötige gegen Sexismus und Gewalt an FLINTA unternimmt. In unserem Alltag begegnen uns die Entscheidungsträger*innen und Angehörigen der Streitkräfte eher wenig. Und Annalena Baerbock würde sich sicher keinen misogynen Spruch gefallen lassen. Das hindert(e) sie aber leider null an ihrer Kriegspolitik.

Deswegen halten wir eine Klärung der Ursachen von Kriegen und der Art und Weise, in welchem Zusammenhang sie mit den Geschlechterverhältnissen stehen, für sinnvoll. Und was der Frieden zwischen Staaten alles für Folgen mit sich bringt.

Die Antikriegsgruppe Berlin meint „dann brauchen wir neue Analysen, die den eingeschliffenen, traditionellen Blick verändern. Dazu braucht es eine Erprobung von Praxen, sei es eine Internationale zum Schutz aller Deserteure, sei es die Solidarität mit Kämpfern, denen ein antipatriarchales Moment innewohnt, um neue Bezüge herzustellen.“

Wir wissen nicht, ob unser Blick traditionell und eingeschliffen ist, aber wir halten es für eine gute Idee, erst zu analysieren, was vorliegt, bevor

man sich an die „Erprobung von Praxen“ macht und „Bezüge herstellt“. An unserer Solidarität mit allen Deserteur*innen ändert das natürlich nichts, da sind wir uns durchaus einig mit den Verfasser*innen.

Wir möchten gerne mit anderen diskutieren, insbesondere um die Gründe der aktuellen Kriege zu klären.

Mit solidarischen Grüßen,

Zimmerwald-Komitee

An die Hoffnungslosen/ An die Hoffnungsvollen

Wir leben in Zeiten der Krise. Der Kapitalismus hat seine finale Phase erreicht, in der er seine neoliberale Maske auch im globalen Norden endgültig absetzt und seine faschistischen Klauen tiefer und tiefer in unser Fleisch schlägt. Wir blicken in die Zukunft und sehen um uns herum Aufbruchsstimmung. Aber trotz allem haben wir Angst, dass die Ratlosigkeit, Depression, der Rückzug ins Private und Hoffnungslosigkeit viele von uns mit sich reißen. Ist sie nicht ein Vorwegnehmen einer bevorstehenden Niederlage? Wir wollen mit diesem Text gegen das Aufgeben anschreiben und für die Hoffnung plädieren. Denn obwohl sie oft zynisch belächelt wird, ist sie unser stärkste Waffe im Kampf gegen das kapitalistisch-patriarchale System. Wir wollen uns nicht ins bequeme Bett der Angst legen. Wir weigern uns der neoliberalen Lüge von der Sinnlosigkeit eines Kampfes für eine gerechtere Welt auf den Leim zu gehen. Isolieren, teilen und herrschen sind die Logiken dieser Welt, der wir uns nicht ergeben wollen. "Die Hoffnung erträgt kein Hundeleben" Anders als oft behauptet ist Hoffnung nicht Gefühl, das Mensch hat oder eben nicht. Sie ist keine zufällige Erscheinung, aber eine Entscheidung und stetige Arbeit. Sie ist das Gegenteil der Verwirrung und Angst. Sie ist die Gewissheit, dass wir das, was kommt, beeinflussen und damit umgehen können. Auch wenn wir sie schon fast nicht mehr in unseren wildesten Tagträumen finden - Sie ist kein Luftschloss. Sie ist eine Erkenntnis der Gegenwart und ein darauf fußender Antrieb, auf das Zukünftige aktiv hinzuarbeiten. Als unrealistisch und träumerisch abgetan, ist sie - ganz im Gegenteil - eine auf Vernunft basierende Einordnung des Ist-Zustands: Wir lernen unseren Blick auf die Gegenwart zu richten. Hoffnung weitet unsere Gedanken und Körper, denn sie ist "verliebt in das Gelingen und nicht in das Scheitern". Sie findet in der Geschichte jeden noch so kleinen alltäglichen Akt des Widerstandes gegen das kapitalistische-patriarchale System. Sie gibt dem Guten seine angemessene Bedeutung. So wird die Hoffnung stärker als die Angst vor dem Schmerz. Die Hoffnung kann ein Ventil der Sehnsucht auf das noch nie Dagewesene sein. Sie ist stärker als der Schmerz die würdelosen Verhältnisse in ihrer ganzen Grausamkeit und Eintönigkeit zu spüren. Im Gegensatz zum Optimismus, der ruhig auf seinem Platz auf bessere Zeiten wartet, nimmt die Hoffnung aktiv Einfluss auf den Lauf der Dinge. "Ich vermochte nur wenig, aber die Herrschenden saßen ohne mich sicherer, das hoffte ich" Wie Hoffnung das Gegenteil von Furcht ist, so ist Hoffnungslosigkeit der Gefühlsausdruck von diffuser Angst. Sie lässt uns dahin

schwimmen, ohne festen Boden unter den Füßen und macht uns stumpf füreinander. Hoffnungslosigkeit lässt uns nur noch passiv abwarten, was mit uns in Zukunft passieren wird. Diese Angst ist der Versuch Kontrolle in eine Situation zu geben, in der wir offensichtlich keine Kontrolle haben. Und ja, in Zeiten von KI gesteuerten Drohnen, die tausende Menschenleben auslöschen und Repression, die undurchsichtig scheint, haben wir keine Kontrolle über diese Geschehnisse. Da scheint in diesen Tagen die Hoffnungslosigkeit doch so menschlich und erstrebenswert. In einer Gesellschaft in der emotionaler Schmerz nicht als normaler Teil des Lebens gilt, sondern als um jeden Preis zu vermeiden - da gibt die Hoffnungslosigkeit uns zumindest das falsche Versprechen uns vor Enttäuschungen zu beschützen. Sie tut dies, indem sie uns eine Realität vorgaukelt, in der wir scheinbar nichts zu verlieren haben. Alles scheint schon verloren. Sie nimmt unser Herz vom Tisch und flüstert in unser Ohr: "Lass es lieber, denn es tut eh nur weh. Es bringt alles eh nichts". Sie präsentiert uns Ignoranz, Abgestumpftheit, Zynismus und Konsum als Medizin gegen unsere Leidenschaft für ein besseres Morgen. Doch ohne zu lernen kollektiv mit dem an Überwältigung grenzenden Schmerz der Ungerechtigkeit dieser Welt umzugehen und ihn zu akzeptieren, bleibt uns auch die aktivierende Kraft der Hoffnung verwehrt. Es geht nicht darum so zu tun, als würde der Schmerz weniger wehtun oder nicht existieren, sondern darum ihn als Teil unseres Lebens zu akzeptieren und uns gegenseitig in unserer Traurigkeit zu unterstützen. Wenn wir lernen es zuzulassen, schaffen wir damit gleichzeitig Raum, die parallel zu ihr existierende Schönheit des Lebens wieder wahrzunehmen. In einer individualisierten und nach Konsum ausgelegten Gesellschaft wird die eigene schnelle Bedürfnisbefriedigung der stärkste Wert an dem Wohlbefinden gemessen wird. So wird auch der individuelle Wunsch eine große, positive Veränderung der Gesellschaft schnell (!) und selbst zu erleben wichtiger, als sich als kleiner Teil einer Jahrtausende alten Geschichte des Widerstandes zu begreifen. Wir verharren in der Reaktion. Wir suchen Held:innen, Anführer:innen und Projektionen für gegenwärtige und kommende Aufstände und vergessen den Fluss der Zeit und unsere eigenen kleinen, aber wichtigen Rollen in Alledem. Diese Haltung bringt Enttäuschung und egozentrische, gekränkte Resignation hervor. Wenn wir lernen uns selbst in einen lang andauernden Kampf der Bewegung einzuordnen, können wir zufrieden anerkennen, dass wir die Saat unserer Arbeit im Konkreten selbst nie ernten wer-

den. Wir können ruhig zulassen, dass wir niemals im Konkreten erfahren können welchen Einfluss unser Tun auf die Geschichte nehmen wird. Denn wichtig ist, dass wir so wie viele vor uns und viele nach uns am Stuhl der Herrschaft beharrlich sägen und weiter Strukturen und Kultur jenseits des Staates aufbauen. Was die Geschichte uns lehrt ist ,dass revolutionäre Veränderung ein fortlaufender Prozess mit Höhen und Tiefen und kein statisch zu erreichender Zustand eines Paradieses ist. Von der grundlegenden Schlechtheit der Menschen auszugehen, entspringt darwinistischen und neoliberalen Denkschulen, die in unserer Gesellschaft dominant sind. Sie gelten weithin als logisch, obwohl sie extrem zerstörerisch für das soziale Geflecht zwischen den Menschen sind. Sie schaffen in unserem Kopf das Denken von Gut und Böse - tödliche Binaritäten, die uns abtrainieren Komplexitäten und Zusammenhänge zu verstehen. Wir vergessen mit und für wen wir kämpfen. Mit dieser Art zu Denken spielen wir dieser erfolgreichsten Waffe gegen befreite Gesellschaftsvorschläge in die Hände. Die Kultur der Hoffnungslosigkeit, die aus diesem Denken entsteht verlangt nach einer starken Autorität, einem starken Staat, um Menschen voneinander zu beschützen. Sie werden so zum Treibstoff der kommenden Faschismen. Und überall biedern sich Menschen aufgrund ihrer resignierten Haltung und dem Drang nach Handlungsfähigkeit diesen autoritären Vorschlägen an - wir haben dies gesehen zu Zeiten von Corona, in den Diskussionen für imperialistische Militäreinsätze und Waffenlieferungen und in medialen Hetzen gegen Befreiungsbewegungen. Es wird nicht mehr wertschätzend über taktische Entscheidungen diskutiert, sondern individualisiert moralisch argumentiert um durch ständige Abwertung anderen Kämpfen in einer scheinbaren Überlegenheit zu verharren. Eine sich gegenseitig hoffnungslos redende, zynische Linke spielt dem Feind in die Hände, indem sie damit seiner Repression zuvorkommt und seine Phrasen von der Nutzlosigkeit der Kämpfe für ein besseres Leben für Alle in unseren Köpfen weiter verankert. Eine politisch linke Haltung geht von einem positiven Menschenbild aus und trägt die hoffnungsvolle Überzeugung, dass Alles für Alle reichen wird. Sie begegnet Menschen als Freund* innen und potentielle Mitstreiter*innen und weiß um das riesige Potential unserer Fürsorge zueinander. Hoffnungslosigkeit scheint eine individuelle Entscheidung oder Niederlage zu sein, aber ihr politische Dimension ist dramatisch: Da Hoffnung verbunden ist mit unserer Vorstellungskraft, gilt sie in der patriarchalen und kolonialen Wissenschaft als unvernünftig und wird belächelt. Eine Wissenschaft, die alles messbar machen will und Fakten schafft, die der herrschenden Klasse dienen. Eine vermeintliche rationale Neutralität im Sinne der Wissenschaft soll normieren und so vergleichbar machen, was nicht vergleichbar ist. Diese Art Rationalität zu denken, ist tief in die neoliberale Gesellschaft eingesickert und lässt eine aus Hoffnungslosigkeit erwachsende, faschistische Kultur als den logi-

schen Werdegang der Menschheit erscheinen. Diese tief sitzende Hoffnungslosigkeit, die sich im Aufgeben der eigenen Zukunft zeigt, treibt Millionen von Menschen in eine zerstörerische Gewalt und damit Millionen von Menschen in ihre Gräber. Sie treibt uns weg von einer lebensbejahenden, freudigen Position, die so notwendig ist, um Menschen zu motivieren zu kämpfen. Wenn Mensch Hoffnung hat, gibt es viel zu tun Die Arbeit der Hoffnung ist gleichzeitig eine eigene und gemeinsame Verantwortung, durch die wir all unser Potential gegenseitig aus uns herauskitzeln können. Sie ist eine wunderbare Kraft die uns an unserer Liebe zueinander und somit an unsere Ideen von einer befreiten Gesellschaft festhalten lässt. Sie lässt uns konkrete Bilder ausmalen, von dem was wirklich möglich ist und lässt uns voller Lust auf diese weit entfernten Ziele hinarbeiten. Sie gibt dem was wir tun und uns selbst Bedeutung. Sie gibt uns Geduld und Bescheidenheit - zentrale Werte in den Kämpfen, die wir führen. Lasst uns wieder hungrig sein, die Schönheit des Lebens mit beiden Händen zu greifen! Lasst uns mutig sein den Schmerz, der damit kommt, auzuhalten!

Küsschen von KAF Berlin

Liebesbriefe, Diskussion und Kritik gerne an Kaf-berlin (at) systemli.org

Inspirationen für die Arbeit der Tagträume analysieren auf Elemente der besseren Zukunft. Worauf ist die eigene Hoffnung gerichtet? Prüfen ob die eigene Hoffnung Wunschdenken ist. Wo hat sie ihre Entsprechung in der jetzigen Welt? Einfluss nehmen auf das Geschehen der Geschichte. Was bedeutet militanter Optimismus? Erhoffen einer konkreten Utopie. Wie sieht eine befreite Gesellschaft aus? Uns und dem, was wir tun, Bedeutung geben. Wie geben wir uns gegenseitige Anerkennung? Verbundenheit mit einer widerständigen Geschichte aufbauen. Auf welche Kämpfe der Vergangenheit können wir uns beziehen? Verantwortung für unsere gegenseitige Hoffnung tragen. Wie können wir uns Hoffnung erschaffen?

Quellen

Angela Davis " Hope is a discipline" and 2025" Infinite Hope" speach at the peaceball Mariame Kaba- Hope is a discipline(beyond prison podcast) Erns Bloch " das Prinzip Hoffnung" Claudia Blöser" 7 Thesen aus Prinzip Hoffnung" "Übertage Podcast " wie wir uns Hoffnung machen" RevolutionaryLeftRadio Podcast with Jon Greenaway " Capitalism: A Horror Story" Abdullah Öcalan " Jenseits von Staat,Macht und Gewalt" Kurdische Frauenbewegung Berthold Brecht " An die Nachgeborenen" Zapatistische Bewegung Unsere eigenen Erfahrungen



Über Sichtbarkeit und den Guerillavorschlag

Wir schreiben das Jahr 2024 und die genozidale Brutalität als Kern der USA war nie offensichtlicher. Die vielversprechendsten Versuche in der jüngeren Geschichte aktivistische und anarchistische Kampagnen auf einer breiten Basis aufzubauen, haben ihre eigenen Ziele nicht erreicht. Stattdessen erleiden sie momentan heftige Vergeltungsschläge, während der Staat zeigt, dass er niemals freiwillig einen Teil seiner Macht aufgeben wird. Nichtsdestotrotz waren diese Kampagnen erfolgreich darin die Flamme des gewalttätigen, autonomen Angriff zu entzünden und innerhalb des ganzen Landes zu verbreiten. Es ist also verständlich, dass während die Welt weiterhin kollabiert und neue Infrastrukturen der Herrschaft, von Pipelines bis hin zu Cop Cities überall um uns herum gebaut werden, viele Anarchist:innen und andere radikale vorgeschlagen haben noch weiter zu eskalieren.

Da nun die Praxis des Angriffs von kleinen Affinitätsgruppen sich in den USA relativ weit verbreitet hat, sind viele von uns mit den Begrenzungen dieser Praxis konfrontiert. Sporadische Angriffe scheinen uns nicht in Richtung eines aufständischen Bruchs zu bringen, in welchem der Staat die Kontrolle über die Bevölkerung verliert – und übereinsochen Bruch hinaus, in Richtung einer revolutionären Veränderung selbst. Solche Begrenzungen sind nicht auf informelle Organisation beschränkt – eine formelle (d.h. permanente und mit Namen agierende) Organisation kann auch darunter leiden, dass Angriffe nirgendwo hinführen, währendim Gegensatz dazu informelle Organisation und Koordinationen auch Angriffe ermöglichen können, die uns unseren Zielen näher bringen. Der letzte Ansatz wurde in den letzten Jahren in den USA nicht breit diskutiert, zumindest nicht in den letzten Jahren. Wenn Anarchist*innen also vorschlagen zu eskalieren, denken viele daran die Informalität zu verwerfen und eine Art formelle Organisation zu beginnen. Insbesondere war einer der populärsten Vorschläge auf dem Tisch jener eine Guerillaorganisation aufzubauen

Der Guerillaansatz verspricht Lösungen für vieles zu bieten, was in denen gegenwärtigen anarchistischen Zirkeln fehlt: Hingabe [commitment], Konsistenz, etwas, was manche vielleicht eine Art „Intelligenz“ oder strategisches Denken nennen würden, und spezifische Projekte, welche auf ambitionöse langfristige Ziele abzielen, wie die Revolution. Jedoch gibt es zwei spezifische Probleme damit, wie der Guerillavorschlag in den letzten Jahren in den USA diskutiert wurde: einer hat mit Mutmaßungen über das Niveau an Klandestinität zu tun, welches für Eskalation notwendig ist, worauf ich später zurück kommen werde. Das andere ist die Frage, wie man sich organisiert. Indem wir eine formelles, spezialisiertes, militarisches und oft auch hierarchisches Organisationsmodell übernehmen, opfert der Guerillaansatz zu viel von dem, was wir als Anarchist*innen hochhalten. Wie die Autor*innen von „The secret is to keep beginning“ in der letzten Tinderbox #4 fragen und damit ähnliche Fragen adressieren: „Wie bauen wir etwas jenseits einer einzelnen Affinitätsgruppe auf ohne eine Strukturen zu kreieren, die von uns verlangen, unsere Autonomie zu Gunsten einer größeren Einheit zu opfern?“

In anderen Worten, wie kann ein informeller organisatorischer Ansatz vertieft und ausgeweitet werden, um einige der Vorteile von Guerillaformationen miteinzubeziehen? Der Text „Der Wald des Handelns“ aus der

Zeitung Avie de Tempetes (2021 publiziert als „la Forêt de l’agir“) bietet eine Hypothese als Antwort auf diese Fragen. Die Autor*innen schlagen vor, in „verstreuter Formation“ zu handeln, was bedeutet zu handeln „ohne kompakte Kolonnen zu formen, ohne permanente, nicht zu verteidigende Lager zu schaffen; handeln indem man jede Symmetrie innerhalb der Konfrontation zerstört [...] Dann gibt es „autonomen Guerillakrieg“, welchen wir als einen langfristigen offensiven Kampf verstehen können, einen Kampf, der nicht auf einzelne Schläge reduziert werden will, sondern danach strebt, die Feindlichkeiten zu verlängern.“ Die Autor*innen schlagen eine Formation vor, die unabhängig von irgendeiner Art von Politik, von hierarchischen Strukturen und Repräsentationen ist (wie z.B. als Organisation mit Namen zu handeln).

Dieser Vorschlag gibt uns einige Ideen als Antwort auf die Frage, wie man sich von der Affinitätsgruppe hin zu einem breiteren koordinierten Netzwerk bewegt. Die Autor*innen stellen sich eine Ebene von „informeller Organisation vor, die alleine nicht das gleiche Gewicht oder die gleichen Möglichkeiten haben. Sie ist eine Art Verstärker von unseren Aktionsphären, was auch immer diese sein mögen.“ Das könnte so aussehen wie „Informationen zu sammeln, Kontakte aufrecht zu halten, lokal verwurzelt zu sein, Debatten und Zweifel zwischen verschiedenen Konstellationen zu übermitteln, Logistik zu organisieren, Wissen zu teilen, sich um Zufluchtsorte und Orte zum Ruheschöpfen zu kümmern“ – Aktivitäten und Aufgaben, in denen wir uns bereits engagieren, welche aber, wenn sie denn weiter reichen als unsere Affinitätsgruppe oder unser lokales anarchistisches Netzwerk, unsere Aktivitäten vertiefen können, ohne Machtzentren oder permanente Rollen zu schaffen.

Anstatt dazu aufzurufen eine Organisation zu gründen, kann diese Art von Koordination dadurch initiiert werden, dass man persönlich einen Vorschlag macht, der diskutiert und zusammen entwickelt werden kann. „The secret is to keep beginning“ meint: „Wir können unsere eigenen Vorschläge voranbringen und unsere eigenen Interventionen ausarbeiten; wenn diese bei anderen ihren Nachhall finden, seien sie anarchistisch oder nicht, wird das Projekt geteilt. Verschiedene Interventionen sind dann in diesem geteilten Projekt eingebettet, ohne dass von Affinitätsgruppen oder Individuen verlangt wird, ihre Autonomie aufzugeben, um dazu beizutragen.“

Was sowohl von dem Guerillavorschlag als auch dem Vorschlag der verstreuten autonomen Formation, welcher im „Wald der Aktion“ hypothesisiert wird, unangesprochen bleibt, soweit ich das sagen kann, ist das soziale Element, welches aufständischen Elementen die Kraft gibt zu permanenten Brüchen mit der Autorität zu werden und sich in neue Arten und Weisen des Lebens und sich aufeinander Beziehens zu verwandeln. Mit „dem Sozialen“ meine ich generell, wie wir uns aufeinander beziehen (von alltäglichen persönlichen Beziehungen bis hin zu strukturellen Beziehungen wie staatlicher Herrschaft), aber auch, im Speziellen, wie (oder ob) wir als Anarchist*innen uns an Kämpfen zu Menschen orientieren, die nicht anarchistisch sind. Verfolgen wir Projekte auf so eine Art, dass wir versuchen Nicht-Anarchist*innen zu involvieren und mehr Leuten eine Erfahrung von Anarchie zu geben, wie in der Methode des spezifischen Kampfes, oder konzentrieren wir uns auf bereits existierende anarchistische Netzwerke, um unsere Fähigkeiten für Kämpfe und Angriffe zu ver-

tiefen? Während manche Guerillaorganisationen versuchen ihre Angriffe so zu orientieren, dass sie vielleicht Massen von Leuten außerhalb des anarchistischen Milieus inspirieren, hat die Guerilla zum Großteil begrenzte Fähigkeiten für breitere soziale Agitation.

In diesem Sinne konzentriert sich der „Wald des Handelns“ darauf die Bedingungen zum Angriff für uns als Anarchist*innen zu fördern. Er diskutiert nicht, wie wir uns vielleicht auf Nicht-Anarchist*innen beziehen, oder wie wir uns vielleicht durch Mittel jenseits davon die „Feindlichkeiten zu auszudehnen“ gen Anarchie bewegen können, obwohl die „Feindlichkeiten auszudehnen“ tatsächlich vielleicht eine Reihe von Dingen meint, die sozialer sind, aber wissen es nicht, da sie hier nicht ausgeführt werden. Diese Auslassung erscheint besonders wichtig, da der Text nicht nur das Ausdehnen der Feindschaften in Richtung Aufstand diskutiert, sondern jenseits davon, in Situationen der allgemeinen Unordnung, in welchen sich der Staat zurückgezogen hat. Darüber hinaus betont der Text, dass es keine Garantie gibt, dass eine ersehntes Ergebnis wie autonome Selbstorganisation aus einer Situation der allgemeinen Unordnung hervorgeht. Das ist offensichtlich richtig. Aber ist das „soziale“ Element, welches sichtbarere Aktivitäten erfordert, ein Schlüsselement, welches uns in diesem Szenario in Richtung ersehnter, anarchistischer Lebensweisen bringt?

Das Aufgeben von sichtbareren, „sozialen“ Aktivitäten basiert auf der Idee, dass eine Strategie der kompletten Unsichtbarkeit dem Individuum hilft der Festnahme zu entfliehen. Tatsächlich nehmen es viele seit der Green Scare in den USA für gegeben, dass es eine strikte Unterscheidung zwischen Individuen geben sollte, welche „im Untergrund“ handeln und solchen, welche „an der Oberfläche“ operieren (z.B. Individuen, welche Angriffe ausführen und solche, welche sichtbare Rollen in Kämpfen annehmen). Unglücklicherweise zeigt ein schnelles Überfliegen der weiter zurück liegenden und kürzeren Geschichte der Stadtguerilla, dass präventive Klandestinität überhaupt nicht garantiert, dass man identifiziert werden wird. Darüber hinaus verhindert unsere Neigung, Sichtbarkeit zu vermeiden, dass wir Subversion und Agitation jenseits eines kleinen Segments der bereits radikalisierten Bevölkerung zu verbreiten. Und vor allem in den USA bedeutet das, dass diejenigen, die dann übrig wären, um das Terrain der sichtbaren agitatorischen Rollen zu monopolisieren, also die wesentlichen Personen, die dann in soziale Kämpfe intervenieren und ihre Ideen und Methoden erklären würden, einige unser heimtückischsten Gegner:innen sind -- Aktivist:innen und Linke.

Warum können wir gefangen zwischen der selbstaufopfernden Unsichtbarkeit der Guerilla und der egozentrischen Hypersichtbarkeit der Aktivist:innen, uns nicht andere Optionen ausdenken? Wenn es darum geht ein Level an Anonymität bei der Ausführung großer Aktionen zu bewahren, würde ich dafür argumentieren, dass wir nicht damit beginnen sollten, niemals unser Gesicht in der Öffentlichkeit zu zeigen, sondern damit Vorsichtsmaßnahmen zu studieren und zu entwickeln, wenn es darum geht Angriffe zu planen und auszuführen. Das schließt das Minimieren von Kommunikation via potentiell überwachten Geräten wie Handys mit ein, das Überprüfen unserer Umgebung nach physischer Überwachung, wenn wir raus gehen, das Zerstören oder Vermeiden von Fingerabdrücken und DNA-Spuren... aber detailliertere Vorschläge können unter Webseiten wie dem No Trace Project [<https://www.noTRACE.how/>] angeschaut werden. Als Anarchist:innen in den USA, die eine Eskalation vorschlagen, sollte eine Verbesserung dieser Vorbereitungen unsere erste Prio-

tät sein. Wir haben in den letzten Jahren eine spannende Zunahme an der Bereitschaft von Anarchist*innen Sachen anzuzünden gesehen, aber damit einher ging ein sehr entmutigender Trend von Verhaftungen und Verurteilungen, welche durch bessere Vorsichtsmaßnahmen minimiert hätten werden können.

Wenn die Vorsichtsmaßnahmen nicht stand halten, sobald wir der Polizei bekannt sind und als potentielle Verdächtige gelten, dann kommt es letztlich nicht darauf an, ob wir unsere Verbindungen mit sichtbaren anarchistischen Milieus gekappt haben. Wenn der einzige Vorteil von vorbeugender Klandestinität jener ist, dass unsere Distanz zu Anarchist:innen an der „Oberfläche“ uns nicht „sofort“ zu den üblichen Verdächtigen macht, ist das kein Vorteil, den wir lange genießen werden. Das entscheidende Element vor dem Staat geschützt zu bleiben, liegen in den Vorsichtsmaßnahmen, wenn wir uns dazu entscheiden unsichtbar zu sein, und nicht unbedingt das Level an Sichtbarkeit in dem Rest unseres Lebens. Zum Beispiel kriegen wir mehr staatliche Aufmerksamkeit, wenn wir bei Universitätsbesetzungen auftauchen und mit unseren Ideen intervenieren; in der Nacht in welcher die Besetzung geräumt wird ein Bullenauto abzufackeln, verschafft uns weniger Aufmerksamkeit, insofern wir keine Spuren hinterlassen. Beides sind wichtige Sachen, aber aus verschiedenen Gründe, die wahrscheinlich offensichtlich sind, ist es ein viel größeres Sicherheitsrisiko beide Dinge in dem selben Kontext gleichzeitig machen, als die Dinge aufzuteilen und sich dafür zu entscheiden, nur eines der beiden zu tun.

Wir können uns drei verschiedene Ebenen der Aufmerksamkeit oder Sichtbarkeit für Menschen, die angreifen, vorstellen. Es gibt die absolute, vorbeugende Klandestinität, in welcher man unter einer falschen Identität lebt und alle Beziehungen kappt, die dafür benutzt werden könnten, um einen zu finden. Es gibt auch eine Art soziale Klandestinität, in welcher Menschen ihre soziale Aufmerksamkeit begrenzen oder sich vom anarchistischen Milieu und Räumen fern halten. Zum Beispiel waren die Mitglieder der Stadtguerillagruppe „Revolutionäre Zellen“ Teile von unterschiedlichen Projekten, die nur unwahrscheinlich repressive Aufmerksamkeit erlangen würden, um an anarchistischen Projekten an der Oberfläche dran zu bleiben, aber gleichzeitig würden sie nicht über ihre tatsächlichen Ideen in öffentlichen Räumen reden. Die letzte Option ist jene als anarchistische:r Agitator:in absolute Sichtbarkeit zu haben und öffentlich zu reden als auch Aktionen auszuführen (und dabei extrem vorsichtig zu sein). Es wäre unverantwortlich so zu tun, als würde die letzte Option weniger Risiko bergen und gerade in Situationen, in welchen sich die staatliche Militarisierung intensiviert hat oder es heftige Repression gegen einen bestimmten Kampf an einem bestimmten Ort gibt, desto riskanter wird es. Aber im Interesse unserer Vorstellungskraft rund um das Thema der Eskalierung des Angriffs auszuweiten und indem wir klarstellen, dass das wesentlichste und dringlichste Element beim Eskalieren des Angriffs das Entwickeln von besseren Vorsichtsmaßnahmen ist – ist es wert diese Option auch als eine von vielen möglichen Abläufen des Angriffs wahrzunehmen. Obwohl es ein größeres Risiko repressiver Aufmerksamkeit gibt, wenn wir in der Öffentlichkeit offen über unsere Ideen sind (zumindest auf einer individuellen Ebene), geht die Wette darum, dass dies notwendig ist, um anarchistische Ideen und Praktiken zu verbreiten und auf längere Sicht einen Sumpf zu kreieren, in welchen die Autoritäten nicht eindringen können. Wir müssen fähig sein, neue Gefährt:innen zu treffen und zumindest manche von uns müssen in öffentlichen Räumen

diskutieren. In anderen Worten müssen manche von uns für unseren Feind sichtbar bleiben, um für potentielle Freund:innen sichtbar zu sein.

Damit sich der anarchistische Angriff in Richtung Aufstand bewegt, müssen zumindest manche von uns innerhalb dieses Ökosystems nicht komplett das soziale Element aufgeben, denn das Soziale – wie wir uns also aufeinander beziehen – ist es, was die Herrschaft bewahrt und ist deswegen die Lebenskraft von jeglichem aufständischen Widerstand gegen diese. So wie der:die Autor:in von „Strumbling Together“ in Ausgabe 4 schreibt: „Die Herrschaft bricht nicht zusammen, wenn die Infrastruktur nicht funktioniert oder für einen Moment unterbrochen ist. Solange die Autorität akzeptiert ist und hochgehalten wird, wird ihre Infrastruktur geflickt und so angepasst werden, damit sie vorwärts stolpern kann.“

Hoffentlich ist klar, dass ich das Wort „Sozial“ nicht benutze, um „miteinander rumzuhängen“ oder als einen Euphemismus für anarchistischen Tendenzen benutze, die jeglichen zerstörerischen Ansatz als „anti-sozial“ denunzieren und stattdessen todlangweilige Sachen wie Rätekommunismus vorantreiben. Alle von uns, die damit experimentiert haben, gewalttätigen, autonomen Demonstrationen beizuwohnen, koordinierte Angriffe zu planen, bei Krawallen, die andere bereits in den Straßen begonnen haben, mitzumischen, wissen, dass Angriffe im tiefgründigsten Sinne des Wortes sozial sein können. Angriff und Zerstörung, seien sie in Zeit und Ausmaß begrenzt oder von der Masse getragen, haben das Potential unsere Beziehungen zueinander und zu unseren Unterdrückter:innen vollkommen zu verändern und sich weit jenseits der kleinen Enklaven, welche wir bereits kennen und verstehen, zu verbreiten. Anarchie und Aufstand erfordern Zerstörung, viel mehr Zerstörung als die, für die die meisten von uns bereit sind, aber sie erfordern auch tiefgründige Veränderung in der Grundlage auf welcher wir uns alle aufeinander beziehen.

Diese eher soziale Orientierung entfaltet sich in persönlichen Begegnungen und dem Gestalten von Beziehungen. Eine Organisation zu gründen, sei sie klandestin oder nicht, ist eigentlich nicht die Art und Weise, wie sich strategische Intelligenz entwickelt – stattdessen entwickelt sie sich nämlich durch Erfahrung, Experimente, Kommunikation und Reflexion. Und diese Art von geteilter Intelligenz wird am besten auf unvermittelten Wegen, also persönlich, geteilt. Sichtbare Schauplätze wie soziale Zentren und öffentliche Events zu haben (zusätzlich zu privateren Konversationen mit unseren näheren Gefährt:innen) erleichtert es uns, dies zu tun. Sichtbarkeit ermöglicht es uns neue Gefährt:innen zu finden, die Gesellschaft mit unseren Ideen zu beeinflussen und Allianzen mit nicht-anarchistischen Rebell:innen auf unvermittelte Arten zu bilden. Das kann die Form annehmen, in soziale Bewegungen hinein zu agitieren und zu intervenieren, Veranstaltungen in sozialen Räumen zu gestalten und beizuwohnen, offene Diskussionen und Versammlungen zu organisieren, zusammen zu trainieren und Publikationen zu verteilen.

Das ist auch der Großteil von dem, was wir dazu brauchen, um uns in Menschen zu verwandeln, die fähig sind, Anarchie ganztags zu leben, anstatt nur in jenen flüchtigen, kleinen Momenten. Wie sozial-transformativ sind unsere Aktionen, wenn unsere Organisation so strukturiert ist, dass wir nur miteinander durch das Medium des Internets reden? Tragen Begegnungen von Angesicht zu Angesicht oder sogar Aktionen ohne Bekenner*innenschreiben, welche total anonym sind, nicht mehr von diesem Kern der möglichen Ansteckung? Anarchie bedarf die Arten von

Beziehungen, die wir nicht entwickeln können, wenn wir uns den Großteil unserer Leben voneinander abriegeln und durch Bildschirme miteinander kommunizieren.

All das gesagt, sind die Risiken die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich zu ziehen in den USA besonders hoch und sie steigen zudem noch. Heutzutage ist es die Realität, dass jeder Kampf mit irgendeiner sozialen Kraft mit Anklagen der Verschwörung oder „kriminellen Organisation“ konfrontiert sein wird, sogar wenn die involvierten Individuen perfekte Vorsichtsmaßnahmen angewandt haben und der Staat unfähig ist, irgendjemanden für die Angriffe selbst zu verurteilen. Wenn es eine strikte Trennung innerhalb eines bestimmten Projektes zwischen Individuen, die sichtbar agitieren, und Individuen, die nur größere Aktionen im Sinn haben, gibt, kann dies manche Leute bis zu einem gewissen Grad schützen, aber wie wir gesehen haben, wird der Staat, konfrontiert mit der Unfähigkeit die tatsächlichen Täter:innen zu belangen, so ziemlich alle anklagen, die sichtbar aktiv sind. Auch wenn diese Anklagen letzten Endes nicht stand halten werden, ist es ein entkräftender Prozess, welchen man durchwandern muss. Also hören wir einfach damit auf, sichtbar aktiv zu sein?

Es liegt an uns allen, diese Entscheidungen selbst zu treffen. Nicht alle müssen alles machen und tatsächlich sollten nicht alle alles machen. Weder sollten wir uns in einer Rolle oder der Art einer Aktivität für immer fixieren, unabhängig wie sich die Kontexte und Bedingungen vielleicht verändern. So billig wie es vielleicht klingen mag, macht eine Diversität an Methoden und Taktiken das gesamte anarchistische Ökosystem viel stärker und, aus Mangel an einem besseren Begriff, anarchischer. Es ist eine Frage davon, die Risiken zu verstehen, angesichts dieser zu planen und sich auf Repression vorzubereiten. Es ist wichtig uns selbst zu kennen und zu wissen welches Niveau an Repression wir vorbereitet sind durchzustehen. Niemand sollte Risiken in Kauf nehmen, die sie nicht auf sich laden wollen, oder für die sie vielleicht wirklich unfähig sind die Konsequenzen zu tragen – das würde schlicht und einfach den Machismus und die Hierarchien der Rollen nachahmen, die wir versuchen zu vermeiden.

Der Punkt ist, dass es zusätzlich zur Guerillamethode eine Menge Möglichkeiten auf dem Tisch gibt, unter diesen auch einige, die noch nicht erkundet wurden. Wir können die Art von Konsistenz, Koordination und Schärfe verfolgen, welche von den organisatorischen Methoden der Guerilla angeboten werden, indem wir uns unter Affinitätsgruppen koordinierten und informelle Projekte des Angriffs innerhalb breiter Netzwerke von Individuen und Gruppen, die an einer Eskalation interessiert sind, organisieren. Wir können besser darin werden, die Effektivität der Repression zu begrenzen, indem wir unsere Aktivitäten aufteilen und fortgeschrittener Ebenen von Vorbereitung und Vorsicht übernehmen. Wir können mit einer sozialen Orientierung experimentieren, die ehrlich bleibt und nicht unsere Leidenschaften für Gewalt und Zerstörung hinten vor lässt. Das Terrain der Sichtbarkeit muss nicht aufgegeben werden, bevor es nicht einmal bedroht ist.

eine Übersetzung aus: Tinder Box #4; Sommer 2024.



autonomes
Blättchen

L708